

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin:

DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

RWI Essen, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Abgeschlossen in Halle (Saale)

am 17. April 2007

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Im Frühjahr 2007 ist die Weltkonjunktur nach wie vor kräftig. Zwar ist das Expansionstempo nicht mehr ganz so hoch wie vor einem Jahr, vor allem, weil sich der Produktionsanstieg in den USA abgeschwächt hat. Die Weltwirtschaft befindet sich aber immer noch in einer Aufschwungphase, die mittlerweile recht lange andauert. Weiterhin hoch ist die Dynamik in den Entwicklungs- und Schwellenländern, nicht zuletzt als Folge ihrer zunehmenden Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Das Wachstum ist in China und inzwischen auch in Indien besonders stark. Viele Länder profitieren darüber hinaus auch von höheren Exporterlösen durch den Anstieg der Rohstoffpreise. In den Industrieländern ist der konjunkturelle Aufschwung in den vergangenen Jahren hingegen nicht ungewöhnlich stark gewesen. Das Konjunkturgefälle zwischen den großen Industrieländern, das sich im Sommerhalbjahr 2006 herausgebildet hatte, blieb auch danach erhalten: Während die US-Produktion weiter langsamer stieg als das Produktionspotenzial, setzte sich der Aufschwung in der Europäischen Union und in Japan bis zuletzt fort.

Die konjunkturelle Verlangsamung in den USA hat also bisher nicht auf andere Regionen übergreifen – trotz der nach wie vor großen Bedeutung der USA als Absatzmarkt für Exportindustrien in aller Welt. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Abschwächung in den USA bislang haupt-

sächlich den Wohnungsbau betraf, der für den internationalen Handel eine geringe Bedeutung hat. Außerdem wirkt die Geldpolitik in anderen wichtigen Wirtschaftsräumen, wie dem Euroraum und Japan, immer noch expansiv. Schließlich hat die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten bis vor kurzem die Konjunktur begünstigt. Seit dem vergangenen Sommer stiegen weltweit die Aktienkurse steil an. Die langfristigen Zinsen sind trotz höherer Leitzinsen niedrig geblieben, und die Risikoaufschläge für Titel von Schuldern geringerer Bonität sind im historischen Vergleich klein. Die Kursvolatilität an den Aktienmärkten ist allerdings Ende Februar deutlich gestiegen. Seitdem ist es auch teurer geworden, sich gegen Kreditausfälle zu versichern. Alles in allem scheinen die Investoren vorsichtiger zwischen Chancen und Risiken auf den Weltkapitalmärkten abzuwägen.

Im Mai und Juni vergangenen Jahres war es schon einmal zu Turbulenzen an den Finanzmärkten gekommen. Die damaligen Kurskorrekturen reflektierten vor allem Inflations Sorgen angesichts rasant steigender Rohstoffpreise und einer sehr kräftigen Weltkonjunktur. Für den vorübergehenden Rückschlag auf den Aktienmärkten im Februar/März dieses Jahres waren hingegen vor allem Unsicherheiten über die konjunkturellen Aussichten verantwortlich. Dafür spricht beispielsweise, dass die langfristigen Zinsen im März 2007 etwas gesunken sind, während sie im Frühjahr 2006 deutlich gestiegen waren. Freilich sind auch jetzt Inflationsrisiken noch nicht ausgeräumt, auch wenn der Preisanstieg in den USA und im Euroraum inzwischen deutlich

niedriger ist als vor einem Jahr. Darin spiegelt sich lediglich die Tatsache wider, dass die Preise für Erdöl seit dem Herbst 2006 das erste Mal seit längerer Zeit nicht wesentlich höher waren als ein Jahr zuvor. Bereinigt man die Inflationsrate um den Einfluss der Energiepreisentwicklung, zeigt sich derzeit in den Industrieländern ein höherer Preisanstieg als im Schnitt der vergangenen beiden Jahre.

Die Sorge um Preisstabilität hält die amerikanische Notenbank denn auch gegenwärtig davon ab, ihre leicht restriktive Geldpolitik trotz schwächelnder Konjunktur zu lockern. Erst wenn sich, wie die Institute erwarten, ab Mitte dieses Jahres eine deutliche Beruhigung des Preisklimas abzeichnet, dürften die Leitzinsen in den USA gesenkt werden. Die EZB bereitet dagegen die Märkte gegenwärtig darauf vor, dass sie im Sommer die Leitzinsen ein weiteres Mal anheben wird. Auch die Bank von Japan wird ihrer Zinserhöhung vom Februar wohl weitere Schritte folgen lassen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte in den Industrieländern verbessert sich im Jahr 2007 wie schon im vergangenen Jahr deutlich, nicht zuletzt als Folge der auch für eine Aufschwungphase recht hohen Einnahmen aus Unternehmenssteuern. Dabei ist die Finanzpolitik im Jahr 2007 tendenziell

restriktiv ausgerichtet, insbesondere im Euroraum. Im kommenden Jahr dämpft die Finanzpolitik die Konjunktur in den Industrieländern nur noch wenig.

Ausblick: Konjunkturunterschiede verringern sich

In diesem und im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern nach und nach angleichen: Im Euroraum verläuft der Aufschwung in moderaterem Tempo, denn die Finanzpolitik dämpft, und die Geldpolitik regt kaum mehr an. In Japan verliert die Expansion nach und nach an Schwung, vor allem, weil die Impulse vom Außenhandel, auch wegen der auslaufenden Effekte der Yen-Abwertung, nachlassen. Die Konjunktur in den USA wird dagegen ab Jahresmitte wohl langsam wieder Fahrt aufnehmen, nicht zuletzt, weil sich die amerikanischen Immobilienmärkte allmählich stabilisieren dürften; hierfür gibt es bereits erste Anzeichen. Im Jahr 2008 expandieren die Volkswirtschaften der Industrieländer in etwa mit ihren Trendraten. Die Weltkonjunktur wird auch in diesem und im nächsten Jahr von der hohen Wachstumsdynamik in den Schwellenländern gestützt, wiewohl der Produktionsanstieg in China und in Indien nicht mehr

Tab. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
		2006	2007	2008	2006	2007	2008			
EU-27	33,7	2,9	2,7	2,6	2,2	2,0	2,1	7,9	7,2	6,8
Schweiz	0,9	2,7	2,2	2,0	1,1	0,9	1,0	4,0	3,7	3,7
Norwegen	0,7	2,9	3,0	2,7	2,3	2,1	2,2	3,5	3,3	3,2
West- und Mitteleuropa	35,3	2,9	2,7	2,6	2,2	2,0	2,1	7,8	7,1	6,7
USA	30,8	3,3	2,3	3,0	3,2	2,1	2,2	4,6	4,8	4,9
Japan	11,3	2,2	2,4	2,2	0,3	0,5	0,9	4,1	3,9	3,8
Kanada	2,8	2,7	2,3	2,9	2,0	1,9	2,4	6,3	6,5	6,4
Industrieländer insg.	80,2	2,9	2,5	2,7	2,3	1,8	2,0	6,2	5,9	5,7
Russland	1,9	6,7	6,3	6,0	9,8	8,5	7,0	7,2	7,0	6,5
China und Hongkong	6,0	10,7	10,0	9,0	–	–	–	–	–	–
Indien	1,9	9,2	8,5	8,5	–	–	–	–	–	–
Ostasien ohne China ^{a)}	4,8	5,6	4,7	5,0	–	–	–	–	–	–
Lateinamerika ^{b)}	5,2	5,0	4,5	4,5	–	–	–	–	–	–
Schwellenländer insg.	19,8	6,5	5,9	5,7	–	–	–	–	–	–
Insgesamt^{c)}	100,0	3,7	3,2	3,3	–	–	–	–	–	–
<i>Nachrichtlich:</i>										
Exportgewicht ^{d)}		3,4	2,9	3,1	–	–	–	–	–	–
Welthandel, real		9,2	7,5	7,5	–	–	–	–	–	–

^{a)} Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. – ^{b)} Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. – ^{c)} Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. – ^{d)} Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2005.

Quelle: OECD; IWF; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

ganz so hoch ausfallen wird wie im vergangenen Jahr. In beiden Ländern haben die Regierungen Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur ergriffen.

Der weltweite Aufschwung hält schon seit etwa vier Jahren an. Dank der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung ist dabei das trendmäßige Wachstum der Weltwirtschaft deutlich gestiegen. In den Industrieländern dürften die Produktionslücken in etwa geschlossen sein. Da die konjunkturelle Expansion nicht mit einem übermäßigen Anstieg der Inflation einhergehen dürfte, wird die Geldpolitik nicht gezwungen sein, den Restriktionsgrad deutlich zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund wird sich der Aufschwung fortsetzen, wenn auch mit leicht verringertem Tempo. Das Bruttoinlandsprodukt der Welt dürfte in diesem und im nächsten Jahr um rund 3¹/₄% (vg. Tab. 1.1) und damit immer noch deutlich schneller als im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre zulegen.¹ Der Welthandel steigt in beiden Jahren um 7¹/₂% und damit etwas langsamer als 2006. Der Prognose liegen ein Erdölpreis von 65 Dollar pro Barrel (Brent) und ein Wechselkurs des Euro von 1,32 US-Dollar in den Jahren 2007 und 2008 zugrunde.

Risiken

Wie schon im Herbst vergangenen Jahres ist ein wesentlicher weltwirtschaftlicher Unsicherheitsfaktor die Entwicklung auf dem US-Immobilienmarkt. Mit dem Ende des rasanten Preisanstiegs für Immobilien ging bisher lediglich ein deutlicher Rückgang der Bauaktivitäten einher. Eine deutliche Abschwächung des privaten Konsums lässt sich dagegen bisher nicht beobachten. Sollte die Konsumnachfrage doch noch stark an Fahrt verlieren, beispielsweise infolge eines markanten Rückgangs der Immobilienpreise, würde wohl auch das Vertrauen von Finanzinvestoren in den Dollar und in Vermögensanlagen in den USA leiden – ein Vertrauen, auf das die US-Wirtschaft wegen ihres hohen Bedarfs an ausländischem Kapital angewiesen ist.² Eine Rezession in den USA würde über die Interdependenzen der Finanzmärkte und über das hohe Importvolumen der US-Wirtschaft die Weltwirtschaft rasch in Mitleidenschaft ziehen.

Im Zusammenhang mit einer möglichen deutlichen Abwertung des US-Dollar insbesondere gegenüber dem Yen sind

auch die Risiken durch so genannte *carry trades* zu sehen. Damit sind vor allem Finanzgeschäfte gemeint, bei denen es um die Ausnutzung von internationalen Zinsunterschieden geht. Beispielsweise wird Kapital zu günstigen Konditionen in Yen aufgenommen und in Dollar oder in anderen Währungen mit relativ hohen Renditen angelegt. Solche Geschäfte sind deshalb recht riskant, weil sie nur so lange gewinnbringend sind, wie der Yen nicht wesentlich aufwertet. Mit der Möglichkeit einer Aufwertung muss allerdings schon deshalb gerechnet werden, weil eine Konstellation, die Anlegern risikolose Gewinne in großem Umfang ermöglicht, auf effizienten Finanzmärkten kein Dauerzustand sein kann. Eine Aufwertung des Yen könnte durch eine Umkehr dieser Finanzströme noch verstärkt werden, wodurch die Volatilität auf den Devisenmärkten deutlich zunehmen würde. Es ist allerdings schwer, den Umfang dieser Geschäfte und damit auch die von ihnen herrührenden gesamtwirtschaftlichen Risiken zu quantifizieren.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass in den vergangenen Jahren neue Finanzinstrumente weitere Verbreitung gefunden haben, deren Verhalten im Konjunkturzyklus noch nicht erprobt ist. Einerseits hat der umfangreiche Einsatz von Derivaten, etwa *credit swaps*, und von Verbriefungsinstrumenten wohl dazu beigetragen, dass die Bedingungen für den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Aufschwung von seiten der Finanzmärkte so günstig gewesen sind. Denn solche Instrumente ermöglichen einen effizienteren Austausch von Risiken zwischen den Finanzmarktakteuren; dem einzelnen Investor wird die Möglichkeit eröffnet, für gegebene Ertragsaussichten ein geringeres Risiko zu schultern. Andererseits ist nicht sicher, dass die Instrumente die Aufgabe der Risikosenkung auch im Fall einer schweren Belastung des gesamten Finanzsystems erfüllen können. Zu einer solchen Belastung kann es etwa aufgrund einer plötzlichen Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes kommen. Das gegenwärtige Ende des Booms auf den Immobilienmärkten in den USA ist eine erste Bewährungsprobe, zumal innovative Finanzmarktinstrumente gerade bei der Verbriefung von Hypothekenkrediten während des US-Immobilienbooms häufig eingesetzt wurden.

Schließlich hat das starke Anziehen der Notierungen ab Mitte März den Risikofaktor Energiepreise in Erinnerung gerufen.³ Es zeigt sich, dass politische Spannungen in wichtigen Förderregionen nach wie vor rasch zu starken Preisanstiegen führen, nicht zuletzt weil die Förderkapazitäten außerhalb der OPEC voll ausgelastet sind.

¹ Diese Rate bezieht sich auf den in Tabelle 1.1 enthaltenen Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2005 in US-Dollar gewichtet wurden. Sie ist nicht unmittelbar vergleichbar mit anderen Angaben für das Wachstum der Weltwirtschaft, beispielsweise denen des Internationalen Währungsfonds, die Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde legen und auch hier nicht berücksichtigte Länder einschließen.

² Vgl. 5. Anpassungsreaktionen auf das US-Leistungsbilanzdefizit – Gesamtwirtschaftliche Effekte für Deutschland, in: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2006, München 2006, 51 ff.

³ Verschiedentlich haben die Institute die Auswirkungen eines Ölpreisanstiegs auf die Weltkonjunktur untersucht, zuletzt im Herbstgutachten 2005. Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005, Essen 2005, 7 ff.

USA: Produktionsanstieg bleibt vorerst mäßig

Die Wirtschaft in den USA expandiert seit dem vergangenen Frühjahr lediglich in moderatem Tempo (vgl. Abb. 1.1). Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im Schlussquartal 2006 abermals deutlich langsamer zu als das Produktionspotential, nachdem die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung bereits im Sommerhalbjahr zurückgegangen war. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere die Rezession im Wohnungsbau sowie ein stark verringerter Lageraufbau im vierten Quartal. Zudem investierten zuletzt auch die Unternehmen weniger. So gingen die Investitionen in Ausrüstungen und Software merklich zurück, und der Wirtschaftsbau, der zuvor mit zweistelligen Raten zugenommen hatte, stagnierte. Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen kam bei nach wie vor hoher Kapazitätsauslastung außerhalb des Bausektors und bei weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen überraschend. Möglicherweise haben die Unternehmen erwartet, dass die Konsumenten im Zuge der Korrektur im Immobiliensektor ihre Ausgaben deutlich zügeln würden. Bislang zeigt sich der private Konsum jedoch sehr robust: Ein kräftiger Anstieg der real verfügbaren Einkommen, für den neben einer deutlichen Beschäftigungszunahme die nachlassende Teuerung verantwortlich war, führte zu einer beschleunigten Ausweitung der Ausgaben der privaten Haushalte; zu einem Anstieg der Sparquote in Reaktion auf die Korrektur am Wohnungsmarkt kam es bislang nicht.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde überdies durch die Verbesserung des Außenbeitrags gestützt. Während die Exporte im Zuge der kräftigen Dynamik der Weltkonjunktur und der Dollarabwertung im Jahresverlauf beschleunigt ausgeweitet wurden, gingen die Importe im Schlussquartal sogar leicht zurück. Obwohl die Produktion

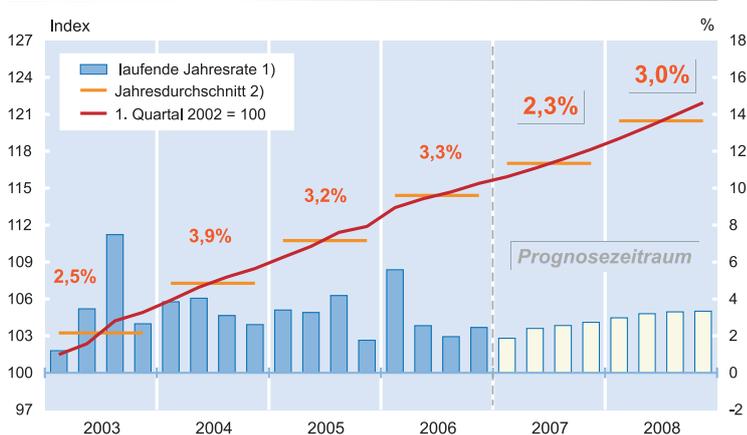
bereits seit vergangem Frühjahr nur noch verhalten expandiert, hat sich der Arbeitsmarkt bislang nicht abgekühlt. Die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei rund 4,5%.

Probleme auf dem Immobilienmarkt noch nicht ausgestanden

Getrübt wird das Bild der US-Konjunktur von der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt. Die privaten Wohnungsbauinvestitionen sind seit dem Frühjahr 2006 stark rückläufig. Immerhin gibt es Anzeichen dafür, dass der Tiefpunkt bald erreicht sein könnte. So sanken die Baugenehmigungen zu Beginn des Jahres nur noch wenig, und die Zahl der Anträge auf Hypothekenkredite nimmt in der Tendenz wieder leicht zu.

Allerdings hat sich der Anstieg der Immobilienpreise – gemessen am häufig verwendeten OFHEO-Index – zuletzt weiter verlangsamt.⁴ Andere landesweite Immobilienpreisindizes sind im Vorjahresvergleich sogar rückläufig.⁵ Das Immobilienvermögen der privaten Haushalte wächst gegenwärtig also kaum noch. Häufig wird die Meinung vertreten, dass der private Verbrauch damit einen in den vergangenen Jahren wesentlichen Impuls verliert.⁶ Bisher sind jedoch keine nennenswerten Folgen der Abflachung des Immobilienpreisanstiegs für den Konsum der privaten Haushalte auszumachen. Wie die Institute schon im Herbstgutachten 2006 argumentierten, liegt die eigentliche Gefahr für die US-Konjunktur nicht in einer zeitweiligen Stagnation der Preise an sich. Es ist der Anstieg an notleidenden Hypothekenkrediten, der einerseits über vermehrte Zwangsverkäufe zu verstärktem Preisdruck auf den Immobilienmärkten führen und andererseits die Stabilität von auf Immobilienkredite spezialisierten Finanzinstituten gefährden könnte.

Insbesondere privatfinanzierte Hypothekenkredite minderer Bonität (so genannte »subprime mortgages«) geben derzeit Anlass zur Sorge. Ihr Anteil am Gesamtmarkt für Hypotheken ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen, und gerade in diesem Segment hat der Anteil der Kredite mit schwerwiegenden Zahlungsrückständen Ende 2006 merklich zugenommen – wohl auch

Abb. 1.1**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA**
Saisonbereinigter Verlauf

1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: BEA; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2007: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2007

⁴ Der OFHEO-Index wird von der Aufsichtsbehörde (Office of Federal Housing Enterprise Oversight) für die zwei großen Wohnungsbaufinanzierungsgesellschaften ermittelt.

⁵ Dies gilt beispielsweise für den Index der Verkaufspreise bestehender Wohnhäuser, der von der National Association of Realtors veröffentlicht wird.

⁶ Für eine ausführlichere Diskussion der Folgen eines Abschwungs am Immobilienmarkt auf den privaten Konsum vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2006, München 2006, 10.

aufgrund eines Anstiegs der Hypothekenzinsen. Dabei sind Kredite mit variablem Zinssatz, deren Anteil ebenfalls deutlich gestiegen ist, besonders anfällig. Allerdings dürfte das Volumen des Segments minderer Bonität nicht ausreichen, um den Immobilienmarkt oder die Hypothekenbranche als Ganzes zu destabilisieren. Auch ist der gegenwärtige Anteil der Kredite mit Zahlungsrückständen im Vergleich zu früheren Korrekturen am Immobilienmarkt nicht ungewöhnlich hoch.

Insgesamt bewerten die Institute die aktuelle Situation im Immobiliensektor als Korrektur von Übersteigerungen, die sich nicht zu einer schweren Krise verschärfen wird. Allerdings werden weiterhin schwache Wohnungsbauinvestitionen, nicht mehr steigende Immobilienvermögen und restriktivere Vergabepraktiken bei Hypothekenkrediten die US-Konjunktur in diesem Jahr weiter belasten.

Preisklima zwingt die Notenbank zu abwartender Haltung

Die Verbraucherpreise haben zum Jahreswechsel wieder angezogen, nachdem ihre Zuwachsrate im Herbst auf den niedrigsten Stand seit Mitte 2002 gesunken war. Zuletzt lagen sie 2,4% höher als ein Jahr zuvor. Die Schwankungen der Inflationsrate waren vor allem durch die Entwicklung des Ölpreises bedingt. Die Kernrate (Verbraucherpreise ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel) hingegen hat sich seit dem Sommer 2006 kaum verändert. Sie liegt mit 2,7% weiter in einem Bereich, den die Notenbank auf mittlere Frist für nicht tolerabel hält.⁷ Auch die Kernrate des Preisdeflators für private Konsumausgaben, der von der Notenbank besonders beachtet wird, liegt mit 2,3% weiterhin auf hohem Niveau. Der recht kräftige Preisauftrieb lässt sich zum einen damit erklären, dass die Überwälzung vergangener Energiepreiserhöhungen wohl noch nicht abgeschlossen ist, zum anderen damit, dass die Kapazitätsauslastung immer noch hoch ist und die Löhne und Gehälter zum Jahresende leicht beschleunigt zulegen.

Die Zielrate der Notenbank für Tagesgeld liegt seit Sommer 2006 unverändert bei 5,25%, was als leicht restriktiv einzuschätzen ist. Gleichzeitig sind die Raten für längerfristige Anleihen auf aktuell rund 4³/₄% gesunken. Diese Inversion der Zinsstrukturkurve wird von den Instituten jedoch nicht als Indikator einer drohenden Rezession gesehen. Vielmehr kann sie nicht nur mit den Erwartungen der Märkte bezüglich bevorstehender Zinssenkungen erklärt werden, sondern auch mit einem gestiegenen Vertrauen in die Fähigkeit der Notenbank, die Inflationsrate in einem engen Band zu halten, sowie mit der hohen Nachfrage nach

Wertpapieren langfristiger Laufzeit aufgrund der reichlichen weltweiten Liquidität.⁸

Die Institute rechnen damit, dass die Zentralbank zunächst an ihrem abwartenden Kurs festhalten wird. Ein weiteres Anziehen der Zinsschraube erscheint angesichts der flauen Konjunktur unwahrscheinlich. Gegen rasche Zinssenkungen spricht, dass die Kerninflationsrate der Notenbank immer noch zu hoch ist. In der zweiten Hälfte des laufenden Jahres dürfte sich der Inflationsdruck aber soweit verringert haben, dass die Notenbank die Zinsen senken wird. Für die Prognose sind bis zum Jahresende zwei Zinsschritte von jeweils 25 Basispunkten unterstellt; im kommenden Jahr wird die Notenbank die Zielrate dann im Zuge einer etwas dynamischeren konjunkturellen Entwicklung auf diesem Niveau halten.

Das Defizit des Bundeshaushalts ist im Fiskaljahr 2006, das am 30. September endete, deutlich auf 1,9% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt gefallen, nach 2,6% im Jahr zuvor. Hauptursache war ein starker Anstieg der Einnahmen um knapp 12%. Dieser resultierte aus einem deutlichen Zuwachs der Unternehmensgewinne sowie (auch progressionsbedingt) aus gestiegenen durchschnittlichen Einkommen der privaten Haushalte. Im laufenden Fiskaljahr wird die Defizitquote mit 1,7% nochmals geringer ausfallen. Grund hierfür ist zum einen der Wegfall der Ausgaben, die im Rahmen der Beseitigung der Schäden durch die Wirbelstürme des Jahres 2005 seither getätigt wurden. Zum anderen steigen die Einnahmen erneut kräftig, da die im Fiskaljahr 2006 gewährten Steuervergünstigungen im Bereich der »Alternative Minimum Tax« (AMT) auslaufen. Auch im kommenden Jahr wird die Fiskalpolitik leicht restriktiv ausgerichtet sein; der Fehlbetrag im Bundeshaushalt wird aber nur noch wenig sinken.⁹

Ausblick

Unter diesen Rahmenbedingungen ist zunächst nur eine moderate Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu erwarten. Der private Konsum wird vorübergehend etwas an Fahrt verlieren. Zum einen werden die Nettovermögen der Haushalte nicht mehr durch steigende Immobilienpreise getrieben, und die Sparquote dürfte sich in der Folge leicht erhöhen. Zum anderen wird sich der Arbeitsmarkt

⁷ Vgl. B.S. Bernanke, Testimony of Chairman Ben S. Bernanke, The Economic Outlook, The Federal Reserve Board, 28. März 2007, www.federalreserve.gov/boarddocs/testimony/2007/20070328/default.htm.

⁸ Für eine ausführliche Diskussion der Ursachen einer inversen Zinsstrukturkurve vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006, Hamburg 2006, 7 ff.

⁹ Ein Risiko für die Prognose liegt hierbei in einer derzeit diskutierten Reform der so genannten »Alternative Minimum Tax« (AMT), einer Mindeststeuer, die ab einer gewissen Einkommensgrenze erhoben wird. Würde diese Einkommensgrenze inflationsindexiert, hätte dies spürbare Steuereinkünfte zur Folge, und die Defizitquote des Bundeshaushalts würde sich im Fiskaljahr 2008 um rund 0,2 Prozentpunkte erhöhen.

leicht abkühlen und so die Einkommenszuwächse etwas bremsen. Erste Anzeichen hierfür sind im Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer in der Arbeitslosigkeit zu sehen. Nicht zuletzt aufgrund der erwarteten Zinssenkungen wird sich der Anstieg der privaten Konsumausgaben ab dem Winterhalbjahr jedoch wohl wieder leicht beschleunigen.

Die Unternehmen werden ihre Absatz- und Ertragsaussichten noch eine gewisse Zeit verhalten einschätzen. Im späteren Verlauf des Prognosezeitraums werden sich aber mit der Stabilisierung auf den Immobilienmärkten auch die Zuversicht und die Investitionsneigung der Unternehmen wieder erhöhen. Die Wohnungsbauinvestitionen werden im Verlauf des Jahres 2007 zunächst weiter zurückgehen, wenn auch mit abnehmenden Raten. Nach Abschluss der Konsolidierungsphase werden sie nächstes Jahr dann mit moderaten Zuwachsraten ausgeweitet. Alles in allem ergibt sich eine verhaltene Investitionsdynamik, die sich im Prognosezeitraum leicht beschleunigen wird.

Wegen der gedämpften Entwicklung der Binnennachfrage werden auch die Importe zunächst nur langsam steigen. Gleichzeitig werden die Exporte von der robusten Weltkonjunktur und dem niedrigen Außenwert des Dollar profitieren, so dass der Außenhandel in diesem Jahr erstmals seit 1995 zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beitragen wird. Im Jahr 2008 wird der Importüberschuss jedoch mit der stärker steigenden Binnennachfrage wieder zunehmen.

Alles in allem ist damit zu rechnen, dass die Wirtschaft in den USA die Schwächephase nur langsam überwinden wird. Im Jahresdurchschnitt steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA im Jahr 2007 um 2,3% und damit deutlich langsamer als das Produktionspotenzial, 2008 dürfte sie um rund 3% expandieren (vgl. Tab. 1.2). Der gesamtwirtschaftliche Preisauftrieb, gemessen am Konsumentenpreisindex, wird bei stabil bleibenden Energiepreisen im Durchschnitt der Jahre 2007 und 2008 bei gut 2% liegen. Infolge der positiven Außenhandelsentwicklung wird das Leistungsbilanzdefizit in diesem Jahr auf rund 6% sinken. Im Jahr 2008 wird es in etwa auf diesem Niveau verharren.

Tab. 1.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2005	2006	2007	2008
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	3,2	3,3	2,3	3,0
Privater Konsum	3,5	3,2	3,1	2,8
Staatskonsum und -investitionen	0,9	2,1	2,3	2,0
Private Bruttoanlageinvestitionen	5,4	4,2	-4,4	4,4
Inländische Verwendung	3,3	3,2	1,7	2,9
Exporte	6,8	8,9	5,6	6,1
Importe	6,1	5,8	0,9	5,0
Außenbeitrag ^{a)}	-0,3	0,0	0,5	-0,1
Verbraucherpreise	3,4	2,5	2,1	2,2
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{b)}	-2,6	-1,9	-1,7	-1,6
Leistungsbilanzsaldo	-6,4	-6,5	-6,0	-6,1
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	5,1	4,5	4,8	4,9

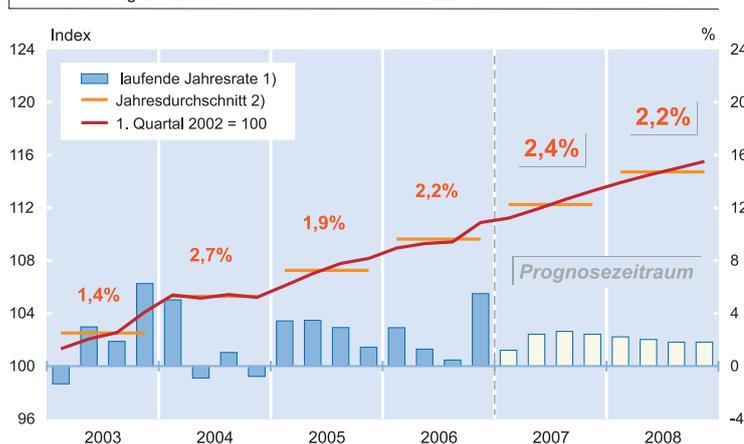
a) Wachstumsbeitrag. – b) Gesamtstaatlich.

Quelle: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008 Prognose der Institute.

Aufschwung in Japan setzt sich fort

In Japan setzte sich im vergangenen Jahr der Aufschwung fort. Nach einem nur geringen Zuwachs im Sommerhalbjahr stieg die Produktion im vierten Quartal wieder sehr kräftig. Angetrieben wurde die Expansion vor allem von den Exporten und den Investitionen, während sich der pri-

Abb. 1.2
Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Cabinet Office; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2007: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2007

vate Konsum nur zögerlich belebt hat. In der Grundtendenz ist die konjunkturelle Dynamik nach wie vor hoch, auch wenn sie sich im Verlauf des Jahres nicht weiter erhöht hat (vgl. Abb. 1.2).

Die Beschäftigung nimmt seit zwei Jahren wieder zu, zuletzt mit einer Jahresrate von etwa 1%. Dabei ging die Arbeitslosenquote nur sehr allmählich zurück; in den vergangenen Monaten verharrte sie bei 4,1%. Die Zunahme der Beschäftigung hat bisher nicht dazu geführt, dass sich der Lohnanstieg nennenswert beschleunigt hat. Da außerdem die Arbeitsproduktivität seit längerer Zeit kräftig gestiegen ist, blieb der Preisdruck vonseiten der Arbeitskosten gering. Im Januar sank die Preissteigerungsrate gegenüber dem Vorjahr im Zuge des Rückgangs der Ölpreise auf null.

Trotzdem hat die Bank von Japan ihre Zinsen weiter erhöht. Nach dem ersten Schritt im Juli vergangenen Jahres hat sie den Leitzins im Februar auf 0,5% angehoben. Angesichts des anhaltenden Aufschwungs wird die japanische Notenbank den Zielsatz für Tagesgeld bis Ende des nächsten Jahres wohl auf 1% erhöhen. Auch bei diesem Niveau dürfte die Konjunktur aber noch angeregt werden.

Das gesamtstaatliche Defizit ging im vergangenen Jahr auf 4,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurück, nach 5,4% im Jahr 2005. Dies war zum Teil konjunkturell bedingt, aber auch Ausgabenkürzungen brachten die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voran. Im Prognosezeitraum sind weitere Einschnitte vorgesehen. Allerdings hat die neue Regierung unter dem Motto »keine Konsolidierung ohne Wachstum« eine Steuerreform beschlossen, mit der die Unternehmen entlastet werden. Steuererhöhungen, insbesondere die viel diskutierte Anhebung der Mehrwertsteuer, sollen nach den vorliegenden Plänen vermieden werden. Es bleibt allerdings fraglich, ob die Regierung ohne Steuererhöhungen ihr Ziel eines Überschusses im Primärsaldo bis 2011 erreichen kann. Insgesamt dürfte die Finanzpolitik in diesem und im kommenden Jahr leicht restriktiv ausgerichtet sein.

Die Expansion der japanischen Wirtschaft wird im Prognosezeitraum kräftig bleiben. Dabei dürfte der private Konsum allmählich an Schwung gewinnen. Die Ausweitung der Investitionen wird sich hingegen etwas abschwächen, nicht zuletzt weil sich international die Absatzerwartungen etwas verschlechtert haben. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass das japanische Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit 2,4%

und im kommenden Jahr mit 2,2% steigen wird (vgl. Tab. 1.3). Der Preisauftrieb dürfte sich dabei leicht beschleunigen.

Nur wenig verlangsamte Expansion in den asiatischen Schwellenländern

In China expandierte die Wirtschaft im Jahr 2006 um 10,7%. Nach einem sehr starken Zuwachs im ersten Halbjahr schien sich die Konjunktur bis zum Jahresende etwas zu beruhigen. Dabei sind die Zuwachsraten der Investitionen im Jahresverlauf gesunken, während sich die Dynamik der Konsumnachfrage etwas erhöht hat. Seit Beginn des Jahres 2007 deuten jedoch eine Reihe von Konjunkturindikatoren, beispielsweise die Entwicklung von Exporten, Industrieproduktion und Bankkrediten, auf einen erneut verstärkten Produktionsanstieg hin. Um Überhitzungsgefahren zu begegnen, hat die Regierung im März die Leitzinsen nochmals leicht erhöht, nachdem bereits im vergangenen Jahr die Geldpolitik gestrafft und einige restriktive administrative Maßnahmen ergriffen worden waren.

Angesichts der zunehmenden sozialen Ungleichheit, der wachsenden Umweltzerstörung und der starken Exportabhängigkeit der chinesischen Wirtschaft stand auf dem diesjährigen Chinesischen Volkskongress der Gedanke eines Wandels vom quantitativen hin zu qualitativem Wachstum im Vordergrund. Entsprechend wurde ein

Tab. 1.3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Japan

	2005	2006	2007	2008
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,2	2,4	2,2
Privater Konsum	1,5	0,9	1,6	2,2
Staatskonsum und -investitionen	0,0	-1,3	-0,1	-0,0
Private Bruttoanlageinvestitionen	5,1	6,5	7,3	5,2
Inländische Verwendung	1,7	1,4	2,1	2,2
Exporte	6,9	9,6	6,3	6,0
Importe	5,8	4,6	5,5	8,6
Außenbeitrag ^{a)}	0,3	0,8	0,3	0,0
Verbraucherpreise	-0,3	0,3	0,5	0,9
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{b)}	-5,4	-4,3	-3,6	-3,3
Leistungsbilanzsaldo	3,6	3,9	3,5	3,0
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,4	4,1	3,9	3,8

^{a)} Wachstumsbeitrag. – ^{b)} Gesamtstaatlich.

Quelle: OECD, Cabinet Office; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

Wachstumsziel von 8% für 2007 festgelegt, ein nach dem Maßstab des vergangenen Jahrzehnts sehr bescheidener Wert. Es ist allerdings zweifelhaft, ob die Behörden willens und in der Lage sind, eine deutliche Verlangsamung des Expansionstempos durchzusetzen. Des Weiteren plant die Regierung, die Devisenreserven, die sich inzwischen auf über eine Billion US-Dollar belaufen, zu einem Teil von einer neu zu schaffenden Investitionsbehörde verwalten zu lassen. Diese soll die Rendite der bisher hauptsächlich in amerikanische Staatsanleihen investierten Mittel erhöhen und zur Versorgungssicherheit beitragen, indem sie sich im Ausland an Unternehmen beteiligt, die in der Rohstoffgewinnung arbeiten.

Aufgrund der neuerlichen Dämpfungsmaßnahmen der Wirtschaftspolitik sowie eines verlangsamten Zuwachses der Exportnachfrage ist mit einer Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion auf 10% in diesem und 9% im nächsten Jahr zu rechnen. Eine nachhaltige Beschleunigung der Inflation ist nicht zu erwarten.

In den *übrigen ostasiatischen Ländern* nahm das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 beschleunigt zu. Maßgeblich hierfür war die gute Exportentwicklung, die von der starken Nachfrage nach Gütern der Informationstechnologie und Elektronikartikeln getragen wurde. Angesichts einer etwas schwächeren konjunkturellen Entwicklung bei den Handelspartnern USA, Japan und China ist in den ostasiatischen Ländern ebenfalls ein leicht verringerter Produktionsanstieg zu erwarten. In diesem Jahr dürfte die Zuwachsrate 4,7% und im kommenden Jahr 5% betragen.

In Südkorea, der größten Volkswirtschaft dieser Ländergruppe, erhöhte sich im Jahr 2006 das reale Bruttoinlandsprodukt um 5%, nach 4% im Jahr zuvor. Die beiden tragenden Säulen der wirtschaftlichen Expansion, die Nettoexporte und der private Konsum, haben jedoch im Jahresverlauf an Dynamik verloren. Stark gestiegene Immobilienpreise – in einzelnen Ballungsräumen wurden Raten von über 25% gegenüber dem Vorjahr verzeichnet – haben Befürchtungen genährt, dass sich eine Immobilienpreisblase bilden könnte. Hierauf hat die Regierung unter anderem mit einer verstärkten Regulierung des Finanzsektors und einer Förderung des Immobilienangebots reagiert. Für dieses Jahr ist ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 4,5% und für das nächste Jahr ein Anstieg von 5% zu erwarten.

Die Wirtschaft in *Indien* hat in den vergangenen Jahren an internationaler Bedeutung gewonnen. Gründe dafür sind die fortschreitende Integration des Subkontinents in die Weltwirtschaft und die hohe Wachstumsdynamik, die zu einem Gutteil Folge der Öffnung ist. Allerdings ist Indiens Anteil am Welthandel noch gering und viel kleiner als etwa der Anteil Chinas. Im vergangenen Jahr erhöhte sich das

reale Bruttoinlandsprodukt Indiens um reichlich 9%. Sehr kräftig nahm die Binnennachfrage zu. Vor allem die Investitionen stiegen rasch, aber auch der private Konsum expandierte deutlich; sein Anteil von fast 70% am Bruttoinlandsprodukt des Landes ist ohnehin einer der höchsten in Asien. Auch die Exporte nahmen kräftig zu. Indiens Dienstleistungssektor ist seit Jahren besonders dynamisch, doch hat die wirtschaftliche Expansion im vergangenen Jahr durch einen kräftigen Anstieg der Industrieproduktion an Breite gewonnen. Die Zunahme der Direktinvestitionen zeigt ein zunehmendes Interesse internationaler Investoren am Standort Indien.

Die starke Beschleunigung des Preisauftriebs signalisiert allerdings Überhitzungstendenzen. Die Inflationsrate lag im vergangenen Jahr über 6% und damit jenseits des Zielkorridors der Zentralbank von 5 bis 5,5%. Diese begann deshalb, die geldpolitischen Zügel anzuziehen. Trotz mehrmaliger Zinserhöhungen blieb die Zunahme der Bankkredite bis zuletzt hoch; Ende 2006 betrug sie rund 30% gegenüber dem Vorjahr. Auch die Vermögenspreise steigen unvermindert. Angesichts der Überhitzungstendenzen wird Indiens Zentralbank die Zinsen wohl auch im weiteren Verlauf dieses Jahres nochmals anheben. Vor diesem Hintergrund wird die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts mit rund 8,5% sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr etwas geringer ausfallen als 2006.

Nur leichte Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik in Lateinamerika

Die ursprünglichen, bereits recht optimistischen Erwartungen bezüglich der Konjunktur in Lateinamerika wurden im vergangenen Jahr noch übertroffen. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg 2006 um 5%, getrieben vor allem von der inländischen Nachfrage. Zwar profitierten die Exporte nach wie vor von der günstigen Weltkonjunktur, doch hatte die anziehende Binnennachfrage auch einen stärkeren Anstieg der Importe zur Folge; der Außenbeitrag ging insgesamt zurück. Die Inflation nahm in den meisten Ländern weiter ab. Allerdings weisen Argentinien und Venezuela nach wie vor zweistellige Inflationsraten auf. Auch mithilfe staatlicher Preiskontrollen versuchen diese Länder, den Inflationsdruck zu mindern.

Die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Brasilien, der größten Volkswirtschaft der Region, hat sich – nach einer zuvor sehr mäßigen Expansion – im letzten Quartal 2006 wieder deutlich beschleunigt. Anregend wirkte, dass die brasilianische Zentralbank angesichts einer stark gesunkenen Inflationsrate sowie geringerer Inflationserwartungen den Leitzins innerhalb des vergangenen Jahres von 18 auf 13% gesenkt hat. Trotz der starken Aufwertung der brasilianischen Währung gegenüber dem US-Dollar ist der

Außenbeitrag nach wie vor positiv. Allerdings dürfte er im Prognosezeitraum kontinuierlich sinken. Das deutlich gesunkene Niveau der Realzinsen sowie das von der Regierung im Januar angekündigte Programm zur Wachstumsförderung (PAC) dürften in diesem und im nächsten Jahr zu höheren Investitionen führen und die Konjunktur weiter beleben.

In Mexiko wird sich die konjunkturelle Dynamik, die vergangenes Jahr noch sehr stark war, im Laufe dieses Jahres etwas abschwächen. Zwar bleibt die Binnennachfrage auch 2007 robust, doch dürfte der Außenbeitrag weiter sinken. Dafür sprechen eine schwächere Weltkonjunktur und die wegen geringerer Ölproduktion sinkenden Einnahmen aus Ölexporten.

Insgesamt ist eine leichte Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik in Lateinamerika für den Prognosezeitraum zu erwarten. Dabei werden vor allem Argentinien und Venezuela, deren Produktion nach der Überwindung ihrer tief greifenden Krisen zunächst sehr rasch zulegte, deutlich langsamer expandieren als in den vergangenen Jahren.

Wirtschaftliche Expansion in Russland weiter kräftig

In Russland hat das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 mit einer Rate von 6,7% erneut kräftig zugenommen. Die Impulse gingen von der Binnennachfrage aus: Sowohl der private Konsum als auch die Anlageinvestitionen expandierten mit zweistelligen Zuwachsraten ähnlich stark wie im Jahr zuvor. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wurde dadurch gedämpft, dass die Einfuhren aufgrund der hohen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern deutlich stärker stiegen als die Ausfuhren. Während die Industrieproduktion mit etwa 4% insgesamt nur moderat zulegte, die Öl- und Gasproduktion kapazitätsbedingt sogar nur um etwa 2%, waren im Dienstleistungssektor und in der Bauwirtschaft deutlich höhere Zuwachsraten zu verzeichnen.

Aufgrund im Durchschnitt höherer Rohstoffpreise im Jahr 2006 erzielte Russland einen im Vergleich zum Vorjahr nochmals größeren Handelsbilanzüberschuss von 164 Mrd. US-Dollar (15% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Die im Stabilisierungsfonds akkumulierten Mittel aus den Ölexporteinnahmen beliefen sich auf etwa 89 Mrd. US-Dollar und verdoppelten sich damit im Vergleich zum Vorjahr. Sie werden überwiegend in ausländischen Wertpapieren angelegt.

Die Verbraucherpreise stiegen ungeachtet der stärkeren Lohnzuwächse und einer massiven Ausweitung der Geld-

menge mit 9,8% langsamer als im Vorjahr; der Inflationszielkorridor der Zentralbank von 6,5 bis 8% wurde allerdings wiederum nicht erreicht. Preisdämpfend wirkte die effektive Aufwertung des Rubels. Auch für den Prognosezeitraum ist zu erwarten, dass die Zentralbank den Inflationsdruck eher dadurch bekämpfen wird, dass sie weitere Aufwertungen zulässt, als dass sie die Zinsen weiter anhebt.

Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum bleiben günstig, nicht zuletzt weil die Weltmarktpreise für Öl und Rohstoffe hoch bleiben. Der private Konsum und die Investitionen werden weiterhin deutlich steigen. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts wird mit Raten um 6% kräftig bleiben.

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Konjunktur im Euroraum bleibt aufwärts gerichtet

Der Aufschwung im Euroraum hat sich im zweiten Halbjahr 2006 fortgesetzt. Der private Verbrauch erhöhte sich mit einer Rate von rund 2,5% merklich rascher als in der ersten Jahreshälfte. Die Investitionen legten weiterhin kräftig zu, im Jahresverlauf stiegen sie insgesamt um annähernd 6%. Dabei expandierten sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen kräftig. Der Außenbeitrag erhöhte sich deutlich, besonders stark gegen Ende des Jahres, wofür eine ausgesprochen hohe Zunahme der Exporte verantwortlich war. Zwar schlug hier – wie bei dem kräftigen Lagerabbau – die Entwicklung in Deutschland durch¹⁰, doch waren die letzten Monate des Jahres auch in den übrigen Ländern des Euroraums von einer regen Exporttätigkeit geprägt.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 um insgesamt 2,7% (vgl. Tab. 2.1). Damit erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 spürbar. Unsicherheit besteht jedoch über den derzeitigen Grad der Auslastung. Dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung im Euroraum gegenwärtig noch unterdurchschnittlich ist, könnte das vergleichsweise moderate Expansionstempo sprechen. Im Boomjahr 2000 stieg das Bruttoinlandsprodukt mit 3,8% erheblich stärker. Von einer noch bestehenden Unterauslastung gingen in ihren jüngsten Prognosen auch OECD, Europäische Kommission und IWF aus.

¹⁰ Vgl. die Ausführungen auf Seite 24.

Tab. 2.1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa^{a)}

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ^{b)}			Arbeitslosenquote ^{c)} in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
		2006	2007	2008	2006	2007	2008			
Deutschland	20,5	2,7	2,4	2,4	1,8	2,0	1,8	8,4	7,0	6,3
Frankreich	15,6	2,2	2,1	1,9	1,9	1,4	1,6	9,4	8,4	8,2
Italien	13,0	1,9	1,8	1,8	2,2	1,9	2,0	6,8	6,5	6,3
Spanien	8,3	3,9	3,5	3,3	3,6	2,8	3,0	8,6	7,9	7,6
Niederlande	4,6	2,9	2,7	2,6	1,7	1,4	1,9	3,9	3,6	3,3
Belgien	2,7	3,1	2,5	2,4	2,3	1,7	1,7	8,2	8,0	7,8
Österreich	2,2	3,1	2,6	2,2	1,7	1,5	1,7	4,8	4,7	4,7
Griechenland	1,7	4,2	4,0	3,9	3,3	3,0	3,0	8,9	8,7	8,4
Finnland	1,4	5,5	4,6	4,3	1,3	1,5	1,6	7,7	7,5	7,4
Irland	1,5	6,0	5,4	5,0	2,7	2,5	2,7	4,4	4,3	4,3
Portugal	1,3	1,3	1,3	1,5	3,0	2,4	2,0	7,7	7,3	7,0
Slowenien	0,2	5,2	4,8	4,5	2,5	2,4	2,2	6,0	5,9	5,9
Luxemburg	0,3	6,2	5,0	4,6	3,0	2,0	2,2	4,7	4,9	5,0
Euroraum^{d),e)}	73,3	2,7	2,5	2,4	2,2	1,9	2,0	7,9	7,1	6,8
Großbritannien	16,4	2,8	2,6	2,4	2,3	2,0	2,1	5,3	5,2	5,0
Schweden	2,6	4,4	3,7	3,0	1,5	2,1	2,3	7,0	6,9	6,2
Dänemark	1,9	3,2	2,6	2,0	1,9	2,2	2,5	3,9	3,3	3,2
EU-16^{d)}	94,2	2,8	2,6	2,4	2,2	1,9	2,0	7,4	6,7	6,4
Polen	2,2	5,8	5,3	5,2	1,1	2,5	2,5	13,9	12,0	11,5
Tschechien	0,9	5,8	5,0	5,0	2,5	2,9	3,0	7,1	6,8	6,5
Ungarn	0,8	3,9	2,5	3,0	3,9	6,8	4,0	7,5	7,7	7,5
Rumänien	0,7	7,7	7,3	7,0	6,6	5,0	4,8	7,4	7,0	7,0
Slowakei	0,3	8,3	7,4	7,0	4,5	3,5	2,5	13,3	11,0	9,0
Litauen	0,2	7,5	7,2	6,6	3,8	4,0	3,0	5,9	5,0	4,8
Bulgarien	0,2	6,2	6,5	6,3	7,4	6,5	5,5	8,9	8,2	7,5
Zypern	0,1	3,8	3,8	4,0	2,2	2,0	2,0	4,9	5,5	5,0
Lettland	0,1	11,9	9,5	8,0	6,5	6,0	5,5	6,9	6,5	6,0
Estland	0,1	11,2	9,5	9,0	4,4	4,0	4,0	5,9	4,0	3,2
Malta	0,0	2,3	2,0	2,2	2,6	2,3	2,4	7,4	7,0	6,8
Neue EU-Mitgliedsländer	5,8	6,1	5,4	5,4	3,1	3,8	3,3	10,1	9,1	8,6
EU-27^{d)}	100,0	3,0	2,7	2,6	2,3	2,0	2,1	7,9	7,2	6,8
<i>Nachrichtlich:</i> Exportgewicht ^{f)}		3,4	3,0	2,8	2,3	2,1	2,2	–	–	–

^{a)} Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ^{b)} EU-16 Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{c)} Standardisiert. – ^{d)} Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2005. – ^{e)} 2006: Euroraum plus Slowenien. – ^{f)} Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2005.

Quelle: Eurostat; IWF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

Ein solches Urteil wird durch die anhaltend moderate Inflation gestützt. Die Kernrate der Inflation ist seit ihrem Tiefpunkt zu Beginn des vergangenen Jahres zwar merklich – von 1,3 auf 1,9% im Februar 2007 – gestiegen, doch war hierfür zu einem Gutteil die Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland verantwortlich, so dass eine besorgniserregende Verstärkung der zugrunde liegenden Preisdynamik auf der Verbraucherebene nach wie vor nicht zu erkennen ist. Infolge der zeitweise rückläufigen Ölpreise hat sich der Anstieg des HVPI insgesamt nach dem Sommer 2006 sogar deutlich von 2,5% im Juni vergangenen Jahres auf zeit-

weise nur noch 1,6% verringert; im März 2007 lag die Inflationsrate nach der Vorausschätzung von Eurostat mit 1,9% immer noch auf einem Niveau, das dem Stabilitätsziel der EZB entspricht.

Auf der anderen Seite deuten Unternehmensumfragen auf eine hohe Auslastung der Kapazitäten im Euroraum hin. Im verarbeitenden Gewerbe liegt sie demnach deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt; im ersten Quartal 2007 erreichte sie in etwa das Niveau, das sie auf dem Höhepunkt des Booms Ende des Jahres 2000 erreicht hatte.

Auch am Arbeitsmarkt ist der konjunkturelle Aufschwung deutlich sichtbar. So ist die Arbeitslosenquote inzwischen mit 7,3% sogar niedriger als auf ihrem Tiefpunkt am Ende des Booms 1999/2000, was für sich genommen ebenfalls gegen eine Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Euroraum spricht. Anders als damals hat die Besserung am Arbeitsmarkt bislang jedoch noch nicht zu einer ausgeprägten Beschleunigung des Lohnanstiegs im Euroraum geführt. Gegenwärtig weisen die von der EZB veröffentlichten Arbeitskostenindikatoren auf einen nach wie vor geringen Lohnauftrieb hin, der sich bislang allenfalls geringfügig verstärkt hat. Dies deutet darauf hin, dass sich die inflationsneutrale Arbeitslosenquote (NAIRU) im Euroraum als Ergebnis von Arbeitsmarktreformen und Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Zuge der Globalisierung deutlich verringert hat. Alles in allem dürfte die Produktionslücke im Euroraum derzeit ungefähr geschlossen sein.

Fraglich ist, wie weit die Arbeitslosigkeit im Euroraum noch sinken kann, ohne dass es zu spürbaren Engpässen am Arbeitsmarkt und in der Folge zu einem nennenswerten Anziehen der Löhne kommt. Es zeichnet sich ab, dass es im laufenden Jahr in einzelnen Ländern zu merklich höheren Lohnabschlüssen kommt; neben Deutschland sind hier vor allem die Niederlande und Irland zu nennen, wo die Arbeitslosigkeit inzwischen auf ein sehr niedriges Niveau gesunken ist. Insgesamt gesehen bleibt der Lohnauftrieb im laufenden Jahr aber wohl moderat, weil in anderen Ländern dämpfende Faktoren wirken: In Frankreich und in Belgien ist die Arbeitslosigkeit immer noch relativ hoch; in Por-

tugal, Griechenland und Italien bemühen sich die Unternehmen, den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit zu begrenzen; in Spanien und in Österreich bremst die starke Zuwanderung. Auch im kommenden Jahr dürfte der Anstieg der Lohnstückkosten in einem Rahmen bleiben, der noch stabilitätsgerecht ist. Dabei steigen die Lohnkosten in Deutschland im kommenden Jahr erstmals ähnlich stark wie im übrigen Euroraum.

Rückgang des Defizits der öffentlichen Haushalte verlangsamt sich

Im Jahr 2006 hat sich die Situation der öffentlichen Finanzen erheblich verbessert. Das zusammengefasste Budgetdefizit ging von 2,4% im Vorjahr auf 1,7% zurück (vgl. Tab. 2.2). Ohne die Einmalmaßnahmen in Italien, die dort die Defizitquote um 2 Prozentpunkte erhöhten¹¹, wäre sie sogar auf rund 1,5% zurückgegangen. Ein Teil der Verbesserung ist konjunkturell bedingt. In einer Reihe von Ländern ging sie aber auch deutlich über das hinaus, was bei dem realisierten Produktionsanstieg üblicherweise zu erwarten gewesen wäre. Dafür war nur vereinzelt – so etwa in Portugal – eine stark restriktiv ausgerichtete Finanzpolitik verant-

¹¹ Zum einen wurde die vom Europäischen Gerichtshof angeordnete Rückzahlung von auf Dienstwagen erhobene Mehrwertsteuer in Höhe von 1,2% des Bruttoinlandsprodukts vollständig im Haushalt 2006 verbucht. Zum anderen wirkte sich die Entscheidung aus, Schulden in Höhe von 0,9% des Bruttoinlandsprodukts in den Haushalt zu integrieren, die bei der Finanzierung eines Hochgeschwindigkeitseisenbahnsystems entstanden waren.

Tab. 2.2
Entwicklung der Finanzierungssalden^{a)} der öffentlichen Haushalte in den Ländern des Euroraums

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 3,7	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 1,7	- 0,6	0,0
Frankreich	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 2,5	- 2,6	- 2,3
Italien	- 2,9	- 3,5	- 3,4	- 4,1	- 4,4	- 2,5	- 2,3
Spanien	- 0,3	0,0	- 0,2	1,1	1,4	0,8	0,9
Niederlande	- 2,0	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,2	0,0	0,5
Belgien	0,0	0,0	0,0	- 2,3	- 0,5	- 0,2	- 0,3
Österreich	- 0,5	- 1,6	- 1,2	- 1,5	- 1,1	- 1,0	- 1,2
Griechenland	- 5,2	- 6,1	- 7,8	- 5,2	- 2,5	- 2,3	- 2,0
Finnland	4,1	2,5	2,3	2,7	3,9	3,2	3,0
Irland	- 0,4	0,3	1,5	1,1	2,2	1,8	1,5
Portugal	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 4,5	- 3,6	- 2,9
Slowenien	- 2,5	- 2,8	- 2,3	- 1,4	- 1,6	- 1,5	- 1,5
Luxemburg	2,1	0,3	- 1,1	- 1,0	- 1,5	- 0,9	- 0,4
Euroraum^{b)}	- 2,5	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 1,7	- 1,1	- 0,8

^{a)} In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht. – ^{b)} Summe der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in Euro.

Quelle: Eurostat; Europäische Kommission; 2006 bis 2008: Prognose der Institute.

wortlich. Vielfach nahmen die Steuern ungewöhnlich kräftig zu, ohne dass es zu einer entsprechenden Änderung der Steuergesetzgebung gekommen war. Eine Erklärung ist die ausgesprochen günstige Ertragsentwicklung bei den Unternehmen, die die gewinnabhängigen Steuereinnahmen ansteigen ließ. In einigen Ländern spielten darüber hinaus Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Fortschritte bei der Bekämpfung der Steuerflucht eine Rolle.

Für das laufende Jahr sind nur in wenigen Ländern nennenswerte fiskalpolitische Maßnahmen zur Verringerung des strukturellen Defizits angelegt. Außer Deutschland sind hier vor allem Italien und Portugal zu nennen. In Italien liegt der Schwerpunkt der Konsolidierungsanstrengungen darauf, die Einnahmen zu erhöhen, in Portugal soll eine weitere Rückführung des Defizits vor allem durch eine Konsolidierung der Ausgaben erreicht werden. Auf der anderen Seite hat eine Reihe von Ländern expansive Maßnahmen beschlossen. Vor allem dort, wo das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bereits erreicht ist (wie in den Niederlanden oder Spanien) oder sogar deutliche Überschüsse erwirtschaftet werden (wie in Finnland oder Irland), werden Steuern gesenkt oder Ausgaben deutlich erhöht. Insgesamt dürfte die Defizitquote in den Staatshaushalten im Euroraum in diesem Jahr nochmals deutlich, auf 1,1%, abnehmen.

Gegenwärtig stellt sich die Haushaltssituation in vielen Ländern günstiger dar, als noch gegen Ende des vergangenen Jahres in den aktualisierten Stabilitätsprogrammen erwartet worden war. Nachdem im laufenden Jahr das Defizit wohl nur noch in Portugal über der Schwelle von 3% liegen wird, verschiebt sich der Schwerpunkt der finanzpolitischen Diskussion zunehmend dahin, inwieweit die überraschend gute Einnahmenentwicklung genutzt werden kann, durch zusätzliche Ausgaben oder Abgabenerlastungen wirtschaftliche Anregungen zu geben, ohne die in den Stabilitätsprogrammen vorgegebenen mittelfristigen Defizitziele und damit auch den Schuldenabbau zu gefährden. Vor diesem Hintergrund ist für das kommende Jahr nur noch ein leichter Rückgang des zusammengefassten Haushaltsdefizits im Euroraum zu erwarten.

Geldpolitik auf neutralem Kurs

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im März dieses Jahres die Geldpolitik weiter gestrafft. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems liegt nunmehr bei 3,75% und damit 50 Basispunkte über dem Niveau von vor einem halben Jahr. Parallel dazu sind die Geldmarktzinsen gestiegen; der 3-Monats-Euribor lag Anfang April bei 4% (vgl. Abb. 2.1). Der kurzfristige Realzins, berechnet als Differenz zwischen Geldmarktzins und der Kerninflationrate, hat sich gleichwohl kaum verändert und beträgt nach wie vor etwa 2%. Die Kapitalmarktzinsen ver-

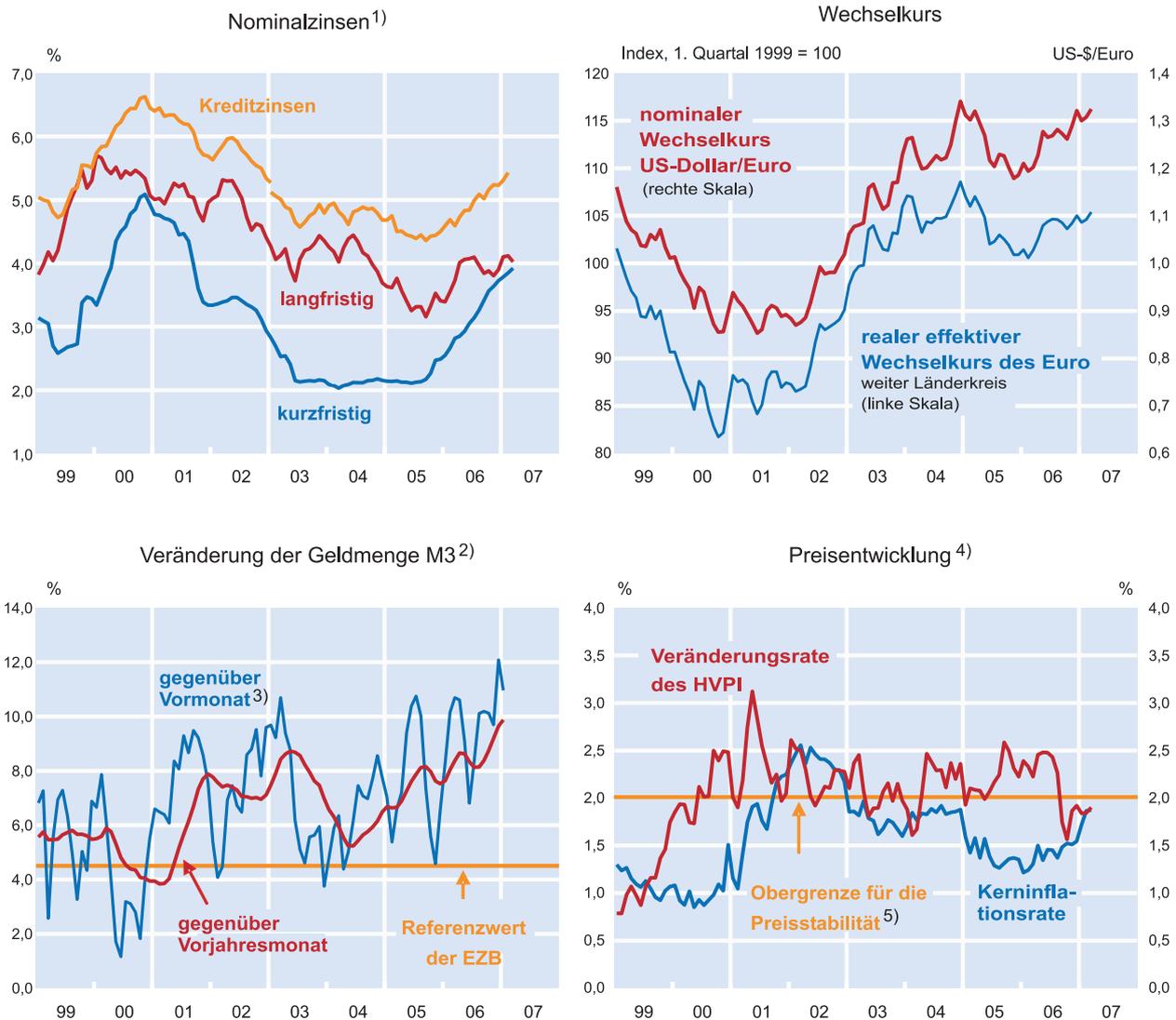
harren seit etwa einem Jahr bei knapp 4%. In realer Rechnung, bei Berücksichtigung der langfristigen Inflationserwartungen, wie sie im Survey of Professional Forecasters der EZB angegeben werden, liegen auch sie unverändert bei etwa 2%. Die Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung sind so alles in allem nach wie vor sehr günstig, zumal die Kurseinbußen, die Ende Februar an den Märkten für Aktien und für Unternehmensanleihen zu verzeichnen waren, in etwa wieder wettgemacht sind; die Emissionstätigkeit der Unternehmen dürfte hiervon nur wenig berührt worden sein. Die Zunahme des Bankkreditvolumens hat sich seit ihrem Höhepunkt im Februar 2006 um reichlich 3 Prozentpunkte verlangsamt und lag im Februar 2007 bei 9,9% (laufende Jahresrate). Dagegen hat sich die Expansion der Geldmenge M3 im vergangenen halben Jahr um rund zwei Prozentpunkte beschleunigt, auf zuletzt 10,2% (Dreimonatsdurchschnitt der Anstiegsraten gegenüber Vorjahr). Der Außenwert des Euro ist sowohl nominal als auch real effektiv seit dem Herbst vergangenen Jahres nur leicht gestiegen. Alles in allem haben sich die monetären Rahmenbedingungen in den vergangenen sechs Monaten kaum verändert.

Die Institute erwarten, dass der maßgebliche Leitzins zur Mitte des Jahres auf 4% angehoben und bis zum Ende des Prognosezeitraums auf diesem Niveau verharren wird. Dreimonatsgeld wird dann voraussichtlich zu einem Satz von 4,2% zu haben sein. Damit wirkt die Geldpolitik in etwa neutral. Die Kapitalmarktzinsen dürften im gleichen Ausmaß wie die Geldmarktzinsen steigen. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,32 unterstellt. Alles in allem dürften die monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum voraussichtlich nur wenig schlechter sein als derzeit.

Ausblick

Die Konjunktur im Euroraum geht mit einem beträchtlichen Tempo in das laufende Jahr. Produktion und Nachfrage dürften zwar gegen Ende des vergangenen Jahres von Sondereffekten wie vorgezogenen Käufen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland, einer ungewöhnlich milden Witterung sowie der Lage von Feiertagen profitiert haben, und die zugrunde liegende Dynamik ist deshalb wohl überzeichnet. Die Institute erwarten daher für das erste Halbjahr eine schwächere Expansion der Produktion als im Schlussquartal 2006 (vgl. Abb. 2.2). In der Grundtendenz wird die Konjunktur im Euroraum aber wohl aufwärts gerichtet bleiben. Hierfür spricht, dass die Auftragseingänge bis zuletzt gestiegen sind und sich die Stimmungsindikatoren sowohl in der Wirtschaft als auch bei den Verbrauchern ausgehend von einem bereits hohen Niveau zuletzt weiter verbessert haben.

Abb. 2.1
Zur monetären Lage im Euroraum



1) Kurzfristig = 3-Monats-Euribor, langfristig = zehnjährige Staatsanleihen; Kreditzinsen = vor 2003: Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr, nach 2003: Zinssatz für Kredite im Neugeschäft bis zu einer Mill. Euro an nicht finanzielle Kapitalgesellschaften mit einer anfänglichen Laufzeit von einem bis fünf Jahren.- 2) M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäft, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, saisonbereinigt, zentrierte Dreimonatsdurchschnitte der Veränderungsrate in %.- 3) Auf Jahresrate hochgerechnet.- 4) HVPI = Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Kerninflationsrate = Veränderungsrate des HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak.- 5) Die EZB sieht ihr Ziel der Preisstabilität bei Inflationsraten von "unter, aber nahe 2%" als erfüllt an.

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute.

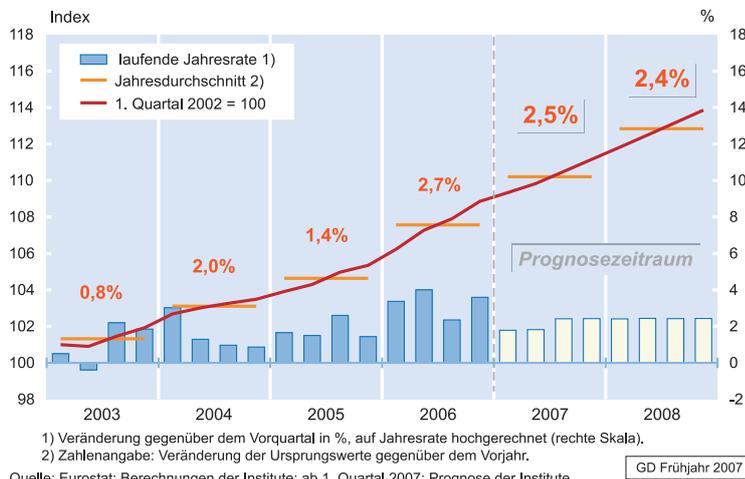
GD Frühjahr 2007

Die Binnennachfrage dürfte weiterhin kräftig zunehmen. Angesichts der gut ausgelasteten Kapazitäten und nach wie vor günstiger Finanzierungsbedingungen bleiben die Unternehmensinvestitionen kräftig aufwärts gerichtet. Der private Konsum wird dadurch gestützt, dass die Einkommen bei kaum verringertem Beschäftigungsaufbau und etwas schneller steigenden Löhnen in beschleunigtem Tempo zunehmen. Im laufenden Jahr machen sich hier allerdings die dämpfenden Wirkungen der Finanzpolitik bemerkbar. Zudem lassen die Impulse der Geldpolitik nach. Auch deswegen dürf-

te die Nachfrage nach Immobilien an Schwung verlieren, und in der Folge werden die Wohnungsbauinvestitionen weniger rasch zunehmen als bisher. Zudem werden Vermögensgewinne aufgrund steigender Immobilienpreise die Nachfrage weniger anregen als in den vergangenen Jahren. Bei einer etwas schwächeren Weltkonjunktur und etwas verschlechterter preislicher Wettbewerbsposition steigen die Exporte nicht mehr so rasch wie 2006. Insgesamt wird die konjunkturelle Dynamik wohl nicht mehr ganz so stark sein wie im vergangenen Jahr.

Abb. 2.2**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**

Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2007: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2007

Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte in diesem wie im nächsten Jahr rund 2 $\frac{1}{2}$ % betragen. Damit nimmt die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung im Prognosezeitraum weiter zu, wenn auch nur noch leicht. Die Arbeitslosigkeit, die 2007 nochmals kräftig sinken wird, geht im kommenden Jahr nur noch wenig zurück (vgl. Tab. 2.3). Bei dieser Entwicklung – und unter der Annahme stabiler Ölpreise – erwarten die Institute nicht, dass sich die Inflation erheblich beschleunigt. Sowohl in diesem als auch im kom-

vergleichsweise geringe Dynamik bei den Exporten. Der Anstieg der Lohnstückkosten war alles in allem moderat; die schwache Exportentwicklung kann so nur zum Teil durch eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition erklärt werden. Die französische Exportwirtschaft partizipiert auch deshalb relativ wenig am gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Aufschwung, weil sie eher auf Konsum- als auf Investitionsgüterproduktion spezialisiert ist. Dennoch nahm die Beschäftigung im Verlauf des vergangenen Jahres beschleunigt zu, und die Arbeitslosenquote verringerte sich von etwa 10 auf rund 9%. Der Anstieg der Verbraucherpreise (HVPI) blieb deutlich unter dem Durchschnitt des Euroraums, im Februar 2007 lag die Inflationsrate bei 1,2%.

Aufgrund der im April anstehenden Präsidentschaftswahlen besteht derzeit Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Finanzpolitische Vorschläge sind vielfältig; indes implizieren alle Programme der Kandidaten eine deutlich expansive Ausrichtung. Vor dem Hintergrund des nach wie vor hohen Haushaltsdefizits – im vergangenen Jahr betrug es noch 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – erscheint der Spielraum für nennenswerte finanzpolitische Impulse jedoch gering. Die Institute gehen für die Prognose von einer etwa neutralen Ausrichtung aus.

Vor diesem Hintergrund wird die französische Wirtschaft im Prognosezeitraum wohl in ähnlichem Tempo expandieren wie im vergangenen Jahr. Die Investitionen dürften auf-

Tab. 2.3**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

	2005	2006	2007	2008
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,7	2,5	2,4
Privater Konsum	1,5	1,7	1,7	2,0
Öffentlicher Konsum	1,4	2,2	1,3	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	4,7	4,4	3,5
Inländische Verwendung	1,6	2,4	2,2	2,3
Exporte ^{a)}	4,2	8,3	6,1	5,1
Importe ^{a)}	5,2	7,8	5,8	5,1
Außenbeitrag ^{b)}	-0,3	0,4	0,1	0,1
Verbraucherpreise ^{c)}	2,2	2,2	1,9	2,0
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{d)}	-2,4	-1,7	-1,1	-0,8
Leistungsbilanzsaldo	-0,1	-0,2	-0,1	0,1
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ^{e)}	8,6	7,9	7,1	6,8

^{a)} Einschließlich Intrahandel. – ^{b)} Wachstumsbeitrag. – ^{c)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{d)} Gesamtstaatlich. – ^{e)} Standardisiert.

Quelle: Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

grund der guten Ertragslage und immer noch günstiger Finanzierungsbedingungen weiter kräftig ausgeweitet werden. Bei wenig verändertem Anstieg der real verfügbaren Einkommen wird der private Verbrauch abermals deutlich zunehmen. Da die strukturelle Exportschwäche der französischen Wirtschaft wohl nicht so rasch überwunden werden kann, wird sich der Außenbeitrag wohl weiter verringern. Insgesamt erscheint ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von rund 2% in diesem wie im nächsten Jahr wahrscheinlich. Dabei wird die Inflationsrate in beiden Jahren reichlich 1 1/2% betragen. Die Arbeitslosenquote wird bis zum Ende des Prognosezeitraums auf gut 8% zurückgehen.

Konjunkturelle Belebung in Italien

Die wirtschaftliche Expansion in Italien hat sich im Jahr 2006 spürbar beschleunigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahresdurchschnitt um 1,9% zu. Der starke Anstieg im vierten Quartal dürfte die konjunkturelle Grundtendenz aber wohl erheblich überzeichnen. Hierauf deutet auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt hin; die Arbeitslosenquote sank nach einem kräftigen Rückgang im ersten Halbjahr nach der Jahresmitte kaum noch. Getragen wurde die Belebung von einer deutlich beschleunigten Zunahme der Investitionen, während der private Konsum in der Tendenz in wenig verändertem Tempo expandierte. Der Außenbeitrag verringerte sich im Verlauf des Jahres – bei starken Schwankungen von Quartal zu Quartal – nicht mehr. Die Industrieproduktion insgesamt nahm 2006 erstmals wieder zu, nachdem sie zuvor fünf Jahre lang rückläufig gewesen war. Während sich der Produktionsanstieg im Maschinenbau – einer in den vergangenen Jahren im internationalen Wettbewerb erfolgreichen Branche – im Zuge des Aufschwungs im Euroraum verstärkte, mehren sich die Anzeichen, dass sowohl die Automobil- als auch die Textilbranche, welche in den vergangenen Jahren erheblich unter dem zunehmenden internationalen Konkurrenzdruck gelitten hatten, ihre Schwächephase allmählich überwinden.

Die Finanzpolitik befindet sich seit dem vergangenen Jahr auf Konsolidierungskurs, und die Situation der Staatsfinanzen hat sich stark verbessert. Zwar stieg das Haushaltsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht auf 4,4%. Darin schlagen aber einmalige Belastungen des Budgets (vgl. Fußnote 11) zu Buche, ohne die das Defizit bereits im vergangenen Jahr deutlich unter die Schwelle von 3% gesunken wäre. Die Maßnahmen der Regierung zielen vor allem auf eine Stärkung der Einnahmen ab, wobei die Abgabensätze per saldo kaum angehoben werden, sondern Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerkraft im Vordergrund stehen. Die Anhebung von einzelnen Verbrauchsteuern und eine geringfügige Erhöhung der Einkommensteuer im Wege einer verschärften Progression werden weitgehend ausgeglichen durch eine Verringerung

der Sozialabgabenlast bei den Unternehmen. Tatsächlich scheinen die Bemühungen des Fiskus um mehr Steuerehrlichkeit und einen effizienteren Einzug der Steuerschuld Früchte zu tragen, nahmen die Steuereinnahmen doch bereits im vergangenen Jahr um 10% und damit nahezu doppelt so stark zu, wie es aufgrund der konjunkturellen Belebung und der übrigen steuerlichen Maßnahmen zu erwarten gewesen wäre. Angesichts der überraschend positiven Einnahmenentwicklung ist bereits eine Diskussion darüber entstanden, inwieweit die Ausgabenpolitik gelockert werden kann. Die Institute erwarten, dass das italienische Budgetdefizit – bereinigt um die Einmalmaßnahmen – in diesem und im nächsten Jahr nur langsam weiter zurückgeht.

Die wirtschaftliche Expansion in Italien wird sich im Prognosezeitraum in moderatem Tempo fortsetzen. Im ersten Quartal 2007 dürfte sie als Reaktion auf den sehr starken Produktionsanstieg gegen Ende des Vorjahres schwach gewesen sein. So gab der Index der Industrieproduktion in den ersten beiden Monaten des Jahres um insgesamt 2% nach. Insgesamt dürfte die Konjunktur im Prognosezeitraum jedoch nicht zuletzt aufgrund des anhaltenden Aufschwungs im Euroraum aufwärtsgerichtet bleiben. In den Jahren 2007 und 2008 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt nur wenig schwächer steigen als 2006. Der Preisauftrieb bleibt mäßig; er fällt aber nicht unter den Durchschnitt des Euroraums, so dass sich die Wettbewerbsposition der italienischen Wirtschaft im Prognosezeitraum nicht nennenswert verbessert.

Boom in Spanien hält vorerst an

In Spanien hielt der langjährige Wirtschaftsaufschwung im Jahr 2006 an. Die Produktion expandierte im vergangenen Jahr mit 3,9% und damit wie schon seit Bestehen der Gemeinschaftswährung deutlich schneller als im Euroraum insgesamt. Gegen Ende des vergangenen Jahres gewann die Konjunktur sogar noch einmal an Dynamik. Hierzu trugen alle Nachfragekomponenten bei. Die günstige Einnahmenentwicklung bescherte den öffentlichen Haushalten wie schon 2005 einen Überschuss von reichlich 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In diesem Jahr wird er wohl aufgrund von Einkommensteuersenkungen zurückgehen.

Industrieproduktion und Vertrauensindikatoren deuten auf eine nur leichte Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik zu Beginn des Jahres hin. Die Kapazitäten werden rasch ausgeweitet: Die Investitionsquote stieg im vergangenen Jahr auf fast 30%, und das Arbeitsangebot erhöht sich vor allem aufgrund hoher Zuwanderung weiter kräftig. Trotzdem ist die Arbeitslosenquote 2006 weiter gefallen. Allerdings kann die heimische Nachfrage nur mithilfe eines hohen Kapitalimports finanziert werden. Im vergangenen Jahr stieg das Leistungsbilanzdefizit auf über 8%

in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Zum Teil liegen die Ursachen im Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft. Im vergangenen Jahrzehnt sind die Lohnstückkosten in Spanien deutlich schneller als in den übrigen Ländern des Euroraumes gestiegen: Preise und Löhne legten stärker zu, während die Arbeitsproduktivität deutlich langsamer zunahm.

Obwohl das Leistungsbilanzdefizit eine Zunahme der Verschuldung der spanischen Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland bedeutet, ist das Vermögen der privaten Haushalte in Spanien in den vergangenen Jahren rasch gestiegen, denn die Immobilienpreise haben sich, auch aufgrund der Nachfrage aus dem Ausland, mit zweistelligen Raten erhöht. Allerdings hat sich der Anstieg zuletzt spürbar verlangsamt. Ein Ende des Immobilienbooms könnte die Konjunktur in Spanien schwer treffen: zum einen, weil die Baubranche einen recht hohen Anteil an Produktion und Beschäftigung hat, zum anderen, weil eine ungünstigere Vermögensentwicklung die privaten Haushalte zu einem vorsichtigeren Ausgabenverhalten veranlassen könnte. In diesem und im nächsten Jahr dürfte sich die wirtschaftliche Expansion aber in nur wenig verringertem Tempo fortsetzen.

Nachlassende konjunkturelle Dynamik in Großbritannien

Die britische Wirtschaft expandierte im vergangenen Jahr um 2,8% und damit deutlich stärker als im Jahr 2005. Der Zuwachs der Binnennachfrage verstärkte sich im Jahresverlauf, insbesondere die Unternehmensinvestitionen gewannen angesichts hoher Gewinne an Fahrt. Gleichzeitig ging der reale Außenbeitrag weiter zurück. Dabei spielten zum einen die Aufwertung des Pfundes, zum anderen der Anstieg der importintensiven Investitionsnachfrage eine Rolle. Insgesamt expandierte das Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des vergangenen Jahres mit nahezu konstantem Tempo. Die Arbeitslosenquote stieg trotz der guten Konjunktur leicht an, da die Zahl der Zuwanderer auch im vergangenen Jahr hoch war.

Die Inflationsrate liegt seit geraumer Zeit deutlich über dem Inflationsziel der Zentralbank von 2%; im Januar 2007 betrug sie 2,7%. Vor diesem Hintergrund hat die Bank von England den Leitzins im November und Januar um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf derzeit 5,25% angehoben. Im Prognosezeitraum wird sie den Leitzins wohl unverändert lassen, da die Inflationsrate in absehbarer Zeit den Zielwert wieder erreichen dürfte, zumal der zurückliegende Anstieg des Wechselkurses preisdämpfend wirkt.

Die öffentlichen Finanzen haben sich vor allem konjunkturbedingt geringfügig verbessert. Im vergangenen Fiskaljahr, das im März endete, dürfte die Defizitquote leicht, auf 2,8%, zurückgegangen sein. Nach Auffassung der Regierung endete zu diesem Zeitpunkt der seit 1997 laufen-

de Konjunkturzyklus, so dass ihre Haushaltsregel gerade erfüllt ist, die besagt, dass über einen Zyklus Kredite nur im Ausmaß der öffentlichen Investitionen aufgenommen werden dürfen. Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht für den Prognosezeitraum nur einen leichten Anstieg des Staatsverbrauchs vor. Da die Einnahmen nicht zuletzt wegen der Steuerprogression deutlich zunehmen, dürfte das Defizit bis zum Ende des Prognosezeitraums um rund einen Prozentpunkt sinken.

Die konjunkturelle Expansion in Großbritannien wird sich allmählich verringern. Der private Konsum wird vorerst noch von der günstigen Entwicklung der privaten Einkommen und den verstärkten Wertsteigerungen auf dem Immobilienmarkt gestützt. Aufgrund der zurückliegenden Zinserhöhungen wird sich die Dynamik bei den Immobilienpreisen allerdings wohl abschwächen; der Zuwachs an Immobilienvermögen wird im weiteren Prognosezeitraum nachlassen und der private Verbrauch folglich etwas schwächer expandieren. Die Unternehmen werden hingegen angesichts der hohen Kapazitätsauslastung sowie der außerordentlich guten Ertragslage im Prognosezeitraum ihre Investitionen weiter kräftig ausweiten. Damit bleibt auch die Importnachfrage lebhaft, und der Außenbeitrag wird die Konjunktur dämpfen. Insgesamt prognostizieren die Institute einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 2,6% in diesem und 2,4% im nächsten Jahr. Da sich bereits eine Abschwächung der Zuwanderungswelle abzeichnet, dürfte die Arbeitslosenquote bei weiterhin leicht steigender Beschäftigung bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 5,0% sinken.

Konjunktur in den neuen Mitgliedsländern bleibt dynamisch

Die neuen Mitgliedsländer der EU verzeichneten im Jahr 2006 mit 6,1% einen hohen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts. Die konjunkturelle Dynamik nahm im Laufe des Jahres insgesamt sogar zu. Vor allem in Polen und in der Slowakei beschleunigte sich der Produktionsanstieg, während er sich in Ungarn leicht abschwächte. Die Arbeitslosenquote nahm in nahezu allen Ländern im Verlauf des Jahres 2006 sehr deutlich ab.

Die wirtschaftliche Expansion wurde zunehmend von der Binnennachfrage getragen, aber auch die Nettoexporte stiegen nochmals an. Die Anlageinvestitionen profitierten von gestiegenen Unternehmensgewinnen und ausländischen Direktinvestitionen und nahmen im Allgemeinen mehr zu als im Vorjahr. Sie stiegen in Polen und in den baltischen Ländern mit zweistelligen Zuwachsraten, während sie sich in der Slowakei mit dem Auslaufen von Großprojekten in der Automobilindustrie abschwächten. Die Investitionen in die Infrastruktur wurden aufgrund der Förderung im Rahmen von EU-Programmen kräftig ausgeweitet. Der private Kon-

sum expandierte fast überall infolge zunehmender Beschäftigung und stark steigender Reallöhne kräftig. Eine Ausnahme in diesem Bild lebhafter Binnennachfrage ist Ungarn, wo Maßnahmen zur Budgetsanierung Konsum und Investitionen dämpften.

Der Preisanstieg hat sich 2006 in den meisten Ländern beschleunigt. Dazu trugen neben der hohen konjunkturellen Dynamik, die nicht zuletzt einen stärkeren Anstieg der Lohnstückkosten zur Folge hatte, höhere Ölpreise und vielfach Anhebungen administrierter Preise bei. In Polen und in der Tschechischen Republik liegt der Preisanstieg derzeit allerdings immer noch unter jenem im Euroraum.

Im Prognosezeitraum wird sich die wirtschaftliche Expansion in der Region – getrieben von der weiterhin kräftig zunehmenden Binnennachfrage – auf hohem Niveau fortsetzen. Mit Bulgarien und Rumänien sind zu Beginn dieses Jahres zwei Länder mit hoher Wachstumsdynamik beigetreten. Die Arbeitslosenquoten werden im Prognosezeitraum weiter zurückgehen, wenn auch nicht mehr so rasch wie im vergangenen Jahr. Der Preisanstieg wird unter der Annahme stabiler Ölpreise im Prognosezeitraum in den meisten Ländern etwas nachlassen. Ein Inflationsrisiko liegt allerdings in der Entwicklung der Löhne, die bereits jetzt in einer Reihe von Ländern deutlich schneller steigen als die Produktivität. Der Lohndruck könnte bei angespannten Arbeitsmärkten und relativ starker Migration von Arbeitskräften in die »alten« EU-Länder stärker zunehmen als von den Instituten erwartet.

Risiken könnten in einigen Ländern von sehr hohen Leistungsbilanzdefiziten ausgehen. Im Baltikum liegen sie in Relation zum Bruttoinlandsprodukt durchgängig im zweistelligen Bereich. Auch wenn die Defizite im Zusammenhang mit Nettokapitalzuflüssen durch hohe Direktinvestitionen stehen, weisen derart hohe Fehlbeträge möglicherweise auf Probleme bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Produktion hin, die sich infolge des zu erwartenden kräftigen weiteren Anstiegs der Arbeitskosten noch verstärken könnten.

Im Jahr 2008 gehören neben Estland und Litauen auch Malta, Zypern und Lettland mehr als zwei Jahre dem Wechselkursmechanismus II an und erfüllen damit eine Voraussetzung für die Aufnahme in den Euroraum. Allerdings müssen sie im Sommer 2007 auch die übrigen Konvergenzkriterien erfüllen. Im Fall von Malta und Zypern könnte lediglich die Schuldenstandsquote ein Problem darstellen. Bei Lettland ist die Inflation der kritische Punkt. Nach der Einschätzung der Institute wird in den kommenden zwei Jahren eine nachhaltige Senkung der Inflationsrate unter den zuletzt ermittelten Referenzwert von 2,8%¹² nicht erreicht. Am Inflationskriterium scheiterten im vergangenen Jahr auch Estland und Litauen. Hier zeigt sich erneut das generelle Pro-

blem, dass sich die in einem Aufholprozess zu erwartende reale Aufwertung bei einem festen nominalen Wechselkurs notwendigerweise in einer überdurchschnittlichen Inflation niederschlägt.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat sich nach der Jahreswende 2006/2007 fortgesetzt. Allerdings hat sich das Tempo etwas vermindert. Bemerkenswert ist, dass der noch vor einem halben Jahr vielfach erwartete Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion ausblieb, obwohl die Mehrwertsteuer angehoben wurde und die Käufe der privaten Haushalte im ersten Quartal deutlich gesunken sein dürften. Offenbar war die zugrunde liegende Dynamik der Konjunktur hoch genug, um die dämpfenden fiskalischen Effekte zu überspielen. Jedoch hat auch die ungewöhnlich milde Witterung zu dem Anstieg der Produktion beigetragen. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung dürfte im ersten Quartal dieses Jahres um reichlich 1 1/2 Prozentpunkte höher gewesen sein als ein Jahr zuvor.

Mit dem kräftigen Aufschwung hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert. So sank die Zahl der Arbeitslosen in den ersten Monaten dieses Jahres saisonbereinigt unter 4 Millionen; die Arbeitslosenquote lag bei 9,0% und war damit um knapp 2 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr. Gleichzeitig nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sehr kräftig zu. Der Preisauftrieb verstärkte sich in den vergangenen Monaten, insbesondere als Folge der Mehrwertsteuererhöhung; jedoch wurde der Anstieg eine Zeit lang gedämpft durch den Rückgang der Energiepreise. Die Inflationsrate blieb auch zuletzt unter 2%.

Der spürbare Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion auch nach der Jahreswende bedeutet indes nicht, dass die restriktive Finanzpolitik keinen dämpfenden Einfluss auf die Konjunktur ausgeübt hat. Im Gegenteil scheint sich zu bestätigen, dass sowohl die Vorzieheffekte als auch die Preiswirkungen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung etwa in dem Ausmaß eingetreten sind, wie von den Instituten im Herbst 2006 erwartet. So wurden ge-

¹² Der Referenzwert bemisst sich am ungewichteten arithmetischen Mittel der drei niedrigsten Inflationsraten unter den EU-Ländern, gemessen am HVPI, plus 1,5 Prozentpunkte. Referenzzeitraum sind jeweils die letzten zwölf Monate. Im Oktober 2006 betrug der kritische Wert 2,8%, berechnet mit den Inflationsraten von Polen (1,2%), Finnland (1,2%) und Schweden (1,5%). Vgl. EZB-Konvergenzbericht Dezember 2006, 18.

Kasten 3.1**Annahmen für die Prognose**

Die Prognose beruht auf folgenden Annahmen:

- Der Rohölpreis bewegt sich im gesamten Prognosezeitraum um 65 US-Dollar je Barrel (Sorte Brent).
- Der Welthandel expandiert in diesem und im kommenden Jahr um 7½%.
- Der Wechselkurs liegt im Prognosezeitraum bei 1,32 US-Dollar je Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert sich in diesem und im nächsten Jahr geringfügig.
- Die Europäische Zentralbank wird den maßgeblichen Leitzins Mitte dieses Jahres um 25 Basispunkte auf 4,0% anheben und ihn im kommenden Jahr unverändert lassen. Die Kapitalmarktzinsen erhöhen in ähnlichem Ausmaß.
- Die Tarifverdienste je Stunde steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem Jahr um 2,0% und im nächsten um 2,8%.
- Die Unternehmen ziehen im laufenden Jahr Investitionen in Höhe von 2½ Mrd. Euro vor, um die bis zum Jahresende geltenden Regelungen zur degressiven Abschreibung noch mitzunehmen.
- Die Finanzpolitik setzt ihre Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung sowie zur Unternehmensteuerreform um.

gen Ende des vergangenen Jahres in ungewöhnlich großem Umfang langlebige Gebrauchsgüter gekauft, und bei den Wohnungsbauminvestitionen gab es ebenfalls einen kräftigen Schub. Zudem stiegen die Verbraucherpreise beschleunigt, und die Preisentwicklung dürfte auch in den kommenden Monaten durch weitere Überwälzungen beeinflusst werden.

Im Vergleich mit den anderen Ländern in der Europäischen Währungsunion zeigte sich im Jahr 2006 eine bemerkenswerte Änderung: Während der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in den Jahren 2001 bis 2005 um durchschnittlich rund einen Prozentpunkt geringer war als im übrigen Euroraum, war er im Verlauf des Jahres 2006 sogar höher. Zwar spielten hier auch einige Sonderfaktoren eine Rolle, wie z.B. die Vorzieheffekte wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer und des Wegfalls der Eigenheimzulage; entscheidend ist aber, dass die zugrunde liegende konjunkturelle Dynamik in Deutschland in etwa so hoch war wie im übrigen Euroraum.

Die noch vor einem halben Jahr herrschende Unsicherheit über Stärke und Dauer des derzeitigen Aufschwungs hat sich zunehmend aufgelöst, und nach Ansicht der Institute spricht nunmehr vieles dafür, dass sich die deutsche Wirtschaft in einem gefestigten Aufschwung befindet. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die hier wirken und sich gegenseitig verstärken. Ein wichtiger Grund ist die über Jahre andauernde Lohnzurückhaltung. In der Folge verbesserten sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Gewinnsituation der Unternehmen. In die gleiche Richtung wirkte, dass die Unternehmen nach dem Konjunktureinbruch im Jahr 2001 durch vielfältige Umstrukturierungsmaßnahmen ihre Rentabilität erhöht haben. Dies belastete zunächst den Arbeitsmarkt, im Zeitablauf wurden aber Investitionen zunehmend lohnender, und die Einstel-

lung von Arbeitskräften wurde attraktiver. Anregend wirkte auch die kräftige Expansion der Weltwirtschaft. Wie stark der Produktionsanstieg durch diese Faktoren stimuliert würde, war bis in das vergangene Jahr hinein unsicher, zumal die Aufschwungkräfte eine Zeit lang nicht die Oberhand gewinnen konnten. So sorgte der wiederholt kräftige Anstieg der Erdölpreise immer wieder für einen Dämpfer. Erst im Verlauf des Jahres 2006 setzte dann eine kräftige Beschäftigungsdynamik ein. Sie wird dazu beitragen, dass die verfügbaren Einkommen und in der Folge die privaten Konsumausgaben ebenfalls merklich anziehen werden, voraussichtlich bereits im Laufe dieses Jahres. Gegenwärtig ist dies noch nicht zu beobachten, weil der Konsum durch die Anhebung der Mehrwertsteuer gedämpft wird.

Auf Basis dieser Diagnose rechnen die Institute damit, dass sich der Aufschwung in diesem Jahr fortsetzt. Allerdings wird das Expansionstempo geringer sein als im vergangenen Jahr. Ein wichtiger Grund ist der restriktive Kurs der Finanzpolitik, der den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um schätzungsweise ½ Prozentpunkt dämpfen wird.¹³ Von der Geldpolitik gehen anders als in den Vorjahren keine Impulse mehr aus; die Europäische Zentralbank schwenkt auf einen neutralen Kurs ein. Die Institute erwarten zudem, dass die EZB die Leitzinsen im Sommer dieses Jahres um weitere 25 Basispunkte auf 4% anheben wird. Jedoch stehen die monetären Rahmenbedingungen insgesamt einer schwungvollen konjunkturellen Expansion nicht entgegen, da die Kapitalmarktzinsen weiterhin im langfristigen Vergleich niedrig sind. Zudem sind die Kurse an den Aktienmärkten nach einer kurzen Unterbrechung im Februar und im März weiterhin aufwärts gerichtet. Ferner hat sich die preisliche Wettbe-

¹³ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006, Hamburg 2006.

Kasten 3.2**Überprüfung der Prognosen für das Jahr 2006 und Anpassung der Prognose für das Jahr 2007**

In der Prognose vom Frühjahr vergangenen Jahres hatten die Institute für das Jahr 2006 einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 1,8% erwartet. Tatsächlich ergab sich nach den vom Statistischen Bundesamt im Februar 2007 vorgelegten Werten eine Zunahme um 2,7%. Zutreffend hatten die Institute im vergangenen Frühjahr diagnostiziert, dass sich die deutsche Wirtschaft in einem kräftigen Aufschwung befindet. Für die Ausrüstungsinvestitionen wurde eine nachhaltige Belebung erwartet; für die Bauinvestitionen wurde das Ende der sechsjährigen Talfahrt prognostiziert. Auch der private Konsum sollte sich bei verbesserter Arbeitsmarktlage wieder etwas erhöhen. Unterschätzt wurde damals allerdings generell die Stärke der konjunkturellen Dynamik; das Expansionstempo nahezu aller Nachfrageaggregate ist zu niedrig veranschlagt worden (vgl. Tab. 3.3).

In ihrem Herbstgutachten 2006 haben die Institute die Prognose für den Anstieg des realen BIP auf 2,3% angehoben. Die im Vergleich zum Frühjahrsgutachten um einen halben Prozentpunkt höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate ging auf eine positivere Einschätzung der Inlandsnachfrage zurück. Für den Außenbeitrag wurde – trotz beträchtlicher Aufwärtsskorrekturen bei Exporten und Importen – ein ähnlich hoher Wachstumsbeitrag erwartet wie im Frühjahr prognostiziert. Ausschlaggebend für den Prognosefehler in Höhe von 0,4 Prozentpunkten ist die zwischenzeitlich erfolgte Revision der amtlichen Angaben für das erste Halbjahr 2006, die die Basis für die Herbstprognose bildeten. So weist das Statistische Bundesamt die konjunkturellen Raten für das reale BIP für das erste und zweite Quartal 2006 nunmehr um 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkte höher aus als im Herbst veranschlagt. Die von den Instituten für das dritte und vierte Quartal 2006 prognostizierten konjunkturellen Raten stimmen mit den derzeitigen amtlichen Ergebnissen nahezu überein.

Die Konjunkturperspektiven für das Jahr 2007 wurden von den Instituten im Herbstgutachten 2006 unterschiedlich beurteilt. So bestand »erhebliche Unsicherheit darüber, ob der Aufschwung schon so weit gefestigt ist, dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung trotz der restriktiven Politik auch im kommenden Jahr steigt.«^{a)} Die Spannweite der im Vorfeld des Herbstgutachtens veröffentlichten Institutsprognosen war deshalb beträchtlich. Einige Institute erwarteten, dass die Konjunktur in Deutschland merklich an Tempo verliert, so dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres nur noch mit der damals geschätzten trendmäßigen Wachstumsrate expandieren werde. Im Urteil anderer Institute hatte dagegen der Aufschwung bereits so viel an Stärke gewonnen, dass die Kapazitätsauslastung von den belastenden Faktoren nur kurzfristig gedämpft und anschließend wieder spürbar zunehmen werde. Die damals vorliegenden Frühindikatoren gaben keine eindeutigen Signale, welchem der beiden Szenarien eine höhere Wahrscheinlichkeit beizumessen war.

Nach Abwägung aller Argumente hatten sich die Institute im Herbstgutachten schließlich für ein mittleres Prognose-szenario entschieden. Für das Jahr 2007 prognostizierten sie eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,4%. Die jetzt vorgelegte Prognose ist mit 2,4% um einen Prozentpunkt höher. Nach Einschätzung aller Institute sind die endogenen Auftriebskräfte in Deutschland nunmehr kräftig genug, um die restriktiven Wirkungen der Finanzpolitik zu verkraften; die erwartete konjunkturelle Dämpfung fällt daher weniger sichtbar aus als im Herbstgutachten befürchtet worden war. So dürfte das BIP im ersten Quartal 2007 – wenngleich verlangsamt – weiter zugenommen haben. Hierzu trug freilich auch die außergewöhnlich milde Witterung bei. Die Dynamik der Inlandsnachfrage wird jetzt deutlich höher eingeschätzt. Der private Konsum wird im Jahresdurchschnitt 2007 steigen; die Ausrüstungsinvestitionen werden erneut deutlich anziehen.

^{a)} Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2006, München 2006, 23.

werbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert. Der Aufschwung wird zudem gestützt durch eine weiterhin moderate Lohnpolitik; zwar werden sowohl die Tarif- als auch die Effektivlöhne um rund 2% und damit stärker steigen als im Vorjahr, doch wird die Zunahme der Arbeitskosten durch die Senkung der Lohnnebenkosten gemindert.

Für eine Fortsetzung des Aufschwungs sprechen auch wichtige Frühindikatoren. So hält sich das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft seit mehreren Monaten auf einem historisch hohen Niveau. Nach der Jahreswende 2006/2007 haben zudem die Auftragseingänge, die eine Zeit lang lediglich stagniert hatten, wieder kräftig angezogen, und äußerst hohe Auftragsbestände lassen erwarten, dass die Produktion in nächster Zeit spürbar ausgeweitet wird. Zudem bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld günstig, denn die Expansion in der Weltwirtschaft dürfte sich nur geringfügig abschwächen.

Im Verlauf dieses Jahres wird das reale Bruttoinlandsprodukt etwas rascher zunehmen als das Produktionspotential, dessen Wachstumsrate die Institute auf 1½ bis 2% veranschlagen. Im Durchschnitt des Jahres 2007 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um voraussichtlich 2,4% zunehmen (vgl. Tab. 3.1).¹⁴ Der größere Wachstumsbeitrag kommt wie bereits im Vorjahr von der Inlandsnachfrage, wobei sich deren Bedeutung voraussichtlich auf rund zwei Drittel des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion erhöhen wird (vgl. Tab. 3.2). Dabei wird sich der private Kon-

¹⁴ Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) teilt die Einschätzung der anderen Institute, dass die Konjunktur in diesem Jahr durch verschiedene Faktoren gedämpft wird. Das IfW hält es jedoch für wahrscheinlich, dass die konjunkturelle Dynamik im laufenden Sommerhalbjahr deutlich höher sein wird als von der Mehrheit der Institute prognostiziert. Dafür sprechen nach Ansicht des IfW der sehr hohe Auftragsbestand und das sehr günstige Geschäftsklima. Für das Jahr 2007 prognostiziert das IfW daher einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,0%.

Tab. 3.1
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bruttoinlandsprodukt ^{a)} (Veränderung gegen über dem Vorjahr in %)	- 0,2	1,2	0,9	2,7	2,4	2,4
Westdeutschland ^{b),c)}	- 0,3	1,2	1,0	2,6	2,4	2,4
Ostdeutschland ^{c)}	0,9	1,7	- 0,2	3,0	2,4	2,4
Erwerbstätige ^{d)} (1 000 Personen)	38 724	38 875	38 823	39 106	39 559	39 831
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 377	4 381	4 861	4 487	3 767	3 465
Arbeitslosenquote ^{e)} (in %)	10,2	10,1	11,2	10,3	8,7	8,0
Verbraucherpreise ^{f)} (Veränderung gegen über dem Vorjahr in %)	1,1	1,6	2,0	1,7	1,8	1,8
Lohnstückkosten ^{g)} (Veränderung gegen über dem Vorjahr in %)	0,8	- 0,4	- 1,1	- 1,3	- 0,1	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{h)} in Mrd. Euro	- 87,0	- 82,5	- 72,6	- 39,5	- 13,3	0,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 1,7	- 0,6	0,0
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	40,9	94,9	103,1	116,6	133,4	145,1

a) In Preisen des Vorjahres. – b) Einschließlich Berlin. – c) Ohne Berlin. – d) Im Inland. – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – f) Verbraucherpreisindex (2000 = 100). – g) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen. – h) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

Tab. 3.2
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts^{a)}
In Prozentpunkten

	2006	2007	2008
Konsumausgaben	0,7	0,7	1,4
Private Haushalte ^{b)}	0,4	0,5	1,2
Staat	0,3	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	1,0	0,8	0,8
Ausrüstungen	0,5	0,5	0,5
Bauten	0,4	0,3	0,3
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	- 0,2	0,2	- 0,2
Inlandsnachfrage	1,5	1,7	2,0
Außenbeitrag	1,1	0,8	0,4
Exporte	5,1	3,8	3,8
Importe	- 4,0	- 3,0	- 3,4
Bruttoinlandsprodukt ^{c)}	2,7	2,4	2,4

a) Zur Definition vgl. Tabelle 3.3. In Preisen des Vorjahres; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – b) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – c) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

sum zunehmend erholen, denn die real verfügbaren Einkommen nehmen deutlich zu, vor allem als Folge des hohen Beschäftigungszuwachses. Auch dürften die Verbraucher die mittelfristigen Einkommens- und Beschäftigungsaussichten etwas günstiger einschätzen als bislang. Die Investitionstätigkeit bleibt rege; dabei werden die Unternehmen mehr und mehr bestrebt sein, ihre Produktionskapazitäten auszuweiten. In der zweiten Jahreshälfte werden sie ihre Käufe von Ausrüstungsgütern besonders kräftig erhöhen, um noch die günstigen Abschreibungsbedingungen, die bis zum Jahresende 2007 gelten, auszunutzen. Entsprechend ist zu Beginn des kommenden Jahres mit einem Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Die Exporte werden die Konjunktur weiterhin stützen, und die deutsche Wirtschaft dürfte ihren Weltmarktanteil in etwa halten. Mit der Fortsetzung des Aufschwungs wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern; allerdings wird die Beschäftigung im Jahresverlauf deutlich langsamer zunehmen als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt erstmals seit 2001 unter der Marke von 4 Millionen liegen; sie dürfte gegenüber dem Jahr 2006 um etwa 700 000 auf rund 3,75 Mill. Personen abnehmen. Die Arbeitslosenquote wird um 1,6 Prozentpunkte auf 8,7% sinken. Getrieben durch die höhere Mehrwertsteuer werden die Verbraucherpreise in diesem Jahr um 1,8% höher sein als im Vorjahr.

Im kommenden Jahr wird sich der Aufschwung fortsetzen. Dabei erwarten die Institute ein ähnlich hohes Expansionstempo wie im Verlauf des Jahres 2007. Die Finanzpolitik wird im Großen und Ganzen neutral ausgerichtet sein. Zwar wird das Budgetdefizit des Staates weiter zurückgehen; unter den hier getroffenen Annahmen ist sogar ein ausgeglichener Haushalt in Sicht. Diese Abnahme ist der guten Konjunktur zu verdanken. Von der Unternehmensteuerreform sind für das Jahr 2008 kaum zusätzliche Impulse für die Investitionen zu erwarten; die positiven Effekte der niedrigeren Steuersätze werden durch die negativen Wirkungen bei den Abschreibungsbedingungen und den übrigen Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage weitgehend ausgeglichen. Ungeachtet der

Tab. 3.3
Prognose für das Jahr 2006 und tatsächliche Entwicklung
 Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts^{a)}

	Frühjahrgutachten		Herbstgutachten		Amtliche Statistik		Prognosefehler für 2006	
	Prognosewerte für 2006		Prognosewerte für 2006		Istwerte ^{b)} für 2006		Differenz der Wachstumsbeiträge in %-Punkten	
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^{c)}	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^{c)}	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^{c)}	Frühjahrgutachten	Herbstgutachten
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	Spalte (6) abzgl. Spalte (2)	Spalte (6) abzgl. Spalte (4)
Inlandsnachfrage	1,2	1,1	1,7	1,6	1,6	1,5	0,4	- 0,1
Privater Konsum	0,4	0,2	0,9	0,5	0,8	0,4	0,2	- 0,1
Staatlicher Konsum	0,4	0,1	1,2	0,2	1,8	0,3	0,2	0,1
Ausrüstungen	5,5	0,4	6,8	0,5	7,3	0,5	0,1	0,0
Bauten	1,2	0,1	1,6	0,1	4,2	0,4	0,3	0,3
Sonstige Anlageinvestitionen	4,1	0,1	4,4	0,1	5,9	0,1	0,0	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,3	-	0,2	-	- 0,2	- 0,5	- 0,4
Außenbeitrag	-	0,7	-	0,6	-	1,1	0,4	0,5
Ausfuhr	8,2	3,3	10,0	4,1	12,5	5,1	1,8	1,0
Einfuhr	7,4	- 2,6	9,7	- 3,4	11,1	- 4,0	- 1,4	- 0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,8	2,3	2,3	2,7	2,7	0,9	0,4
<i>Nachrichtlich:</i>								
Bruttoinlandsprodukt USA	3,4	-	3,5	-	3,3	-	-	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum ^{d)}	2,1	-	2,6	-	2,8	-	-	-
Welthandel	8,5	-	8,5	-	8,0	-	-	-
Verbraucherpreise	1,6	-	1,7	-	1,7	-	-	-

^{a)} In Preisen des Vorjahres. – ^{b)} Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.3, 4. Vierteljahr 2006. – ^{c)} Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate, gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – ^{d)} Arbeitstäglich bereinigte Ergebnisse.

Quelle: BEA; Eurostat; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2006: Prognose der Institute.

in das Jahr 2007 vorgezogenen Investitionen bleibt die Investitionstätigkeit der Unternehmen jedoch eine wichtige Stütze für die gesamtwirtschaftliche Expansion. Hinzu kommt, dass die Bauinvestitionen wie schon in den beiden Vorjahren zunehmen werden; damit wäre die langjährige Talfahrt beendet.¹⁵ Den größten Wachstumsbeitrag jedoch leisten die privaten Konsumausgaben, die durch den kräftigen Beschäftigungs- und Einkommensanstieg ange-regt werden; sie dürften um rund 2% steigen und damit den höchsten Zuwachs seit dem Jahr 2001 aufweisen. Die Impulse aus dem Ausland bleiben kräftig. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4% zu-nehmen, arbeitstäglich bereinigt um 2,1%. Die Zahl der Arbeitslosen wird langsamer als in diesem Jahr zurückge-hen; im Jahresdurchschnitt dürfte sie knapp 3,5 Mill. be-tragen. Etwas verstärken wird sich im Jahresverlauf der

Preisanstieg. Die Lebenshaltung dürfte sich um 1,8% ver-teuern. Zwar werden die Preiseffekte der Mehrwertsteuer-erhöhung ausgelaufen sein, der Auftrieb bei den Arbeits-kosten dürfte sich aber beschleunigen. Dies ist für eine Pha-se des Konjunkturzyklus, in der die Kapazitätsauslastung zunimmt und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt spürbar wer-den, nicht ungewöhnlich. Die Institute rechnen damit, dass die Tarifabschlüsse per saldo die Beschäftigung nicht mehr fördern. Der höhere Kostenauftrieb beeinträchtigt auch die Unternehmensgewinne, und die Rentabilität der Investitio-nen geht zurück. Die Inflationsrate ist nicht mehr nennens-wert niedriger als im übrigen Euroraum. Anders als in den vergangenen Jahren gewinnt Deutschland kaum noch an preislicher Wettbewerbsfähigkeit.

Auf die Risiken für die Prognose, die vom internationalen Umfeld ausgehen, wird im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens eingegangen. Binnenwirtschaftlich kann der Aufschwung im Jahr 2008 dadurch gefährdet werden,

¹⁵ Vgl. hierzu den Abschnitt 4 (Ende der Schwächephase am Bau?) in die-sem Gutachten.

dass der Lohnanstieg deutlich höher ausfällt als hier unterstellt. Zwar ergibt sich bei der rasch zunehmenden Arbeitskräftenachfrage zwangsläufig auch ein deutlich höherer Anstieg der Effektivlöhne in der Gesamtwirtschaft. Diese Erwartung liegt auch der hier vorgelegten Prognose zugrunde. Zu bedenken ist aber, dass die Arbeitslosigkeit in einem Jahr nochmals deutlich niedriger sein wird als gegenwärtig. Zunehmend werden sich Engpässe bemerkbar machen, und die Gewerkschaften werden über eine bessere Verhandlungsposition verfügen als in diesem Jahr. Sollten die Tariflöhne spürbar stärker angehoben werden als hier unterstellt, würde die deutsche Wirtschaft an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Zudem würden sich höhere Inflationsrisiken ergeben; in der Folge würde die EZB die Zinsen stärker erhöhen. Alles in allem würden Konjunktur und Beschäftigung beeinträchtigt werden.

Für das erste Quartal 2007 rechnen die Institute zunächst mit einem Rückgang beim Export. Dies folgt nicht nur rein technisch aus der Buchung der Nachmeldungen als Exporte im vierten Quartal. Hierauf weisen auch die im Schlussquartal 2006 rückläufigen Auftragseingänge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe hin. Im weiteren Jahresverlauf dürfte der Export allerdings deutlich an Fahrt aufnehmen. Dafür sprechen die jüngst wieder gestiegenen Auftragseingänge aus dem Ausland sowie die weiterhin gute konjunkturelle Entwicklung bei den Handelspartnern, insbesondere im Euroraum. Kräftige Impulse werden zudem aus den dynamischen Regionen außerhalb des Euroraums erwartet. Hier sind vor allem China, Russland, Mittel- und Osteuropa sowie die OPEC-Staaten zu nennen, die ihre Nachfrage nach Investitionsgütern weiterhin kräftig ausweiten werden. Auch dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporte infolge der gesunkenen Sozialversicherungsbeiträge verbessert haben.¹⁷ Im kommenden Jahr treibt die robuste Welt-

Die Entwicklung im Einzelnen

Robuste Weltkonjunktur treibt Export

Im Sog der kräftigen Weltkonjunktur expandierten die Ausfuhren aus Deutschland im abgelaufenen Jahr mit 12,5% fast so stark wie im Boomjahr 2000 (13,5%). Besonders hoch waren die Zuwächse der Lieferungen in die dynamisch wachsenden Volkswirtschaften der neuen EU-Mitglieder. Wesentliche Impulse kamen auch aus Ländern außerhalb der EU, insbesondere aus Ostasien und aus Russland (vgl. Abb. 3.1, Tab. 3.4). Das Expansionstempo nahm im zweiten Halbjahr nochmals erheblich zu, dürfte aber durch Nachmeldungen überzeichnet sein.¹⁶

¹⁶ Das Statistische Bundesamt verweist in der Fachserie 18 Reihe 1.2, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung Vierteljahresergebnisse, 4. Vierteljahr 2006, darauf, dass die Exportangaben für das 4. Quartal 2006 infolge von Nachmeldungen überhöht sind. Deshalb ist eine genaue Aufteilung der Exporte auf Quartale und Halbjahre derzeit nicht möglich. Vor dem Hintergrund der in der zweiten Jahreshälfte 2006 gegenüber der ersten wohl etwas langsamer gestiegenen Industrieproduktion in wichtigen Handelspartnerländern erscheint es plausibel, dass ein Teil der im letzten Quartal 2006 gebuchten Warenexporte tatsächlich bereits in der ersten Jahreshälfte angefallen ist. Damit wäre der statistische Überhang von 7,3% überzeichnet.

¹⁷ Der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit weist zu Beginn des Jahres 2007 eine Verschlechterung aus. Er ist jedoch derzeit nicht aussagekräftig, weil die »Preisbereinigung« auf Konsumentenpreisindizes beruht, in die auch die Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland eingeht. Exportgüter sind jedoch von der deutschen Mehrwertsteuer befreit. Gemessen an den relativen Lohnstückkosten hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

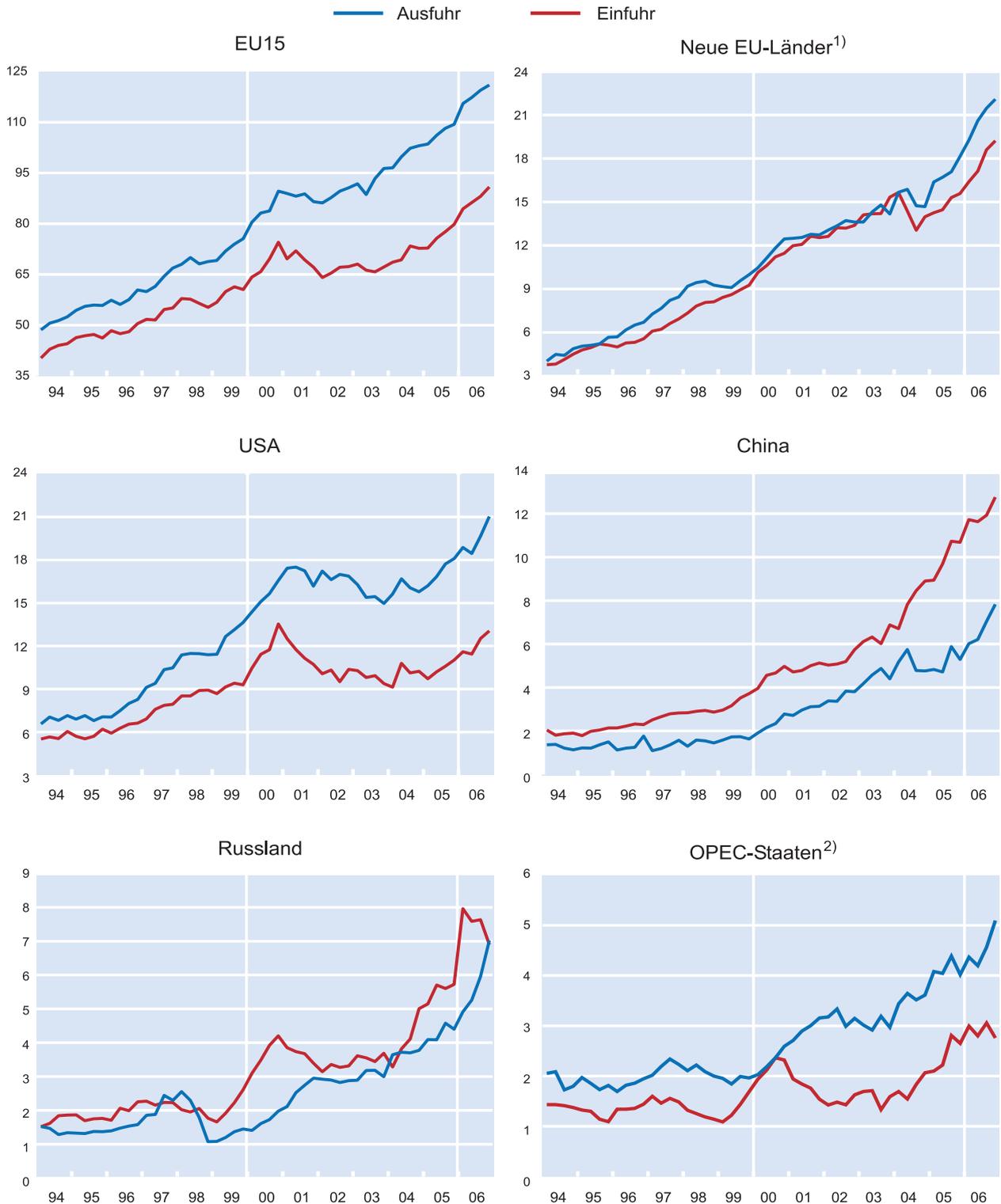
Tab. 3.4
Deutsche Exporte nach Regionen
Spezialhandel in jeweiligen Preisen

Ländergruppe	2004			2005			2006		
	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ^{a)}	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ^{a)}	Mrd. Euro	Anteile in %	in % des BIP ^{a)}
Insgesamt	731,5	100,0	33,1	786,3	100,0	35,1	896,0	100,0	38,8
EU-25	466,3	63,7	21,1	498,6	63,4	22,2	558,5	62,3	24,2
darunter:									
Euroraum	317,7	43,4	14,4	339,6	43,2	15,2	376,5	42,0	16,3
Neue EU-Länder ^{b)}	61,6	8,4	2,8	68,9	8,8	3,1	83,7	9,3	3,6
NAFTA ^{c)}	74,7	10,2	3,4	80,7	10,3	3,6	90,9	10,1	3,9
Ostasien ^{d)}	60,5	8,3	2,7	62,1	7,9	2,8	72,9	8,1	3,2
darunter:									
China	21,0	2,9	1,0	21,2	2,7	0,9	27,5	3,1	1,2
Übrige Länder	130,0	17,8	5,9	144,9	18,4	6,5	173,7	19,4	7,5

^{a)} In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – ^{b)} Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – ^{c)} USA, Kanada, Mexiko. – ^{d)} Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Abb. 3.1
Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen
 Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro



1) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Slowenien, Malta, Zypern.- 2) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

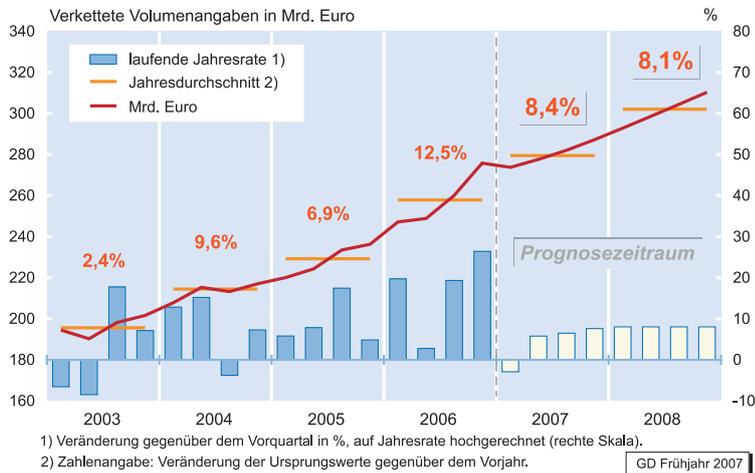
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

GD Frühjahr 2007

Abb. 3.2

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



wirtschaft weiterhin die deutsche Ausfuhr. Obgleich sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen infolge der stärkeren Lohnzuwächse nur noch wenig verbessern wird, werden die Exporte 2008 kaum langsamer zunehmen als im laufenden Jahr. Im Jahresdurchschnitt steigen sie im Jahr 2008 mit 8,1%, nach 8,4% im laufenden Jahr (vgl. Abb. 3.2).

Die Einfuhr hat sich im Jahr 2006 ebenfalls kräftig erhöht; der Anstieg um 11,1% übertraf sogar den Wert im Jahr 2000 von 10,5%, der bislang der höchste seit der deutschen Vereinigung war. Im Prognosezeitraum wird sich die Expansion der Einfuhr deutlich beschleunigen. Ausschlaggebend dafür ist neben dem anziehenden Export die Binnennachfrage, die sich nach der Konsum-

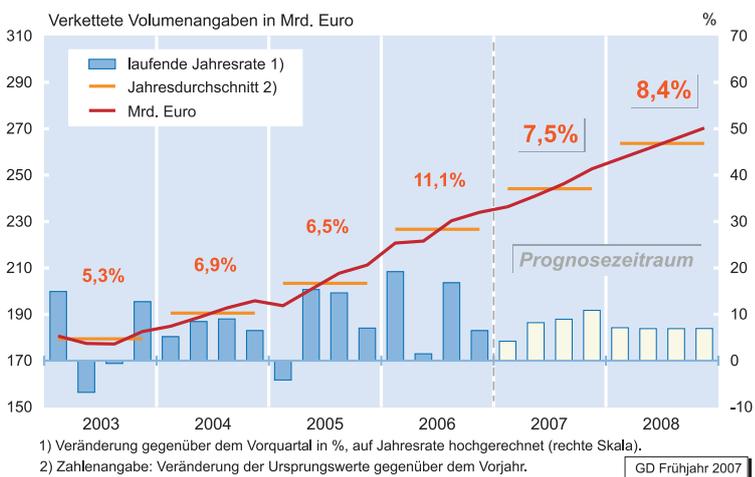
schwäche zu Jahresbeginn infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer ab dem zweiten Quartal 2007 deutlich ausweiten wird. Stützend wirkt auch die Nachfrage der Unternehmen nach Ausrüstungsgütern. Die Importe werden im Jahr 2008 um 8,4% zulegen, nach 7,5% im laufenden Jahr (vgl. Abb. 3.3).

Die Terms of Trade haben sich im vergangenen Jahr erneut verschlechtert. Maßgeblich dafür waren einmal mehr die gestiegenen Rohstoffpreise. Die Einfuhrpreise erhöhten sich im Jahresdurchschnitt um 3,2%, während die Ausfuhrpreise nur um 0,9% anzogen. Dies entspricht einem Entzug an Realeinkommen von etwa 1%. Ab der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres nahm jedoch der Preisauftrieb bei den Importgütern mit der Entspannung an den internationalen Mineralölmärkten merklich ab, im Schlussquartal sanken die Importpreise sogar. Diese Tendenz hat sich nach der Jahreswende zunächst fortgesetzt. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften sich die Preise wieder leicht erhöhen, zumal die Mineralölpreise inzwischen wieder angezogen haben. Im Jahresdurchschnitt sind sie so hoch wie im Vorjahr. Im kommenden Jahr dürften die Importpreise mit der Expansion der Weltwirtschaft weiter leicht steigen (0,6%). Wie die Importpreise waren auch die Exportpreise zuletzt rückläufig, wenn auch nur leicht. Im laufenden wie auch im kommenden Jahr werden die Exportpreise aufgrund der starken weltwirtschaftlichen Dynamik leicht steigen. Die Terms of Trade werden sich im Jahr 2007 um 0,4% verbessern und im kommenden Jahr stagnieren (vgl. Tab. 3.5).

Abb. 3.3

Reale Importe

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Ausrüstungsinvestitionen steigen weiterhin kräftig

Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen im Durchschnitt des vergangenen Jahres um 7,3% zu. Dies ist der kräftigste Anstieg seit dem Jahr 2000. Zwar haben sich die Zuwächse in der zweiten Jahreshälfte verringert, dies dürfte aber eher eine technische Reaktion auf die starke Ausweitung der Investitionen im ersten Halbjahr gewesen sein. So hatten die Unternehmen für Ende 2005 geplante Investitionen in das Jahr 2006 verschoben, um die ab Jahresbeginn erhöhten Abschreibungssätze für bewegliche Anlagegüter mitzunehmen. Maßgeblich für die gute Investitionskonjunktur waren die positiven Absatz- und Gewinnerwartungen, die günstigen internen und externen Finanzie-

Tab. 3.5
Indikatoren zur Außenwirtschaft^{a)}

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Exporte, real ^{b)}	2,4	9,6	6,9	12,5	8,4	8,1
Waren	3,1	10,2	7,1	13,0	8,5	8,3
Dienstleistungen	-1,6	6,1	5,7	9,1	7,6	6,4
Importe, real ^{b)}	5,4	6,9	6,5	11,71	7,5	8,4
Waren	6,7	8,1	7,1	12,9	7,9	8,4
Dienstleistungen	0,9	2,7	4,5	4,2	5,9	8,3
Terms of Trade	1,0	-0,2	-0,8	-2,2	0,4	0,0
In Mrd. Euro						
Außenbeitrag, nominal	85,5	110,9	116,0	122,7	144,5	153,7
Leistungsbilanzsaldo ^{c)}	40,9	94,9	103,1	116,6	133,4	145,1

^{a)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – ^{b)} In Preisen des Vorjahres. – ^{c)} In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

rungsmöglichkeiten sowie die hohe Kapazitätsauslastung. Unternehmensbefragungen zufolge spielt mittlerweile die Kapazitätserweiterung eine größere Rolle für die Investitionsentscheidungen als die Rationalisierung.

Bei anhaltend günstigen Absatz- und Gewinnerwartungen werden die Unternehmen auch in diesem Jahr ihre Ausrüstungsinvestitionen weiter spürbar ausweiten. Hierauf deuten die Inlandsbestellungen von Investitionsgütern – besonders im Maschinenbau – hin. Zusätzliche Anreize gehen von den anhaltend hohen Preisen für Energieträger und Rohstoffe aus, aufgrund derer sich effizienzsteigernde Investitionen rentieren. Bei all dem dürfte der Wegfall der degressiven Abschreibung für bewegliche Investitionsgüter zum Jahresende 2007 viele Unternehmen veranlassen, für später geplante Investitionen in das laufende Jahr vorzuziehen.¹⁸ Zu Beginn des nächsten Jahres dürfte dadurch die Investitionstätigkeit vorübergehend sinken. Angesichts nach wie vor kräftiger Impulse aus der Weltwirtschaft wird sie im späteren Verlauf des Jahres 2008 aber wieder an Fahrt gewinnen. Dabei sind die Bedingungen für die externe Finanzierung trotz leicht steigender Kapitalmarktzinsen immer noch günstig. Auch dürften dank der kräftigen Gewinnentwicklung weiterhin beträchtliche Möglichkeiten zur Innenfinanzierung bestehen.

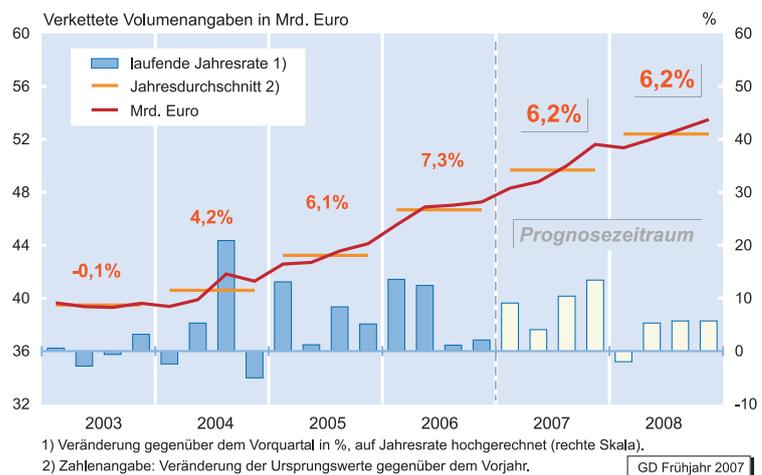
¹⁸ Die Prognose für das Jahr 2007 geht von Vorzieheffekten in Höhe von rund 2,5 Mrd. Euro aus; dies entspricht 1,3% der Ausrüstungsinvestitionen.

Die Unternehmensteuerreform, die im Jahr 2008 in Kraft tritt, dürfte per saldo die Investitionsbedingungen am Standort Deutschland leicht verbessern. Wie weit sich dies bereits 2008 auswirken wird, lässt sich derzeit wegen der Vielfalt von steuerlichen Be- und Entlastungen der Unternehmen nur schwer quantifizieren. Zwar dürfte die steuerliche Begünstigung einbehaltener Gewinne die ertragsstarken Personenunternehmen zu zusätzlichen Investitionen anregen, und international operierende Kapitalgesellschaften erhalten aufgrund der sinkenden Durchschnittssteuersätze zusätzliche Anreize für ein Engagement in Deutschland. Dagegen wirkt die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, insbesondere der Übergang zur linearen Abschreibungsregel, den Effekten der Steuersatzsenkung entgegen. Auch sind Finanzanlagen steuerlich im Vorteil gegenüber Sachanlageinvestitionen. Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen in beiden Jahren um etwas mehr als 6% zunehmen (vgl. Abb. 3.4).

Bauinvestitionen: Aufwärtsbewegung setzt sich fort

Die Bauinvestitionen haben im vergangenen Jahr spürbar zugelegt und damit erstmals seit 1994 wieder deutlich zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Während im Wohnungsbau vor allem Sondereffekte zur Mitnahme der Eigenheimzulage und zur Umgehung der Mehrwertsteuererhöhung wirksam wurden, machte sich bei den ge-

Abb. 3.4
Reale Investitionen in Ausrüstungen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2007: Prognose der Institute.

werblichen Investoren die konjunkturelle Belebung bemerkbar.

Im Jahr 2007 wird es im Wohnungsbau wegen der in das Jahr 2006 vorgezogenen Baumaßnahmen zu einer deutlich verringerten Neubautätigkeit bei Eigenheimen und zu Einschränkungen bei Modernisierungsmaßnahmen im Bestand kommen, die die Bauinvestitionen insgesamt vorübergehend dämpfen werden. Dagegen gehen von der energetischen Bausanierung weiterhin Anregungen aus; dies signalisieren auch die Kreditzusagen der KfW im Rahmen verschiedener Förderprogramme (»CO₂-Gebäudesanierung«, »Wohnraum Modernisieren«, »Ökologisch Bauen«). Gestützt wird diese Entwicklung durch die immer noch niedrigen Zinsen und die deutlich aufgehellten Arbeitsplatz- und Einkommensperspektiven.

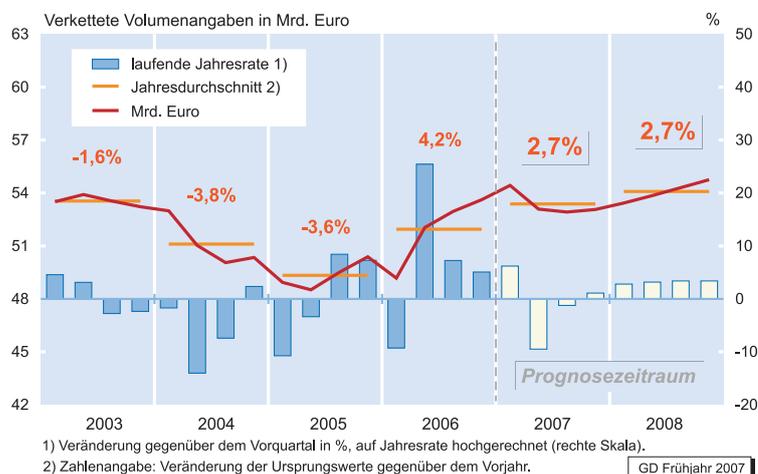
Anregend wirkt nicht zuletzt auch die Erwartung steigender Immobilienpreise; in großen Städten und in gefragten Lagen sind die Preise im vergangenen Jahr bereits wieder gestiegen. Diese Faktoren dürften im späteren Jahresverlauf, vor allem aber im nächsten Jahr, die Nachfrage nach Wohnbauten stärken (vgl. Tab. 3.6).

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden vom Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen in dem Maße mitgezogen, wie diese Gebäudeerweiterungen oder -anpassungen notwendig machen. Wie die Baugenehmigungen signalisieren, kommen diese Impulse vor allem aus der Industrie. Zudem hat die Deutsche Bahn angekündigt, mehr in ihr Streckennetz zu investieren. Im nächsten Jahr dürfte die Investitionsdynamik bei noch hohen Absatzerwartungen und damit einhergehenden Kapazitätsengpässen immer noch robust blei-

ben, zumal auch die Dienstleister verstärkt als Investoren auftreten. Dabei sind die Finanzierungsbedingungen sowohl hinsichtlich des Zinsniveaus als auch der notwendigen Eigenmittel nach wie vor gut.

Auch die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum ausgeweitet.¹⁹ Nach den kräftigen Rückgängen in den Jahren 1993 bis 2005 werden vor allem die Städte und Gemeinden ihren aufgestauten Baubedarf langsam abbauen, da sich ihre Haushaltssituation erheblich verbessert hat. So wiesen sie im vergangenen Jahr erstmals seit dem Jahr 2000 einen Haushaltsüberschuss aus. Zudem wird seit Anfang 2007 auch die energetische Sanierung kommunaler Gebäude durch Kredite der KfW gefördert, von denen die Kommunen wohl rege Gebrauch machen dürften. Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen in diesem und im nächsten Jahr um je 2,7% zu (vgl. Abb. 3.5).

Abb. 3.5
Reale Bauinvestitionen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2007: Prognose der Institute.

Tab. 3.6
Reale Bauinvestitionen^{a)}

	2006	2004	2005	2006	2007	2008
	Anteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Wohnbauten	57,9	- 2,9	- 4,0	4,0	0,8	1,8
Nichtwohnbauten	42,1	- 4,9	- 3,0	4,4	5,2	3,9
Gewerblicher Bau	30,3	- 3,3	- 1,8	3,9	5,8	3,8
Öffentlicher Bau	11,8	- 8,7	- 6,0	5,7	3,9	4,2
Bauinvestitionen	100,0	- 3,8	- 3,6	4,2	2,7	2,7

^{a)} In Preisen des Vorjahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

Expansion des privaten Konsums nur vorübergehend gedämpft

Der private Konsum hat im Verlauf des vergangenen Jahres mit 1,8% merklich zugenommen. Im Vorjahresvergleich ergab sich aufgrund des statistischen Unterhangs indes nur ein Plus von 0,8%. Maßgeblich für den Verbrauchszuwachs war der Anstieg der Realeinkommen, insbesondere der Gewinn- und Vermögenseinkommen.

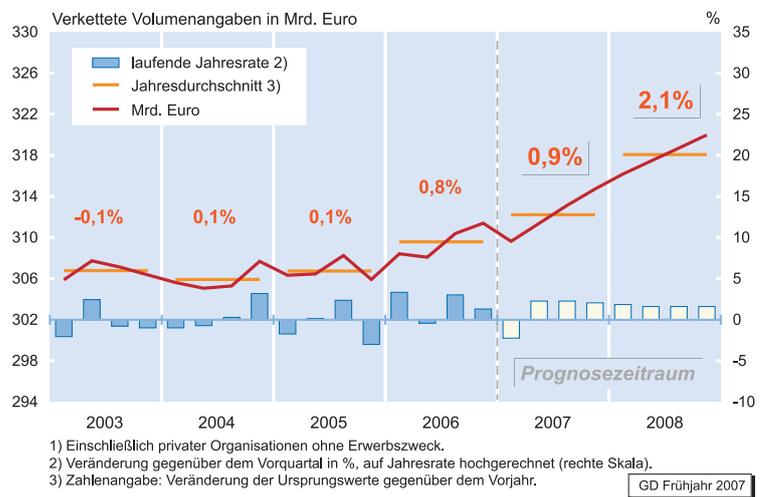
¹⁹ Hierbei wird davon ausgegangen, dass nicht in zunehmendem Maße Immobilienverkäufe vorgenommen werden, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Desinvestitionen gebucht werden.

Zudem ist die Sparquote geringfügig gesunken. Der Rückgang der Sparneigung dürfte im Zusammenhang mit der diesjährigen Erhöhung der Mehrwertsteuer gestanden haben; der erwartete Preisschub regte die privaten Haushalte vor allem in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zu einem Vorziehen von Käufen an. Besonders gefragt waren langlebige Gebrauchsgüter wie Pkw, Einrichtungsgegenstände, Güter der Unterhaltungselektronik sowie elektrische Haushaltsgeräte. Nach überschlägigen Berechnungen dürften sich die vorgezogenen Käufe auf 3 Mrd. Euro belaufen haben.

Als Konsequenz dieser Ausgabenverlagerung in das vergangene Jahr ist der private Konsum im ersten Quartal 2007 nach den bisher vorliegenden Indikatoren real gesunken; zudem wirkten der Kaufkraftentzug durch die Mehrwertsteueranhebung und andere fiskalische Maßnahmen – trotz Rabattaktionen im Einzelhandel – dämpfend. So hat sich der reale Einzelhandelsumsatz saisonbereinigt im Zweimonatsvergleich (Januar/Februar gegenüber November/Dezember) um 2,3% vermindert; die Zahl der Pkw-Neuzulassungen lag im ersten Quartal um 10% unter dem Vorjahresniveau.

Bereits im zweiten Quartal dieses Jahres dürften die Konsumausgaben aber wieder anziehen, vor allem wegen der weiter expandierenden Haushaltseinkommen. Bei merklich steigendem Arbeitsvolumen und höheren Tarif- wie Effektivverdiensten legen die Bruttolöhne und -gehälter deutlich zu, im Durchschnitt dürfte die Zuwachsrate 2,9% betragen. Netto ergibt sich ein Plus von 3,0%. Zwar sind die Beitragssätze zur Rentenversicherung und zur gesetzlichen Krankenversicherung um insgesamt 1 Prozentpunkt angehoben worden, der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde aber um 2,3 Prozentpunkte zurückgenommen. Die monetären Sozialleistungen werden in der Summe erneut sinken. Vor allem sinkt, bedingt durch die gute Konjunktur, die Zahlung von Arbeitslosengeld I. Gegenzurechnen ist allerdings, dass am Jahresanfang ein einkommensabhängiges Elterngeld (bei Wegfall des Erziehungsgeldes) eingeführt worden ist. Zudem werden die gesetzlichen Altersbezüge zum ersten Mal seit drei Jahren leicht angehoben. Unter Einrechnung der nicht mehr so dynamisch steigenden Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,5% expandieren, real um 0,9%. Die Sparquote dürfte in diesem Jahr unverändert bei 10,5% liegen. Für eine steigende Sparquote spricht, dass manche ursprünglich für dieses Jahr geplanten Ausgaben wegen der Mehrwertsteueranhebung bereits im vergangenen Jahr getätigt

Abb. 3.6
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



worden sind. Dagegen dürften die wieder höhere Arbeitsplatzsicherheit und die besseren Einkommensperspektiven die Sparquote senken. Der private Konsum steigt real um 0,9% (vgl. Abb. 3.6).

Im kommenden Jahr bleibt die Konsumkonjunktur günstig. Bei weiter steigender Beschäftigung und beschleunigt anziehenden Effektivverdiensten werden die Bruttolöhne mit 3,9% deutlich rascher als im laufenden Jahr expandieren. Die Nettolöhne werden merklich schwächer zunehmen, weil die Progression des Einkommensteuertarifs greift und die Sozialabgaben annahmegemäß nicht weiter gesenkt werden. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen um 3,4% zulegen, real um 1,8%. Bei weiter leicht sinkender Sparquote – einem stärkeren Rückgang wirkt das Erreichen der Endstufe der Riester-Förderung entgegen²⁰ – wird der private Konsum real um 2,1% steigen.

Produktionsanstieg bleibt kräftig

Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte im Verlauf des vergangenen Jahres um 3,7%. Zu diesem höchsten Anstieg seit dem Boom 1999/2000 haben zwar Sonderinflüsse wie die Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung und gegen Jahresende die ungewöhnlich milde Witterung beigetragen. Aber auch ohne sie war die konjunkturelle Dynamik hoch.

²⁰ Im Zuge der Riester-Förderung wird im Jahr 2008 die erforderliche Gesamtsparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) für eine private zusätzliche Alterssicherung letztmalig angehoben, und zwar auf 4% des sozialversicherungspflichtigen Vorjahreseinkommens.

Tab. 3.7
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen^{a)}

	2006				2007	
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
	Ursprungswerte Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %					
Bruttoinlandsprodukt	3,2	1,4	2,6	3,5	3,2	2,6
darunter: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	3,2	1,3	2,9	3,2	3,2	2,6
Produzierendes Gewerbe	7,5	2,0	5,2	5,4	6,2	4,8
darunter:						
Verarbeitendes Gewerbe	8,4	2,4	5,6	5,7	6,4	5,4
Baugewerbe	2,1	1,5	5,3	9,1	15,2	4,8
Handel, Gastgewerbe, Ver- kehr und Nachrichtenüber- mittlung	3,7	1,7	3,4	4,3	2,4	2,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienst- leistungen	1,2	1,5	2,3	2,6	2,6	2,1
Öffentliche und private Dienstleister	0,7	0,2	0,5	0,4	0,3	0,7
	Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %					
Bruttoinlandsprodukt	0,8	1,2	0,8	0,9	0,6	0,3
darunter: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,6	1,4	0,9	0,4	0,8	0,5
Produzierendes Gewerbe	0,8	2,4	2,1	0,2	2,3	0,2
darunter:						
Verarbeitendes Gewerbe	1,3	2,2	2,1	0,3	2,5	0,5
Baugewerbe	- 2,9	6,7	2,6	1,7	4,0	- 3,5
Handel, Gastgewerbe, Ver- kehr und Nachrichtenüber- mittlung	1,1	2,0	1,1	0,9	- 1,6	1,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienst- leistungen	0,5	1,3	0,3	0,7	0,7	0,6
Öffentliche und private Dienstleister	0,5	- 0,1	0,2	- 0,1	0,5	0,2

a) In Preisen des Vorjahres.

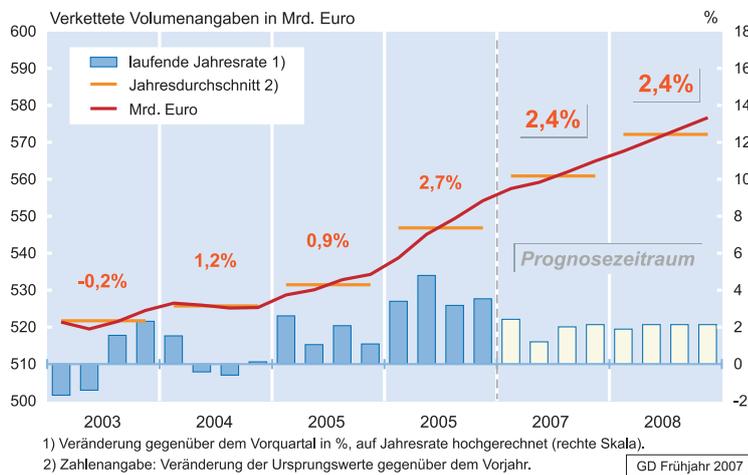
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2007: Prognose der Institute.

Für die ersten Monate dieses Jahres verweisen die meisten Konjunkturindikatoren zur Entwicklung von Produktion und Arbeitsmarkt auf eine Fortsetzung der hohen Wachstumsdynamik. Zwar zeigt die Mehrwertsteuererhöhung die erwartete Wirkung im Rückgang der Einzelhandelsumsätze, insbesondere bei den Kraftfahrzeugkäufen, doch erhöhte sich die industrielle Erzeugung überaus stark. Die Bautätigkeit nahm auch infolge der milden Witterung kräftig zu. Im tertiären Sektor dürfte die Wertschöpfung im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtengewerbes sowie der Unternehmensdienstleister komplementär zum Anstieg im produzierenden Gewerbe deutlich gestiegen sein, während die Inanspruchnahme konsumnaher Dienste als Folge der Steueranhebung wohl noch verhalten blieb. Insgesamt hat sich das Bruttoinlandsprodukt nach Einschätzung der Institute

im ersten Quartal 2007 saisonbereinigt um 0,6% erhöht (vgl. Tab. 3.7). Anders als sonst dürfte die Frühjahrsbelebung im zweiten Quartal weitgehend ausfallen, so dass sich bei saisonbereinigter Betrachtung die Produktion in den baunahen Sektoren abschwächt. So rechnen die Institute mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den Monaten April bis Juni um 0,3%.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Industrieproduktion infolge der anhaltend starken Auslandsnachfrage und der kraftvoll wachsenden Investitionstätigkeit erneut rascher expandieren als das Bruttoinlandsprodukt. Zusätzliche Anregungen gehen auch davon aus, dass die günstigen degressiven Abschreibungsbedingungen im Jahr 2008 nicht mehr gelten werden und die Unterneh-

Abb. 3.7
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2007: Prognose der Institute.

men deshalb Investitionen vorziehen. Auch die Bauproduktion wird – wenngleich abgeschwächt – wegen der regen Investitionsaktivitäten weiter zunehmen. Von der Expansion im produzierenden Gewerbe profitieren auch die unternehmensnahen Dienstleister. Die Wertschöpfung im Einzelhandel und bei den konsumnahen Dienstleistern dürfte trotz der dämpfenden Wirkungen der Mehrwertsteuererhöhung leicht steigen, da mit der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt auch die Kaufkraft der privaten Haushalte zunehmen wird. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,4% (arbeitstäglich bereinigt: 2,6%) expandieren.

Im Jahr 2008 wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität weiter deutlich ausgeweitet, da die Anregungen aus dem Ausland und die Aufwärtskräfte im Inland kräftig bleiben. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 um 2,4% zunehmen (vgl. Abb. 3.7). Allerdings schlägt im kommenden Jahr die hohe Zahl an Arbeitstagen zu Buche. Ohne diesen Arbeitstageeffekt wäre die Zuwachsrate um reichlich drei Zehntel Prozentpunkte niedriger.

Lohnanstieg verstärkt sich

Die Tarifverdienste je Stunde sind 2006 nur um 1,1% gestiegen. Allerdings war diese erneut moderate Lohnentwicklung in erster Linie Nachwirkung der niedrigen Abschlüsse aus den vorhergehenden Jahren. Im abgelaufenen Jahr fanden nämlich nur in einer verhältnismäßig geringen Zahl von Branchen Lohnverhandlungen statt. Davon betroffen waren 9,5 Mill. Arbeitnehmer, für die im Durchschnitt nach Angaben des WSI-Tarifarchivs die Verdienste um 2,6% zulegten. Nimmt man die bisher abgeschlossenen Tarifrunden sowie die bessere Konjunktur ins Kalkül, so wird sich

der Lohnzuwachs im Prognosezeitraum weiter beschleunigen. Im Jahr 2007 dürfte die gesamtwirtschaftliche Durchschnittsrate noch dadurch gedämpft werden, dass die laufenden Tarifverträge für den öffentlichen Dienst keine Erhöhungen vorsehen. Im kommenden Jahr dürfte dieser dämpfende Faktor wegfallen. Die Institute erwarten, dass die Tariflöhne um 2,0% in diesem und um 2,8% im kommenden Jahr steigen. Damit bleiben die Tarifsteigerungen hinter denen in früheren Konjunkturaufschwüngen zurück. Wichtige Gründe dafür liegen zum einen in der Globalisierung der Produktion, zum anderen in dem sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Arbeitnehmer. Beides erschwert es den Gewerkschaften, Tariflohnsteigerungen im früher üblichen Maße durchzusetzen.

Die Effektivverdienste sind 2006 auf Monatsbasis lediglich um 0,7%, auf Stundenbasis gar nur um 0,3% gestiegen. Im Jahr 2007 wird sich die negative Lohndrift nach Einschätzung der Institute allerdings verringern, für das kommende Jahr ist sogar eine positive Lohndrift zu erwarten. Mit der besseren Konjunktur und partiellen Knappheiten am Arbeitsmarkt werden die Unternehmen wohl vermehrt Boni auszahlen, und die Zahl der Überstunden dürfte zunehmen. Die Effektivverdienste je Stunde werden daher um 1,8% in diesem und 3% im kommenden Jahr steigen.

Auch weil im Jahr 2007 die Beiträge zur Sozialversicherung per saldo um 1,3 Prozentpunkte gesenkt wurden, gehen die Lohnstückkosten nochmals zurück, wenn auch nur leicht. Im kommenden Jahr steigen bei annahmegemäß unveränderten Sozialabgabensätzen die Lohnstückkosten um 1,5%. Damit geht von den Arbeitskosten kein dämpfender Effekt mehr auf die Inflation aus.

Teuerung zieht leicht an

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wurde im Jahr 2006 von den Preisen für Haushaltsenergie und Kraftstoffe geprägt. In der ersten Jahreshälfte pendelte die Inflationsrate im Gefolge kräftig gestiegener Rohölnotierungen um die 2%-Marke; in der zweiten Jahreshälfte lag die Rate, bei nachlassendem Ölpreis, im Mittel bei 1,5%. Im Jahresdurchschnitt verteuerte sich die Lebenshaltung um 1,7% und damit etwas weniger kräftig als im Jahr 2005 (2,0%).

Zum 1. Januar 2007 wurde der Regelsatz der Mehrwertsteuer angehoben. Diesem Steuersatz unterliegen nach Angaben des Statistischen Bundesamts rund 53% der privaten Verbrauchsausgaben. Bei vollständiger Überwälzung verteuert eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Pro-

zentpunkte jedes mit dem Regelsatz besteuerte Gut um 2,6% und lässt den Verbraucherpreisindex um knapp 1 1/2% steigen. Zu einem Inflationsschub in dieser Höhe ist es zumindest bisher nicht gekommen; dies bestätigen verschiedene Rechenansätze: Ein erstes Indiz dafür ist, dass zwischen September 2006 – im Oktober waren im Vorgriff auf die Steueranhebung die Preise für Tabakwaren um knapp 5% erhöht worden – und März 2007 das Verbraucherpreisniveau saisonbereinigt nur um 1% gestiegen ist. Allerdings sind die Energiepreise im zweiten Halbjahr 2006 gesunken; im Vorjahresvergleich sind sie bis zuletzt deutlich langsamer gestiegen als zuvor (vgl. Abb. 3.8). Ökonometrische Analysen legen nahe, dass die Mehrwertsteueranhebung das Preisniveau bisher um rund 1% erhöht hat (Kasten 3.3). Preisdämpfend wirkte sich aus, dass mit der Mehrwertsteuererhöhung zeitgleich die Arbeitskosten für die Unternehmen durch die Reduktion der Beitragssätze zur Sozialversicherung gesenkt wurden. Diese Kostenentlastung ist offenbar vielfach in den Preiskalkulationen berücksichtigt worden. In den nächsten Monaten dürfte die Mehrwertsteuererhöhung noch etwas nachwirken. Denn durch Rabattaktionen sind steuerbedingte Preiseffekte bisher partiell überlagert worden. Eine volle Steuerüberwälzung gelingt in der Regel erst mit Verzögerung. Insgesamt liegt der bisher zu beobachtende steuerbedingte Preisschub im Rahmen dessen, was die Institute im vergangenen Frühjahr erwartet hatten.

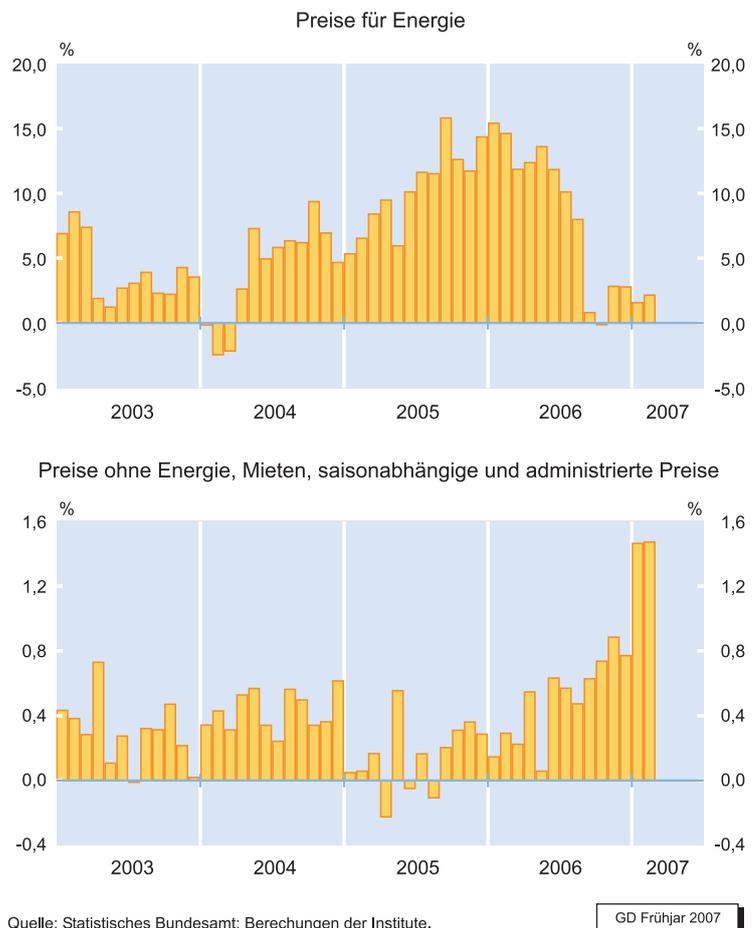
Nach dem Abklingen des steuerbedingten Schubs wird sich die Preisentwicklung im Prognosezeitraum zunächst wieder in ruhigeren Bahnen vollziehen. Von den Rohstoffpreisen wird bei den hier getroffenen Annahmen über Ölpreis und Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar kein neuer Druck auf die Preise ausgehen. Allerdings werden, anders als in den Vorjahren, die Lohnkosten mit der besseren Konjunktur wieder steigen, und die Unternehmen werden dies allmählich weitergeben. Alles in allem wird sich das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2007 um 1,8% erhöhen. Im Jahr 2008 ist mit einer Inflationsrate in ähnlicher Größenordnung zu rechnen.

Starker Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2006 durch den kraftvollen Konjunkturaufschwung deutlich gebessert. Positiv wirkte zudem, dass sich die Arbeitskosten weiterhin

Abb. 3.8

Verbraucherpreise nach Gütergruppen
Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in %



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

nur moderat erhöhten. Bei einem Produktivitätszuwachs von 2,0% sind die Arbeitskosten je Arbeitnehmerstunde mit 0,8% im Vergleich dazu wenig gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Jahresverlauf 2006 überaus kräftig um 483 000 Personen zu. Dies entspricht einem Zuwachs um knapp 300 000 oder 0,7% im Jahresdurchschnitt; die geleisteten Arbeitsstunden stiegen mit 0,6% nur etwas weniger. Arbeitstäglich bereinigt dürfte das Arbeitsvolumen um knapp 1% ausgeweitet worden sein.

Maßgeblich für die Dynamik der Erwerbstätigkeit war, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erstmals seit dem Jahr 2000 wieder zunahm. Überproportional stieg hierbei die Leiharbeit. Die Zahl der Zeitarbeiter hatte sich infolge der Deregulierung für Arbeitnehmerüberlassungen spürbar erhöht; seit 2003 hat sie sich auf knapp 600 000 nahezu verdoppelt. In der ersten Jahreshälfte 2006²¹ entfiel etwa ein Drittel der Zunahme der Erwerbstätigkeit auf die Leiharbeit. Da Zeitarbeiter in der

²¹ Jüngere Daten liegen gegenwärtig nicht vor.

Kasten 3.3 Zur Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbraucherpreise

Um zu untersuchen, wie die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer die Verbraucherpreise beeinflusst hat, wird versucht die Preisentwicklung abzuschätzen, die sich ohne Mehrwertsteuererhöhung ergeben hätte. Hierzu dient eine einfache ökonometrische Gleichung. Als Indikator für die Preisentwicklung wird dabei ein Index verwendet, aus dem die wesentlichen, nicht mit dem Regelsatz der Mehrwertsteuer belasteten Komponenten (Nahrungsmittel und Mieten) herausgerechnet sind. Außerdem werden die Energiekosten herausgerechnet, um den Mehrwertsteuereffekt besser von den Wirkungen von Ölpreisänderungen trennen zu können. Im ersten Schritt der Analyse wird dabei akzeptiert, dass die Auswirkungen der Mehrwertsteueranhebung über die Energiepreise unberücksichtigt bleiben. Diese werden nachträglich hinzugerechnet.

Für das so definierte Preisaggregat schätzen wir das folgende Modell:

$$\begin{aligned} \Delta p_t = & 0,003 - 0,37 \Delta p_{t-1} + 0,10 \Delta p_{t-3} + 0,09 \Delta p_{t-9} - 0,14 \Delta p_{t-11} + 0,46 \Delta p_{t-12} \\ & + 0,01 \Delta l_{t-1} - 0,01 \Delta l_{t-5} + 0,04 \Delta l_{t-7} + 0,05 \Delta l_{t-8} + 0,03 \Delta l_{t-9} + 0,02 \Delta l_{t-10} + 0,02 \Delta l_{t-11} \\ & + 0,03 (y - \bar{y})_{t-4} + 0,33 \text{Tabak}_t + 0,78 \text{Gesundheit}_t, \end{aligned}$$

(3,1) (5,1) (2,0) (2,0) (2,7) (6,1) (4,6) (5,1) (3,8) (4,7) (3,9) (3,1) (3,2) (3,0) (6,1) (6,7)

Stützzeitraum: April 1996–April 2006, R^2 : 0,89, DW : 2,26, $LM(12)$: 0,07.

Hierbei steht p für den Logarithmus des Preisniveaus, l für den Logarithmus der Lohnstückkosten in der Industrie (berechnet als Verhältnis des Index der Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft auf Monatsbasis zum Niveau der Produktion in der Industrie bezogen auf die Anzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau), für die Differenz zwischen dem Logarithmus des Index der Industrieproduktion und seinem Trend (ermittelt mithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters), *Tabak* für eine Dummy-Variable, die die Effekte der drei letzten Tabaksteuererhöhungen (März 2004, Dezember 2004 und September 2005) einfängt, *Gesundheit* für eine Dummy-Variable, die die Preiseffekte der Gesundheitsreform zum 1. Januar 2004 erfasst, und für die Differenz zum Vormonat. Außerdem enthält die Funktion elf Saisondummys. Werte in Klammern geben heteroskedastie-robuste t -Statistiken an.

Mit dieser Funktion wurden Prognosen für den Zeitraum Mai 2006 bis Februar 2007 gemacht.^{a)} Es zeigt sich, dass das Preisniveau im Februar 2007 um 1,7% über dem vom Modell prognostizierten Wert lag, wobei ein Drittel dieses Effekts auf bereits 2006 vorgenommene Preiserhöhungen zurückgeht (vgl. Abb. 3.9). Unter Berücksichtigung des Effekts der Energiepreise, die mit einem Gewicht von 8,1% in den Warenkorb eingehen, ergibt sich für den gesamten Verbraucherpreisindex ein Effekt zwischen 1,1% (unter der Annahme keiner Überwälzung bei den Energiepreisen) und 1,3% (bei vollständiger Überwälzung bei den Energiepreisen).

Ein Teil der Abweichung zwischen tatsächlichem Preisanstieg und Modellprognose dürfte darauf zurückzuführen sein, dass das Modell die Entwicklung naturgemäß nur unvollkommen abbildet. Berücksichtigt man den Schätzfehler des Modells, so bleibt bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10% immer noch ein signifikanter Effekt der Mehrwertsteueranhebung auf den gesamten Verbraucherpreisindex, er ist allerdings mit 0,7 bis 1,0% deutlich geringer. Die Höhe des geschätzten Effekts ist im Übrigen abhängig von der genauen Modellspezifikation. Varianten der Spezifikation oben ergaben leicht andere Schätzwerte für das Ausmaß des Mehrwertsteuereffekts. Alles in allem bestätigte sich aber, dass sich das Verbraucherpreisniveau durch die Mehrwertsteueranhebung bis zum Februar 2007 um rund 1% erhöht hat.

^{a)} Dabei wurden die Konfidenzbänder über ein Bootstrap-Verfahren berechnet. Vgl D: Borbély und C.-P. Meier, Assessing Macroeconomic Forecast Uncertainty: An Application to the Risk of Deflation in Germany. Kredit und Kapital, 38(3), 2005, 377–399.

Klassifikation nach Berufen überwiegend in produzierenden Bereichen eingesetzt werden dürften, sie aber in der amtlichen Statistik grundsätzlich dem Dienstleistungssektor²² zugeordnet werden, wird die Beschäftigungsentwicklung im produzierenden Gewerbe unterzeichnet. Die Zahl der Minijobs ging zurück, dies wohl auch deshalb, weil die Arbeitgeber seit Juli 2006 einen höheren

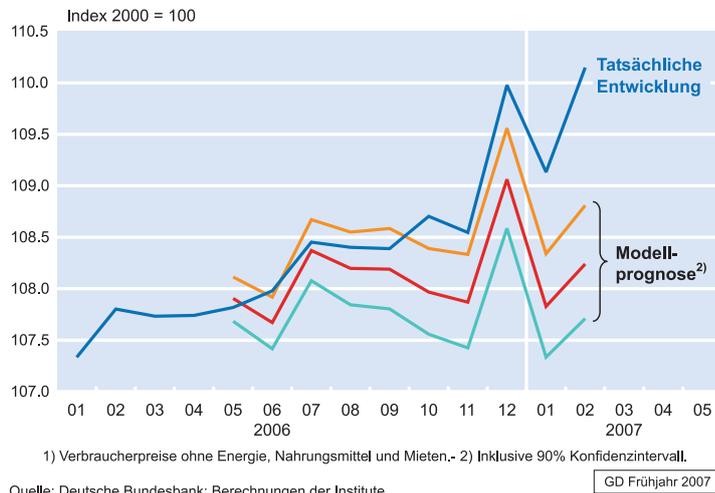
Pauschalbeitrag für Steuern und Sozialversicherung zu entrichten haben. Die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist im Jahresdurchschnitt weiter gestiegen (vgl. Tab. 3.8); im Jahresverlauf nahm sie jedoch ab (vgl. Abb. 3.10).

Seit Beginn dieses Jahres erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen auch aufgrund der ungewöhnlich milden Witterung nochmals kräftig. Im Jahresverlauf wird sich infolge der weiter wachsenden Produktion die Zunahme der Beschäftigung fortsetzen, wenn auch mit geringerem Tempo. Die Erwerbstätigkeit wird weiterhin vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich steigen, während Minijobs leicht

²² Nach der gültigen Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 2003) werden Zeitarbeiter bei ihren Arbeitgebern in den Verleihbetrieben erfasst, die als Unternehmensdienstleistungen klassifiziert werden. Diese Art der statistischen Erfassung führt nicht nur zu Verzerrungen in der Beschäftigungsstruktur, sondern auch bei anderen statistischen Größen wie der sektoralen Produktivität.

Abb. 3.9

Tatsächliche Entwicklung der Verbraucherpreise¹⁾ seit Mai 2006 und Modellprognose



an Bedeutung verlieren.²³ Nach Sektoren erhöht sich die Zahl der Arbeitnehmer vor allem in der Industrie, im Baugewerbe und in produktionsnahen Dienstleistungsbereichen. Insgesamt rechnen die Institute damit, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf 2007 noch um 370 000

steigt. Wegen des hohen Ausgangsniveaus bedeutet dies jedoch eine Steigerung um rund 450 000 im Jahresdurchschnitt (vgl. Abb. 3.11).

Im Jahr 2008 setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort, und das Arbeitsvolumen steigt weiter (vgl. Abb. 3.12). Die Arbeitskosten werden etwas stärker als im Vorjahr zunehmen und die Beschäftigung nicht mehr fördern. Da sich die Konsumnachfrage kräftig erhöht, ist mit zunehmenden Personaleinstellungen im Handel und in verbrauchsnahen Dienstleistungsbereichen zu rechnen. Insgesamt nimmt die Erwerbstätigkeit im Jahr 2008 um 273 000 Personen zu, was im Verlauf einem Anstieg um 225 000 entspricht.

Die Arbeitslosigkeit nahm im Jahresverlauf 2006 um 589 000 Personen ab. Damit war der Rückgang um 117 000 Personen stärker als der An-

²³ Für das laufende Jahr wurden keine Beschäftigungseffekte durch die geplante Einführung von Kombilöhnen für spezielle Gruppen unterstellt.

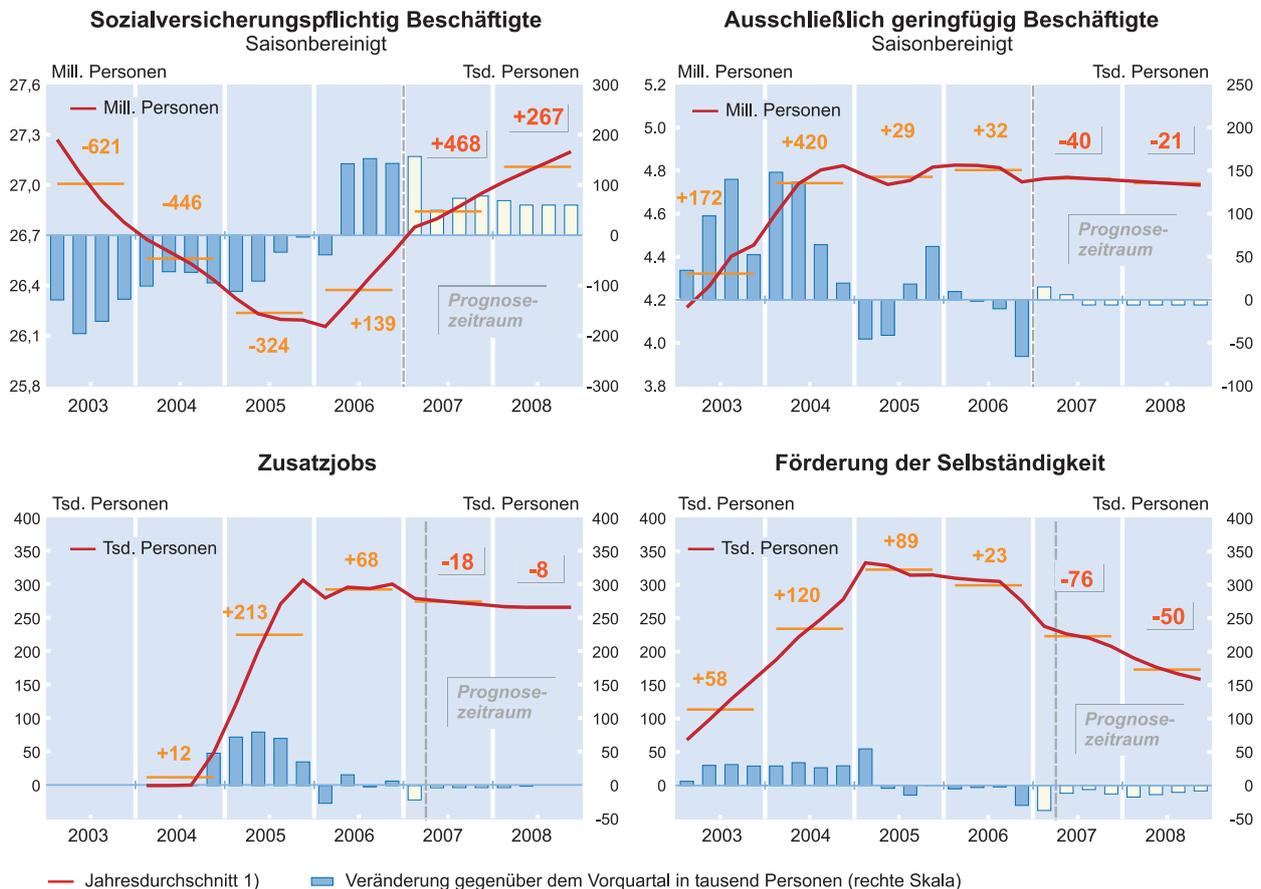
Tab. 3.8

Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente in Deutschland
In 1 000 Personen

	2004	2005	2006
Qualifizierung	279	183	189
Berufliche Weiterbildung	184	114	119
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen	95	69	70
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	389	411	401
Förderung abhängiger Beschäftigung	154	88	102
Personal-Service-Agenturen	28	17	8
Eingliederungszuschüsse	110	60	82
Einstellungszuschüsse bei Neugründung bzw. Vertretung	16	10	7
Einstiegsgeld (Variante: Beschäftigung)	0	1	5
Förderung der Selbständigkeit	235	323	299
Gründungszuschuss	0	0	8
Überbrückungsgeld	84	83	63
Existenzgründungszuschuss	151	234	210
Einstiegsgeld (Variante: Selbständigkeit)	0	6	18
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	131	287	344
Arbeitsgelegenheiten nach § 16 (3) SGB II	0	201	293
Arbeitsgelegenheiten nach § 199 i. V. mit § 10 SGB II (»Initiative für Arbeitshilfebezieher«)	12	24	0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	86	48	44
Traditionelle Strukturpassungsmaßnahmen	31	13	6
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	2	1	1
Freie Förderung	33	24	25
Kurzarbeiter	151	126	67
Altersteilzeit	80	92	102
Nichtarbeitslose Arbeitslosengeldempfänger nach § 428 SGB III	221	233	256
Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III	40	42	44
Insgesamt	1 324	1 398	1 428

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abb. 3.10
Ausgewählte Komponenten der Erwerbstätigkeit



1) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen und Schätzungen der Institute.

GD Frühjahr 2007

stieg der Erwerbstätigkeit. Diese an sich untypische Diskrepanz lässt sich zum einen dadurch erklären²⁴, dass im Zuge der Reformen der Arbeitslosenstatus genauer überprüft wird und Personen, deren Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt nicht gegeben ist, in der Statistik nicht erfasst werden.²⁵ Zum anderen nahm das Arbeitsangebot aus demographischen Gründen ab. Insgesamt sank die Zahl der Arbeitslosen sehr kräftig, im Jahresdurchschnitt 2006 um 370 000 auf 4,487 Millionen.

In den ersten Monaten dieses Jahres setzte sich der kräftige Rückgang fort; im März war die Zahl der Arbeitslosen be-

reits um 870 000 niedriger als im Vorjahr. Dazu trugen auch der für die Jahreszeit ungewöhnliche Beschäftigungsverlauf in den Bau- und anderen Außenberufen sowie möglicherweise die Einführung des Saisonkurzarbeitergeldes²⁶ bei. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahm zwar ebenfalls spürbar ab – im März war sie um 257 000 niedriger als im Vorjahr – doch war ihr Anteil an den Arbeitslosen insgesamt mit 41% höher als vor einem Jahr (39,8%).

²⁴ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die statistischen Angaben zur Erwerbstätigkeit erfahrungsgemäß in beträchtlichem Maße revidiert werden können.

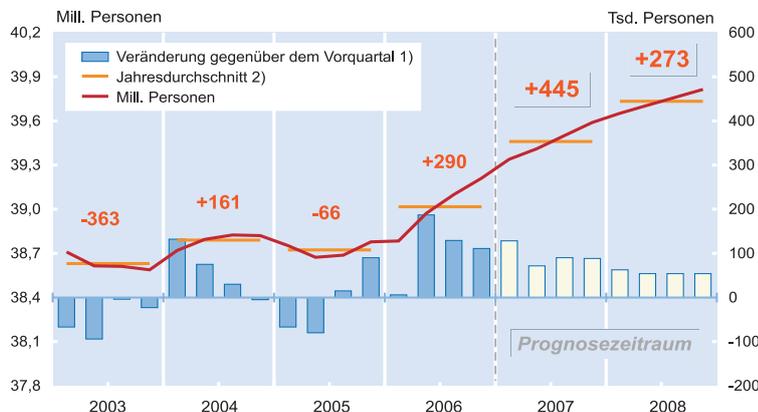
²⁵ Gestützt durch spezielle EDV-Programme und durch den Abgleich von Statistiken über die Arbeitsaufnahme von Arbeitsuchenden oder deren Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kann z.B. genauer und zeitnäher überprüft werden, welche Personen nicht mehr als Arbeitslose zu zählen sind oder aus Krankheits-, familiären und sonstigen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

²⁶ Das Saisonkurzarbeitergeld, geregelt im Gesetz zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung, ersetzt das bisherige Winterausfallgeld. Hierdurch sollen Entlassungen von Arbeitnehmern im Baugewerbe und anderen witterungsabhängigen Bereichen in der Zeit von Dezember bis März verhindert sowie die Einkommen der betroffenen Arbeitnehmer gesichert werden. Empfänger von Kurzarbeitergeld erhalten 60 bzw. 67% (Verheiratete) ihres bisherigen Nettoeinkommens und zusätzlich ein so genanntes Zuschuss-Wintergeld von maximal 2,50 Euro je Stunde, wenn sie ihre angesammelten Zeitguthaben während der Schlechtwetterperiode aufgebraucht haben. Außerdem erhalten sie ein bis Ende Februar befristetes Mehraufwandswintergeld von 1 Euro je Stunde. Ferner werden Arbeitgebern im Bauhauptgewerbe und im Dachdeckerhandwerk die Sozialbeiträge für das Kurzarbeitergeld erstattet. Vgl. Bundesgesetzblatt, Teil I, G 5702, Nr. 19, Bonn 2006, 926 ff.

Abb. 3.11

Erwerbstätige

Inländerkonzept, saisonbereinigter Verlauf

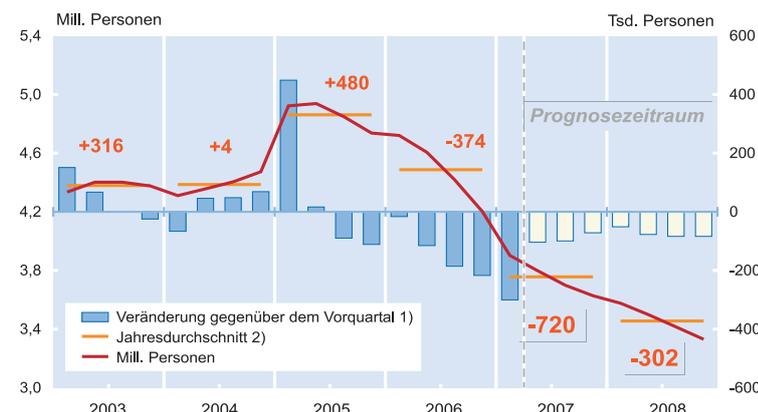


1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2007: Prognose der Institute.

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 2. Quartal 2007: Prognose der Institute.

Im Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit konjunkturbedingt verlangsamen. Ein kräftigerer Beschäftigungsaufbau wird auch dadurch verhindert, dass sich die Qualifikationsstruktur des Arbeitslosenbestandes verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt 2007, nicht zuletzt wegen des schon erreichten niedrigen Stands zu Jahresbeginn, dennoch kräftig unter das Niveau im Vorjahr sinken. Auch setzt sich der Rückgang des Angebotes an Arbeitskräften fort (im Jahresdurchschnitt um ca. 100 000 Personen).²⁷ Im Verlauf des Jahres 2007 sinkt die Zahl der Arbeitslo-

²⁷ Vgl. H.-U. Bach, S. Klinger, T. Rothe und E. Spitznagel, Arbeitslosigkeit sinkt unter vier Millionen, IAB Kurzbericht, Nr. 5, 2007, 7.

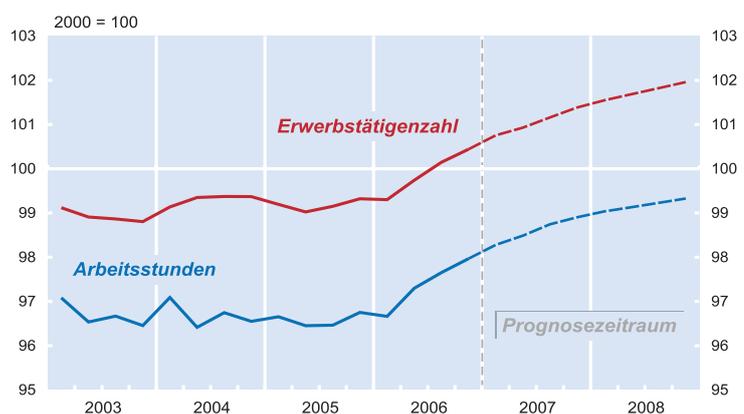
sen um rund 575 000, was einem Rückgang von 720 000 gegenüber dem Vorjahr entspricht (vgl. Tab. 3.9). Für 2008 rechnen die Institute damit, dass das Erwerbspersonenpotential weiter abnehmen wird. Damit dürfte die Arbeitslosigkeit stärker sinken als die Erwerbstätigkeit steigt. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen um rund 300 000 Personen auf 3,465 Millionen abnehmen. Im Verlauf bedeutet dies eine Abnahme um 296 000.

Konjunktureller Aufschwung auch in Ostdeutschland

Auch in Ostdeutschland hat sich im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Expansion beschleunigt. Nach vorläufigen amtlichen Angaben stieg das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Flächenländern zusammengekommen mit 3% sogar kräftiger als in den alten Bundesländern im Westen (2,6%). Ausschlaggebend dafür war, dass die industrielle Wertschöpfung im Osten doppelt so stark gestiegen ist wie im Westen. Das verarbeitende Gewerbe hat seine Wettbewerbsposition im Vergleich zu Westdeutschland verbessert. So verringerte sich der Produktivitätsrückstand zuletzt auf 22%, während die Durchschnittslöhne seit Jahren rund 33% unter dem westdeutschen Niveau liegen. In der Folge konnte das verarbeitende Gewerbe seine Lieferungen auf den westdeutschen Markt und in das Ausland besonders kräftig steigern. Zudem expandierte die Bautätig-

Abb. 3.12

Geleistete Arbeitsstunden¹⁾ und Zahl der Erwerbstätigen²⁾ im Inland



1) Saison- und kalenderbereinigt.
2) Saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2007 Prognose der Institute.

Tab. 3.9
Arbeitsmarktbilanz
 Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38 631	38 792	38 726	39 016	39 461	39 734
Arbeitnehmer	34 558	34 570	34 370	34 624	35 038	35 288
darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^{a)}	27 007	26 561	26 237	26 375	26 843	27 110
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^{a)}	4 322	4 742	4 771	4 803	4 763	4 742
Zusatzjobs	–	12	225	293	275	266
Selbständige	4 073	4 222	4 356	4 392	4 423	4 446
darunter:						
Förderung der Selbständigkeit ^{b)}	114	234	322	299	223	173
Pendlersaldo	93	83	97	90	98	97
Erwerbstätige Inland	38 724	38 875	38 823	39 106	39 559	39 831
Personen im erwerbsfähigen Alter ^{c)}	55 596	55 359	55 063	54 756	54 523	54 453
Erwerbstätigenquote ^{d)}	69,5	70,1	70,3	71,3	72,4	73,0
Arbeitslose	4 377	4 381	4 861	4 487	3 767	3 465
Arbeitslosenquote ^{e)}	10,2	10,1	11,2	10,3	8,7	8,0
Arbeitslosenquote gemäß BA-Definition ^{f)}	10,5	10,5	11,7	10,8	9,1	8,4
Erwerbslose ^{g)}	3 703	3 931	3 893	3 432	2 820	2 595
Erwerbslosenquote ^{h)}	8,7	9,2	9,1	8,1	6,7	6,1
Westdeutschlandⁱ⁾						
Erwerbstätige Inländer ^{j)}	31 141	31 280	31 294	31 541	31 916	32 144
Personen im erwerbsfähigen Alter ^{c)}	43 706	43 588	43 430	43 315	43 294	43 409
Erwerbstätigenquote ^{d)}	71,3	71,8	72,1	72,8	73,7	74,0
Arbeitslose	2 753	2 783	3 247	3 007	2 462	2 220
Arbeitslosenquote ^{e)}	8,1	8,2	9,4	8,7	7,2	6,5
Arbeitslosenquote gemäß BA-Definition ^{f)}	8,4	8,5	9,9	9,1	7,6	6,9
Ostdeutschlandⁱ⁾						
Erwerbstätige Inländer ^{j)}	7 490	7 512	7 432	7 475	7 545	7 590
Personen im erwerbsfähigen Alter ^{c)}	11 890	11 771	11 633	11 441	11 229	11 044
Erwerbstätigenquote ^{d)}	63,0	63,8	63,9	65,3	67,2	68,7
Arbeitslose	1 624	1 599	1 614	1 480	1 305	1 245
Arbeitslosenquote ^{b)}	17,8	17,6	17,8	16,5	14,7	14,1
Arbeitslosenquote gemäß BA-Definition ^{f)}	18,5	18,4	18,7	17,3	15,5	14,9

^{a)} Berechnet als Durchschnitt der Monatswerte. – ^{b)} Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – ^{c)} Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^{d)} Erwerbstätige Inländer in % der Erwerbsfähigen. – ^{e)} Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – ^{f)} Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. – ^{g)} Definition der ILO. – ^{h)} Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). – ⁱ⁾ Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin. – ^{j)} Ab 2005: Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2007.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: Februar/März 2007); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

keit erstmals seit zehn Jahren. Sie hat von den Sondereffekten im Wohnungsbau und dem anziehenden Wirtschaftsbau profitiert. Hierbei spielte auch der westdeutsche Markt eine wichtige Rolle. Die Dienstleistungen haben mit 0,8 Prozentpunkten wieder verstärkt zum Produktionsanstieg beigetragen.

In diesem und dem kommenden Jahr dürfte die Industrie in den neuen Bundesländern dank der weiter zunehmenden Kostenvorteile im innerdeutschen Vergleich erneut stärker zulegen als in den alten Bundesländern. Im Baugewerbe zeichnet sich allerdings eine schwächere Entwicklung als in

Westdeutschland ab. Die Auftragsbestände aus dem vergangenen Jahr haben zwar zu Jahresbeginn, auch dank der günstigen Witterung, nochmals für hohe Produktionszuwächse gesorgt; auch die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben nach Rückgängen im vierten Quartal zuletzt etwas angezogen. Die Impulse sind allerdings schwächer als in Westdeutschland und konzentrieren sich nur auf einzelne Sektoren. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität in den fünf ostdeutschen Flächenländern in diesem Jahr mit 2,4% erneut nicht langsamer als im Westen zunehmen und im nächsten Jahr die kräftige Fahrt beibehalten.

Auch in Ostdeutschland hat sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 0,5%. Mit der gleichen Zuwachsrates stieg das geleistete Arbeitsvolumen. Dies ist ein Indiz dafür, dass in deutlich geringerem Umfang als bisher Vollzeitstellen durch Teilzeitsjobs oder ausschließlich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ersetzt wurden. Bemerkenswert ist, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse 2006 erstmals seit elf Jahren wieder gestiegen ist, im Verlauf des Jahres sogar mit einer höheren Rate als im Westen. Zuwächse gab es insbesondere im verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistern.

Der Beschäftigungsaufbau wird sich in diesem und dem nächsten Jahr fortsetzen. Die Arbeitsnachfrage der Unternehmen nimmt jedoch wegen des verlangsamten Produktionsanstiegs nicht mehr so stark wie im Vorjahr zu. Auch eine Ausdehnung von staatlich subventionierten Beschäftigungsverhältnissen ist in der Aufschwungphase nicht zu erwarten. Die Zahl der Ein-Euro-Jobs dürfte über das bisherige Niveau von etwa 104 000 nicht hinausgehen. Alles in allem wird die Beschäftigung im Jahr 2007 bei 5,68 Millionen liegen und den Vorjahresstand um knapp 0,9% übertreffen. Im kommenden Jahr wird sie abermals um 0,6% zulegen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Jahr 2006 um 108 000 Personen ab. Neben der Besserung der Beschäftigungssituation ist dies – wie bereits in den Vorjahren – auf Abwanderungen und den demografisch bedingten Rückgang des Arbeitsangebots zurückzuführen. Der Eintritt der geburtschwachen Jahrgänge um das Jahr 1990 in das erwerbsfähige Alter hält in diesem und dem kommenden Jahr an und kann die Zahl der Übergänge älterer Beschäftigter in das Rentenalter nicht ausgleichen. Insgesamt dürften in diesem Jahr 1,12 Mill. und im kommenden 1,07 Mill. Personen in Ostdeutschland als Arbeitslose registriert sein. Die Arbeitslosenquote geht auch in Ostdeutschland zurück. Sie bleibt mit etwa 15% aber mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern.

Alles in allem wächst die ostdeutsche Wirtschaft im Prognosezeitraum nicht kräftig genug, um gegenüber Westdeutschland nennenswert aufzuholen. Die Wirtschaftsleistung pro Einwohner steigt zwar, auch weil die Bevölkerungszahl sinkt, der Abstand gegenüber den alten Bundesländern verringert sich jedoch nur marginal. Die Pro-Kopf-Produktion liegt wenig verändert bei zwei Dritteln des westdeutschen Niveaus (vgl. Tab. 3.10).

Ausgeglichener Staatshaushalt für das Jahr 2008 zu erwarten

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte war im Jahr 2006 geprägt von einer weiterhin moderaten Ausgabenpolitik,

einem Rückgang arbeitsmarktbedingter Ausgaben sowie einem ungewöhnlich starken Anstieg der Steuereinnahmen (7,5%). Das Budgetdefizit des Staates ist von 73 auf knapp 40 Mrd. Euro gesunken, was einem Rückgang der Defizitquote von 3,2 auf 1,7% entspricht (vgl. Tab. 3.11). Mit einem Plus von rund 25% haben die »gewinnabhängigen« Steuern²⁸ wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen. Doch auch das Aufkommen der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz hat deutlich zugenommen.

In diesem Jahr wird das Budgetdefizit abermals deutlich sinken. Die Institute schätzen den Fehlbetrag auf nur noch 13,3 Mrd. Euro, dies sind 0,6% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Dazu tragen vor allem diskretionäre Maßnahmen auf der Einnahmenseite bei (vgl. Tab. 3.12). Ferner wirkt sich die günstige Konjunktur positiv auf den Budgetsaldo aus.

Die Einnahmen des Staates dürften im Jahr 2007 um 3,1% zunehmen. Besonders hoch wird der Zuwachs der Steuereinnahmen (6,7%) ausfallen. Er beruht zum großen Teil auf der Anhebung der Mehrwert- und der Versicherungssteuer. Bei der Lohnsteuer ist mit einem stärkeren Plus zu rechnen, da die Bruttolöhne und -gehälter infolge der zunehmenden Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter und der steigenden Löhne rascher als im Vorjahr expandieren werden. Auch die Steuern vom Umsatz werden bei anziehender Inlandsnachfrage reichlicher fließen. Demgegenüber ist bei der Körperschaft- und der Gewerbesteuer trotz weiterhin guter Gewinnentwicklung mit einem leichten Rückgang zu rechnen. So dürfte es zu geringeren Nachzahlungen als im Vorjahr kommen. Zudem schmälern Steuerrechtsänderungen das Aufkommen: Zum einen läuft das Moratorium für die Nutzung der Körperschaftsteuerguthaben aus der Zeit vor der Unternehmensteuerreform 2001 aus; dies wird zu größeren Steuererstattungen führen. Zum anderen schlagen die günstigeren Abschreibungsbedingungen in den Jahren 2006 und 2007 zu Buche. Des Weiteren muss nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 6. März dieses Jahres inländischen Privatpersonen, die Anteile an innerhalb der damaligen EU angesiedelten ausländischen Unternehmen hielten, Körperschaftsteuer erstattet werden, die vor 2001 gezahlt worden war. In dieser Prognose ist ein Erstattungsvolumen von 2 Mrd. Euro unterstellt.²⁹ Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen dürften um 1,5% zurückgehen. Zwar führt der Konjunkturaufschwung zu Mehreinnahmen, aber die Beitragsbelastung sinkt per saldo: Dem Anstieg der Sätze für die gesetzliche Kranken- und die Rentenversicherung um insgesamt 1 Prozentpunkt steht

²⁸ Einkommen- und Vermögensteuern abzüglich Lohnsteuer jeweils in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

²⁹ Das Bundesministerium der Finanzen veranschlagt die Steuerausfälle auf bis zu 5 Mrd. Euro, weist aber in seiner Pressemitteilung vom 6. März 2007 darauf hin, dass über die Zahl der Erstattungsanträge und über die Höhe des Erstattungsvolumens keine gesicherten Informationen vorliegen.

Tab. 3.10
Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland
 Relationszahlen für Ostdeutschland (ohne Berlin), in jeweiligen Preisen

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Westdeutschland = 100																
Bruttoinlandsprodukt nominal je Einwohner ^{a)}	33,6	41,2	50,5	57,3	60,6	62,7	63,1	62,6	63,3	63,1	63,8	65,6	66,7	67,6	67,0	67,9
Bauinvestitionen nominal je Einwohner ^{a)}	73,8	111,0	145,8	180,6	186,0	177,7	170,4	153,7	138,9	124,6	106,6	102,8	106,5	104,2		
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen nominal je Einwohner ^{a)}	58,3	69,8	90,5	103,4	105,0	104,0	94,1	92,3	90,1	85,2	72,0	64,0	63,0	68,6		
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{a)}	49,8	62,0	69,2	72,3	74,8	75,4	75,7	75,9	76,6	76,8	76,9	77,0	77,2	77,4	77,4	77,5
je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer ^{a)}								68,6	69,5	70,1	70,6	71,4	71,7	72,4	72,4	
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen ^{a),b)}	35,2	48,7	59,6	64,8	66,4	68,6	69,7	69,6	70,8	72,2	74,0	76,1	76,8	77,5	77,1	77,8
je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen ^{a),b)}								64,3	65,6	67,1	69,2	71,6	72,4	73,3	72,8	73,5
Lohnstückkosten ^{a),c)}																
Basis Personen	141,4	127,5	116,2	111,5	112,7	109,9	108,7	109,1	108,2	106,4	103,9	101,2	100,5	99,9	100,5	99,6
Basis Stunden								106,7	106,0	104,4	102,1	99,6	99,1	98,8	99,4	
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr																
Bevölkerung ^{a)}																
Ostdeutschland	-	-1,3	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,6	-0,8	-0,9	-0,8	-0,7	-0,7	-0,7
Westdeutschland	-	1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1	0,0
Erwerbstätige (Inland) ^{a)}																
Ostdeutschland	-	-12,5	-2,6	2,6	2,1	-0,8	-1,3	0,2	0,2	-0,9	-1,6	-1,6	-1,1	0,2	-1,1	0,5
Westdeutschland	-	0,9	-1,1	-0,6	-0,1	-0,2	0,1	1,4	1,6	2,4	0,8	-0,4	-0,9	0,4	0,0	0,8
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) ^{a)}																
Ostdeutschland	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,7	-2,4	-3,0	-3,1	-1,7	0,1	-1,3	0,5
Westdeutschland	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	1,2	-0,1	-1,1	-1,3	0,7	-0,3	0,7

^{a)} Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – ^{b)} Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). – ^{c)} Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen).

Quelle: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: Februar 2007); Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Rechenstand: März 2007); Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2007); Berechnungen der Institute.

Tab. 3.11
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^{a)} 1991 bis 2008
 In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zins-steuer- quote ^{b)}
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozial-beiträge		Zins-ausgaben	Brutto-investitionen		
1991	43,4	22,0	16,8	46,3	2,7	2,6	- 2,9	12,2
1992	44,8	22,4	17,2	47,2	3,1	2,8	- 2,5	14,1
1993	45,2	22,4	17,7	48,2	3,2	2,7	- 3,0	14,3
1994	45,6	22,3	18,2	47,9	3,2	2,5	- 2,3	14,2
1995 ^{c)}	44,9	21,9	18,3	48,1	3,5	2,2	- 3,2	15,9
1996	46,0	22,4	19,0	49,3	3,5	2,1	- 3,3	15,5
1997	45,7	22,2	19,2	48,4	3,4	1,8	- 2,6	15,3
1998	45,9	22,7	18,9	46,6	3,4	1,8	- 0,7	14,8
1999	46,6	23,8	18,7	48,1	3,1	1,9	- 1,5	13,2
2000 ^{d)}	46,4	24,2	18,3	47,6	3,2	1,8	- 1,2	13,0
2001	44,7	22,6	18,2	47,6	3,1	1,7	- 2,8	13,5
2002	44,4	22,3	18,2	48,1	2,9	1,7	- 3,7	13,1
2003	44,5	22,3	18,3	48,5	3,0	1,6	- 4,0	13,3
2004	43,4	21,8	18,0	47,1	2,8	1,4	- 3,7	13,0
2005	43,5	22,0	17,7	46,8	2,8	1,3	- 3,2	12,6
2006	44,0	23,0	17,4	45,7	2,8	1,4	- 1,7	12,2
2007	43,7	23,6	16,5	44,3	2,8	1,4	- 0,6	11,8
2008	43,4	23,5	16,4	43,4	2,7	1,4	0,0	11,6

^{a)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – ^{b)} Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steu-
 eraufkommen. – ^{c)} Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhand-
 anstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Mrd. Euro). – ^{d)} Ohne Erlöse aus der
 Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte gegenüber.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2007 mit einer Rate von 0,5% sehr moderat zunehmen. Die gute Konjunktur trägt dazu bei, dass die arbeitsmarktbedingten Ausgaben deutlich sinken. Zudem sind die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld II enger gefasst worden. Auch dürften die Personalausgaben weiter abnehmen, denn der Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird fortgesetzt, und die Löhne und Gehälter stagnieren. Außerdem wurde die Eigenheimzulage für Neufälle abgeschafft. Zu Einsparungen kommt es wohl auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung durch die Reform des Gesundheitswesens. Mehrausgaben entstehen dem Staat durch die Einführung des Eltern geldes und die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die auch staatliche Käufe verteuert. Die Altersrenten werden zum 1. Juli 2007 um 0,54% angehoben. Zwar haben die Bruttolöhne je Arbeitnehmer im Jahr 2006 um 0,7% zugenommen, jedoch dämpft die Anrechnung des weiter zunehmenden Altersvorsorgeanteils den Anstieg. Bei den Investitionsausgaben des Staates war es bereits im Vorjahr zu einer Trendwende gekommen; infolge der verbesserten Finanzlage auf allen Ebenen dürften die öffentlichen Investitionsausgaben auch im laufenden Jahr aufgestockt werden.

Hier hat sich in den vergangenen Jahren ein erheblicher Nachholbedarf aufgebaut.

Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2008 mit 3,3% etwas schwächer als das nominale Bruttoinlandsprodukt zunehmen. Zwar wird bei dem erwarteten Anstieg der Löhne die Steuerprogression wieder stärker zum Tragen kommen, doch wird infolge der Unternehmensteuerreform 2008 das Aufkommen geschmälert; nach den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums belaufen sich die Steuerausfälle auf 6,5 Mrd. Euro.³⁰ Auch bei den Sozialbeiträgen ist infolge der höheren Beschäftigung und eines verstärkten Lohnanstiegs wieder mit einer Zunahme zu rechnen. Die Staatseinnahmen insgesamt steigen um 3,0%.

Die Staatsausgaben werden im Jahr 2008 mit 1,7% voraussichtlich rascher als in den Vorjahren expandieren, allerdings erneut merklich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt. Bei den Personalausgaben zeichnet sich eine Wende ab: Die Zahl der Beschäftigten wird erstmals wieder, wenn auch nur geringfügig, steigen, und die Löhne im öffentlichen

³⁰ Bei der Körperschaftsteuer wird mit Ausfällen von 4,8 Mrd. Euro, bei der Gewerbesteuer von 2,1 Mrd. Euro und beim Solidaritätszuschlag von 0,2 Mrd. Euro gerechnet; bei der Einkommensteuer ergibt sich hingegen ein Plus von 0,7 Mrd. Euro.

Tab. 3.12
Veränderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen^{a)}
 Haushaltentlastungen (+) und -belastungen (-) in Mrd. Euro gegenüber 2006

	2007	2008
Abgabenänderungen	18,41	14,90
Anhebung des Nominalsatzes der Umsatzsteuer von 16 auf 19% ^{b)}	22,75	23,33
Anhebung des Regelsatzes der Versicherungsteuer von 16 auf 19%	1,74	1,65
Erhöhung des Einkommensteuerspitzensatzes für nichtgewerbliche Einkünfte von 42 auf 45% ab zu versteuerndem Einkommen von 250 000 Euro/500 000 Euro für Ledige/Verheiratete	0,13	0,78
Reform der Unternehmensbesteuerung 2008		- 6,47
Erbschaftsteuerbefreiung bei mindestens zehnjähriger Weiterführung des Unternehmens	- 0,45	- 0,45
Erhöhung der Vorsteuerpauschale für land- und forstwirtschaftliche Umsätze	- 0,29	- 0,34
Befristete Anhebung der degressiven Abschreibung für bewegliche Anlagegüter	- 2,66	- 3,75
Anhebung der Umsatzsteuergrenzen für die Umsatz-Ist-Besteuerung	0,98	1,23
Erweiterte Absetzbarkeit von haushaltsnahen Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen in Privathaushalten	- 0,77	- 0,77
Absetzbarkeit von erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten und erwerbsbedingten Pflege- und Betreuungskosten	- 0,40	- 0,40
Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug	0,50	1,00
Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen	0,37	0,56
Beschränkung der Verlustverrechnung bei Steuerstundungsmodellen	1,07	1,59
Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm	0,60	1,03
Streichung der Entfernungspauschale für die ersten 20 km	1,27	2,53
Reduzierung des Sparerfreibetrags von 1 370 (2 740 für Verheiratete) auf 750/1500 Euro	0,63	0,75
Einführung einer Biokraftstoffquote	1,07	0,93
Jahressteuergesetz 2007		- 0,46
Weitere Steuerrechtsänderungen ^{c)}	0,01	0,58
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte ^{d)}	- 17,60	- 18,20
Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,4 Prozentpunkte ^{d)}	3,20	3,32
Erhöhung des durchschnittlichen Krankenkassenbeitragssatzes um 0,6 Prozentpunkte ^{d)}	6,00	6,20
Begrenzung der Sozialbeitragsfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge und Erhöhung der Pauschalabgabe für geringfügig Beschäftigte im gewerblichen Bereich	0,26	0,26
Ausgabenänderungen	1,92	1,90
Abschaffung der Eigenheimzulage	1,27	2,01
Kürzung von Subventionen	0,40	0,20
Anhebung des Arbeitslosengeldes II in den neuen Bundesländern auf Westniveau	- 0,20	- 0,20
Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen beim ALG II für 18- bis 25-Jährige	0,40	0,40
Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung	0,42	0,42
GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz	1,40	1,80
Aufstockung der Forschungsausgaben	- 0,45	- 0,45
Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	- 0,50	- 0,50
Einführung eines einkommensabhängigen Elterngelds – saldiert mit Erziehungsgeld	- 0,72	- 1,58
»Initiative 50plus«	- 0,10	- 0,20
Summe	20,33	16,80
^{a)} Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen von Maßnahmen, die schon früher in Kraft getreten sind, wie z.B. der Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, der Kürzung der Eigenheimzulage, des Altersvorsorgeanteils (Riester-Treppe) und des Nachhaltigkeitsfaktors bei der Rentenversicherung sowie ohne »heimliche« Steuererhöhungen. – ^{b)} Entstehungsmäßig; in finanzstatistischer Abgrenzung beläuft sich das Mehraufkommen im Jahr 2007 auf 19,4 Mrd. Euro. – ^{c)} Beispielsweise Einschränkung der Absetzbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer, Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und Änderung der Stromsteuer u.a. – ^{d)} Nach Abzug der Mehrausgaben des Staates für die Beiträge von Arbeitnehmern und von Empfängern sozialer Leistungen an den jeweiligen Sozialversicherungszweig.		

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen der Institute.

Dienst werden angehoben, wenn auch schwächer als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. In verschiedenen Bereichen, insbesondere im Bildungswesen, hat sich ein merklicher Einstellungsbedarf aufgestaut. Die monetären Sozialleistungen werden moderat zunehmen; dabei werden die Altersrenten abermals nur schwach, aber stärker als im Jahr

2007 erhöht. Aufgrund der guten Konjunktur werden die arbeitsmarktbedingten Ausgaben weiter zurückgehen. Die Investitionsausgaben des Staates werden ausgeweitet, die günstigere Finanzlage der Gebietskörperschaften dürfte sich verstärkt vor allem in zusätzlichen Bauaufträgen niederschlagen.

Tab. 3.13
Finanzwirtschaftliche Planungen der Bundesregierung 2001 bis 2010

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Wachstum des realen BIP^{a)}										
Stabilitätsprogramm 2000	2¾	2½	2½	2½	–	–	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2001	¾	1¼	2½	2½	2½	–	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2002	0,6	½	1½	2¼	2¼	2¼	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2003	0,6	0,2	0	1¼-2	2¼	2¼	2¼	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2004	0,6	0,2	–0,1	1¼-2	1½	1¼	2	2	–	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Feb.)	1,2	0,0	–0,2	1,3	0,9	1,4	1	1¼	1¼	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Dez.)	1,2	0,0	–0,2	1,3	0,9	2,3	1,4	1¼	1¼	1¼
Defizitquote^{b)}										
Stabilitätsprogramm 2000	1½	1	½	0	–	–	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2001	2¾	2	1	0	0	–	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2002	2,8	3¾	2¾	1½	1	0	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2003	2,8	3,5	4	3½ ^{f)}	2½	2	1½	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2004	2,8	3,5	3,8	3¾	3	2½	2	1½	–	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Feb.)	2,8	3,7	4	3,7	3,3	3,3	2½	2	1½	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Dez.)	2,8	3,7	4,0	3,7	3,2	2,1	1½	1½	1	½
Strukturelle Defizitquote^{c)}										
Stabilitätsprogramm 2002	2¾	3	2	1	1	½	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2003	–	3,3	3	2½	2	1½	1	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2004	–	–	3,0	3	2½	2	1½	1	–	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Feb.)	–	–	–	–	3,1	3	2	1½	1	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Dez.)	–	–	–	–	2,8	2	1½	1½	1	1
Staatsquote^{d)}										
Stabilitätsprogramm 2000	46½	45½	44½	44	–	–	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2001	48	48	46½	45½	44½	–	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2002	48,3	48½	48	46½	45½	44½	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2003	48,3	48,5	49	47½	46½	45½	44½	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2004	48,3	48,5	48,8	47½	46	45½	44½	43½	–	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Feb.)	47,6	48,1	48,4	46,9	46,7	46	45	44	43½	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Dez.)	47,6	48,1	48,5	47,1	46,8	45½	45	44½	43½	43
Abgabenquote^{e)}										
Stabilitätsprogramm 2000	41	41	40½	40½	–	–	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2001	41½	42	42	41½	41	–	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2002	41,5	41	41½	41½	41	41	–	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2003	41,5	41,1	41	40½	40½	40½	40½	–	–	–
Stabilitätsprogramm 2004	41,5	41,1	41,2	40	39½	39½	39½	39	–	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Feb.)	40,8	40,4	40,5	39,5	39,5	39	39½	39	39	–
Stabilitätsprogramm 2006 (Dez.)	40,8	40,5	40,6	39,8	39,7	40	40	39½	39½	39

^{a)} Stabilitätsprogramm 2000 bis 2004: in Preisen von 1995; Stabilitätsprogramm 2006: in Preisen des Vorjahres; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – ^{b)} Budgetdefizit in % des nominalen BIP. – ^{c)} Um konjunkturelle Effekte bereinigtes Budgetdefizit in % des nominalen BIP. – ^{d)} Staatsausgaben in % des nominalen BIP. – ^{e)} Steuern und Sozialabgaben in % des nominalen BIP. – ^{f)} Die Defizitquote wurde in einer aktualisierten Version im Januar 2004 auf 3¼% verringert.

Quelle: Nach Angaben des Bundesministeriums für Finanzen.

Im Jahr 2008 dürfte der Staatshaushalt ausgeglichen sein. Ähnlich gut war die Finanzlage zuletzt im Jahr 1989; damals war der Budgetsaldo leicht positiv. Die Rückführung der Haushaltsfehlbeträge fällt beträchtlich höher aus als

von der Bundesregierung erwartet; diese hat im Stabilitätsprogramm für das Jahr 2008 eine Defizitquote von 1½% angekündigt (vgl. Tab. 3.13). Ausschlaggebend für den stärkeren Defizitabbau ist die günstigere Kon-

junktur. Bereits im Jahr 2006 expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt mit 2,7% stärker als im Stabilitätsprogramm zugrunde gelegt, und dies dürfte auch 2007 und 2008 gelten. Für das Jahr 2007 geht das Stabilitätsprogramm von einem Anstieg um 1,4% und für 2008 um 1³/₄% aus.

4. Ende der Schwächephase am Bau?

Der Befund

Die Bauinvestitionen sind von 1994 bis 2005 um insgesamt 24,2% gesunken, nachdem sie von 1991 bis 1994 um 20,5% gestiegen waren. In den Jahren 2000 bis 2005 betrug ihr Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Lundberg-Komponente) im Durchschnitt - 0,4 Prozentpunkte. Seit dem Tiefpunkt im zweiten Quartal 2005 sind sie bis zum vierten Quartal 2006 mit einer durchschnittlichen Jahresrate von fast 7% wieder gestiegen und haben damit annähernd wieder das Niveau von 1991 erreicht. Die hohen Wachstumsraten in den vergangenen sechs Quartalen sind allerdings durch eine Reihe von Sonderfaktoren begünstigt. Zu nennen sind dabei vor allem der Schub durch das Auslaufen der Eigenheimzulage, Vorzieheffekte wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie das außergewöhnlich gute Wetter im vierten Quartal des vergangenen Jahres. Um die Frage zu beantworten, ob die Bauinvestitionen nun ihren Tiefpunkt durchschritten haben und in den nächsten Jahren wieder mit positiven Wachstumsraten gerechnet werden kann, soll zunächst ein Blick auf die langfristige Entwicklung seit 1950 erfolgen. Danach werden die einzelnen Komponenten der Bauinvestitionen analysiert.

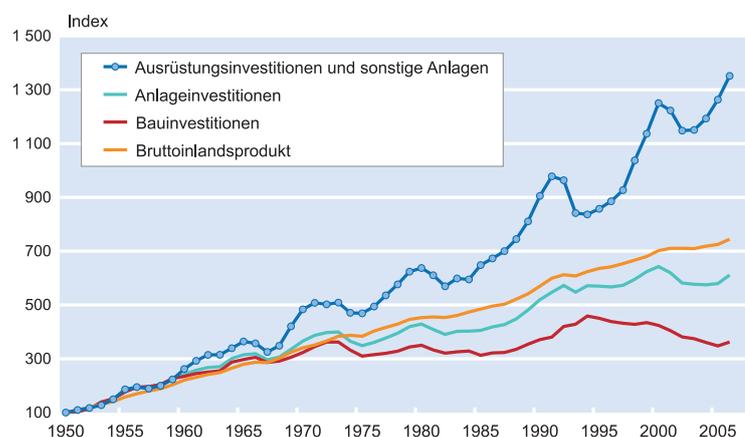
Die Abbildung 4.1 zeigt den Verlauf der realen Anlageinvestitionen, aufgliedert nach Ausrüstungen und Bauten, sowie des Bruttoinlandsprodukts von 1950 bis 2006. Auffallend ist, dass seit Ende der fünfziger Jahre die Bauinvestitionen im Trend langsamer gewachsen sind als die Ausrüstungsinvestitionen, seit Mitte der sechziger Jahre sogar deutlich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt (für die Schätzung der Trendwachstumsraten vgl. Abb. 4.3). Der Bauboom Anfang der siebziger Jahre konnte den Rückgang der Trendwachstumsrate der realen Bauinvestitionen nur kurz aufhalten. Im Jahr 1972 wurde das vorläufige Maximum der Bauinvestitionen erreicht. Danach schwankten sie bis Mitte der achtziger Jahre um einen leicht fallenden Trend. Im Jahr 1985 lagen sie um reichlich 10% unter ih-

rem Höchstwert von 1972, und erst 1990 wurde dieses Niveau wieder überschritten. Im Jahr 1985 setzte ein kräftiger Aufschwung ein, der Anfang der neunziger Jahre durch die Wiedervereinigung einen zusätzlichen Schub erhielt und im Jahr 1994 seinen Hochpunkt erreichte. Dieser Boom war verbunden mit einem starken Preisanstieg. In diesem Zeitraum stieg die Trendwachstumsrate der Bauinvestitionen außergewöhnlich stark auf fast 5%; sie lag damit höher als die Trendwachstumsraten von Bruttoinlandsprodukt und Ausrüstungsinvestitionen und erreichte kurzzeitig wieder Werte wie Ende der fünfziger Jahre. Danach setzte der Abschwung ein, der bis zum Jahr 2005 dauerte. Die Trendrate wurde deutlich negativ.

Die Entwicklung seit 1991 war besonders geprägt durch die Folgen der Wiedervereinigung. Der starke Anstieg der Bauinvestitionen zwischen 1991 und 1994 ging fast ausschließlich auf den Bauboom in den neuen Bundesländern zurück. Seit Mitte der neunziger Jahre sanken in Ostdeutschland die Bauinvestitionen Jahr für Jahr, in Westdeutschland gab es hingegen zwischen 1998 und 2000 einen leichten Anstieg.

Etwas vereinfachend kann man von 1950 bis 2005 vier Phasen der Bauaktivitäten festhalten: Die erste Phase war geprägt durch eine gut zwanzigjährige starke Wachstumsperiode mit allerdings im Trend deutlich fallenden Raten, dann folgte ab 1972 eine etwa fünfzehnjährige Stagnationsphase, an die sich eine durch die Wiedervereinigung verstärkte Boomphase anschloss, die schließlich von einem mehr als zehnjährigen Rückgang der Bauinvestitionen abgelöst wurde.

Abb. 4.1
Entwicklung der Anlageinvestitionen¹⁾
1950 = 100



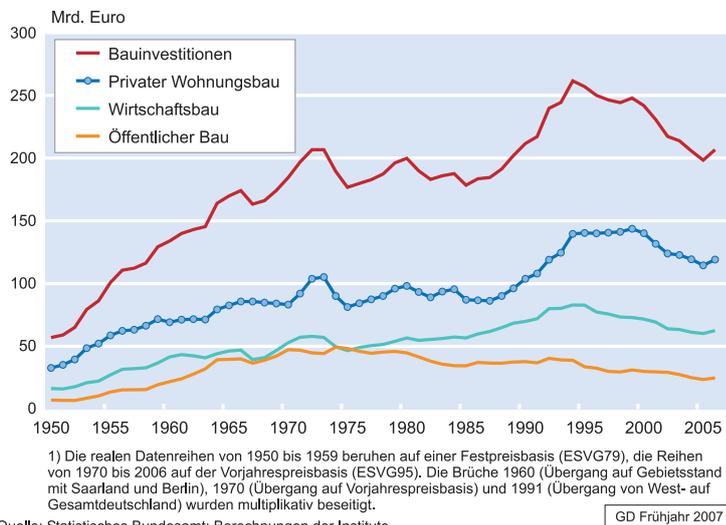
1) Die realen Datenreihen von 1950 bis 1959 beruhen auf einer Festpreisbasis (ESVG79), die Reihen von 1970 bis 2006 auf der Vorjahrespreisbasis (ESVG95). Die Brüche 1960 (Übergang auf Gebietsstand mit Saarland und Berlin), 1970 (Übergang auf Vorjahrespreisbasis) und 1991 (Übergang von West- auf Gesamtdeutschland) wurden multiplikativ beseitigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2007

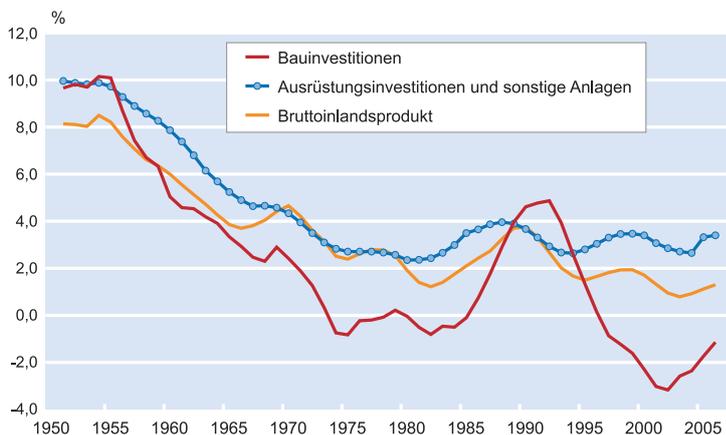
Abb. 4.2**Entwicklung der realen Bauinvestitionen¹⁾**

Verkettete Volumenangaben



Im Wesentlichen folgen die Komponenten der Bauinvestitionen – privater Wohnungsbau, Wirtschaftsbau sowie öffentlicher Bau – diesem allgemeinen Muster (vgl. Abb. 4.2 und 4.4). Allerdings gibt es auch einige Ausnahmen. Die öffentlichen Bauinvestitionen sind bis Mitte der siebziger Jahre sehr stark gestiegen und haben sich von 1950 bis 1974 fast versiebenfacht. Danach gingen sie bis zum Jahr 1985 um etwa 30% zurück. Zwischen 1985 und 1992 haben sie sich wieder leicht erhöht, danach sind sie bis zum Jahr 2005 um insgesamt mehr als 40% gesunken. Der Wirtschaftsbau ist – von den konjunkturellen Einbrüchen 1967 und 1974/75 abgesehen – bis Ende der achtziger Jahre

Länger anhaltende Rückgänge oder Stagnationsphasen sind bei der Baunachfrage nicht ungewöhnlich. Das Ausmaß des über zehnjährigen Rückgangs der Bauinvestitionen zwischen 1995 und 2005 ist in der deutschen Wirtschaftsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings ohne Parallele. Allenfalls vergleichbar ist die lange Stagnation von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre. Sie folgte auf den Bauboom von 1969 bis 1972. Die Expansionsrate der Bauinvestitionen von 1987 bis 1994 war allerdings viel höher als in dem Aufschwung 20 Jahre zuvor. Der Vergleich legt den Schluss nahe, dass in Boomphasen der Baukonjunktur hohe Überkapazitäten an baulichen Anlagen geschaffen werden, die dann über lange Zeiträume, die mehr als zehn Jahre dauern können, wieder abgebaut werden. Diese Anpassungsprozesse verlängern sich, wenn sich die ursprünglichen Wachstumserwartungen als zu optimistisch herausstellen. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Trendwachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts deutlich gesunken, was die langfristigen Absatz- und Ertragsaussichten der Unternehmen und die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte gedrückt hat. Die Folge war offenbar eine bestenfalls leicht steigende Bestandsnachfrage mit sinkenden Bruttoinvestitionen.

Abb. 4.3**Trendwachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und der Anlageinvestitionen¹⁾**

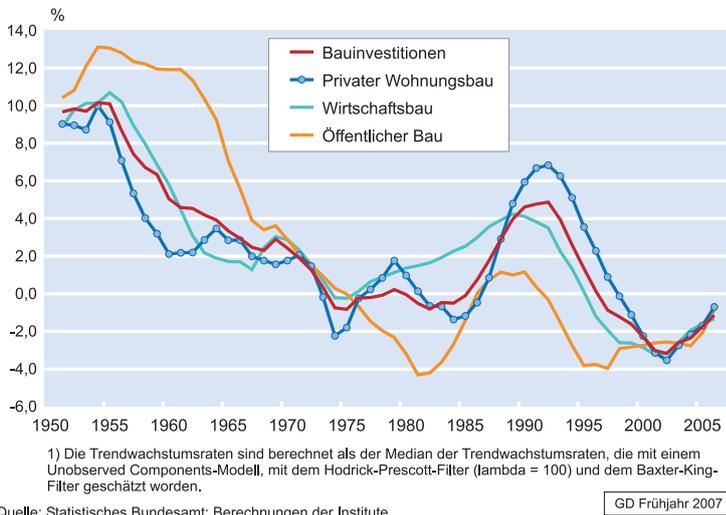
relativ stetig gestiegen, wobei die Trendwachstumsrate von 1975 bis 1990 ständig zunahm. Nach dem Wiedervereinigungsboom wurde im Jahr 1994 das Maximum erreicht. Danach gingen die Investitionen im Wirtschaftsbau Jahr für Jahr zurück, bis 2005 um über 27%. Der private Wohnungsbau ist bis Ende der achtziger Jahre im Trend langsamer gewachsen als die gesamten Bauinvestitionen. Auch er zeigte Anfang der siebziger Jahre einen ausgeprägten Boom. In den Jahren 1974/75 brach er um fast 25% ein. Erst 1991 erreichte er wieder das Niveau von 1973. Nach der Wiedervereinigung stiegen die privaten Wohnungsbauinvestitionen bis zum Jahr 1994 stark – nicht zuletzt getrieben durch staatliche Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern –, um dann bis 2000 in etwa auf diesem Niveau zu verharren. In den folgenden fünf Jahren gingen sie dann um fast 20% zurück.

Länger anhaltende Rückgänge oder Stagnationsphasen sind bei der Baunachfrage nicht ungewöhnlich. Das Ausmaß des über zehnjährigen Rückgangs der Bauinvestitionen zwischen 1995 und 2005 ist in der deutschen Wirtschaftsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings ohne Parallele. Allenfalls vergleichbar ist die lange Stagnation von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre. Sie folgte auf den Bauboom von 1969 bis 1972. Die Expansionsrate der Bauinvestitionen von 1987 bis 1994 war allerdings viel höher als in dem Aufschwung 20 Jahre zuvor. Der Vergleich legt den Schluss nahe, dass in Boomphasen der Baukonjunktur hohe Überkapazitäten an baulichen Anlagen geschaffen werden, die dann über lange Zeiträume, die mehr als zehn Jahre dauern können, wieder abgebaut werden. Diese Anpassungsprozesse verlängern sich, wenn sich die ursprünglichen Wachstumserwartungen als zu optimistisch herausstellen. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Trendwachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts deutlich gesunken, was die langfristigen Absatz- und Ertragsaussichten der Unternehmen und die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte gedrückt hat. Die Folge war offenbar eine bestenfalls leicht steigende Bestandsnachfrage mit sinkenden Bruttoinvestitionen.

Wirtschaftsbau

Die Wirtschaftsbauten sind als Teil des Kapitalstocks ein Input im Produktionspro-

Abb. 4.4
Trendwachstum der Bauinvestitionen¹⁾



relativen Faktorpreise und der technische Fortschritt führen zu Änderungen des relativen Einsatzverhältnisses der Produktionsfaktoren. Sowohl der technische Fortschritt, wie zuletzt die Ausbreitung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, als auch die trendmäßige Verteuerung der Bauinvestitionen relativ zu den Ausrüstungsinvestitionen zogen einen Rückgang der Bauintensität in den einzelnen Wirtschaftszweigen nach sich (vgl. Abb. 4.5). Teilweise wurde dies dadurch kompensiert, dass der Dienstleistungssektor, der eine besonders hohe Bauintensität aufweist, an Bedeutung gewonnen hat. Dieser Struktureffekt reichte jedoch nicht aus, um einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Bauintensität zu verhindern. Dies wirkt tendenziell dämpfend auf die Dynamik des Wirtschaftsbaus.

zess.³¹ Die gesamtwirtschaftliche Bauintensität des Produktionsprozesses, definiert als Anteil der Gebäude und sonstigen baulichen Anlagen am Bruttoanlagevermögen, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Veränderungen der

Für die Einschätzung der kurz- und mittelfristigen Entwicklung der Wirtschaftsbauinvestitionen ist die Frage bedeutsam, ob sie sich von den Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstiger Anlagen) entkoppelt haben. Die Abbildung 4.6 zeigt die relative Abweichung der beiden Investitionskategorien von ihrem Trendwert. Es ist deutlich zu erkennen, dass sich die konjunkturellen Komponenten der Wirtschaftsbauten und der Ausrüstungen bis Ende der achtziger Jahre weitgehend parallel entwickelt haben und auch

³¹ Wirtschaftsbauinvestitionen entfallen zu 73% auf den Hochbau und zu 27% auf den Tiefbau. Der Hochbau umfasst vor allem Fabrik-, Lager-, Handels- sowie Büro- und Verwaltungsgebäude. Der Tiefbau besteht hauptsächlich aus Leitungen für die Energie- und Mineralölwirtschaft sowie aus privaten Ver- und Entsorgungs- sowie Verkehrsanlagen.

Abb. 4.5
Anteil der Bauten am Bruttoanlagevermögen der gewerblichen Unternehmen¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen

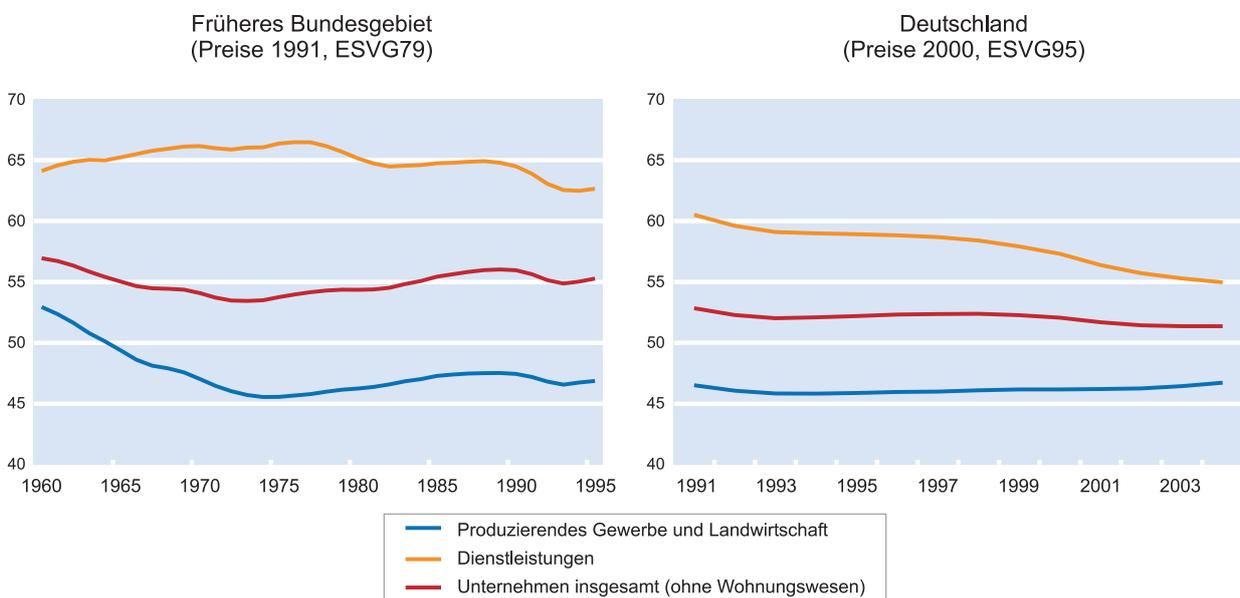
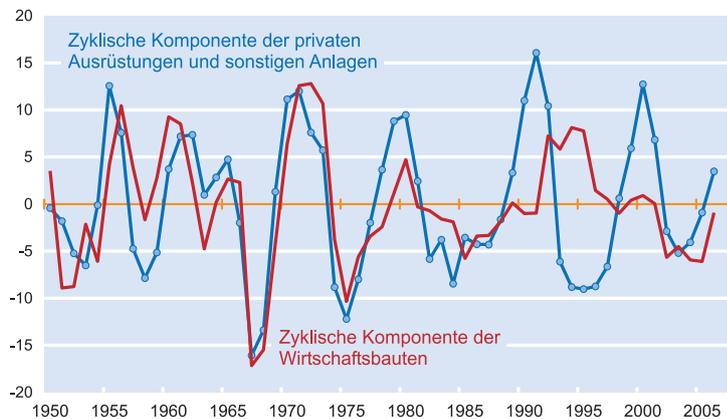


Abb. 4.6**Zyklischer Zusammenhang zwischen Wirtschaftsbauten und den privaten Ausrüstungen und sonstigen Anlagen¹⁾**

1) Die Trendwachstumsraten sind berechnet als der Median der Trendwachstumsraten, die mit einem Unobserved Components-Modell, mit dem Hodrick-Prescott-Filter ($\lambda = 100$) und dem Baxter-King-Filter geschätzt worden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2007

ungefähr die gleiche Amplitude aufwiesen. Mit dem Wiedervereinigungsboom lockerte sich dieser Zusammenhang. Der konjunkturelle Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen erreichte bereits 1991 seinen Höhepunkt, die Aufwärtsbewegung beim Wirtschaftsbau aber erst drei Jahre später, einem Zeitpunkt, bei dem die Ausrüstungsinvestitionen schon fast wieder an ihrem konjunkturellen Tiefpunkt waren. Wesentlich dürfte dazu die Sonderentwicklung in Ostdeutschland beigetragen haben. Der allgemeine Wirtschaftsaufschwung Ende des vergangenen Jahrzehnts machte sich bei den Wirtschaftsbauminvestitionen fast nicht bemerkbar. Dies dürfte zu einem gewissen Teil auch auf Produktionsverlagerungen deutscher Unternehmen in das Ausland zurückzuführen sein.³² Im vergangenen Jahr hat sich aber der Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen mit Verzögerung auch bei den Wirtschaftsbauten ausgewirkt. Für ein endgültiges Urteil ist es noch zu früh, es deutet aber einiges darauf hin, dass die beiden Investitionskomponenten in zyklischer Hinsicht zukünftig wieder ähnlicher verlaufen als es in den vergangenen 15 Jahren der Fall war.

Privater Wohnungsbau

Die gesamten Wohnungsbauinvestitionen können in die Bereiche Neubauproduktion und Baumaßnahmen an vorhandenen Gebäuden aufgeteilt werden. Letztere umfassen Aktivitäten zur Modernisierung, zum Um- und Ausbau des Wohnungsbestandes. Sie haben seit Mitte der neunziger Jahre

an Bedeutung gewonnen. Inzwischen entfällt weniger als die Hälfte aller Wohnbauten auf den Neubau, mehr als die Hälfte dient der Erneuerung des Bestandes. Auch wenn es sich bei den beiden Typen der Wohnungsbauinvestitionen auf den ersten Blick um unterschiedliche Aktivitäten handelt, folgen sie doch im Prinzip ähnlichen Erklärungsfaktoren. Mehrere empirische Analysen der Institute zeigen, dass der private Wohnungsbau vor allem vom realen Einkommen, den Finanzierungsbedingungen und von demografischen Faktoren abhängt. Zu den Letzteren gehört nicht nur die Einwohnerzahl, sondern auch die Anzahl und die Größe der Haushalte sowie die Altersstruktur.³³ Auch wenn in internationalen Vergleichen eine hohe Korrelation zwischen Bevölkerungswachstum und dem Wachstum der Wohnungsbauinvestitionen nicht immer die Regel ist, gibt es doch eine große Zahl von Ländern, in denen das Bevölkerungswachstum

eine wichtige Determinante des Wohnungsbaus ist. Auch in Deutschland gab es die höchsten Wachstumsraten der Wohnungsbauinvestitionen (in den fünfziger Jahren und Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre) in Phasen eines relativ hohen Bevölkerungswachstums.

Bei der Beurteilung der kurz- und mittelfristigen Investitionsentwicklung muss allerdings auch berücksichtigt werden, dass sich die Wohnungsnachfrage nicht auf die Investitionen als Flussgröße, sondern auf den Kapitalstock, konkret auf den Wohnungsbestand, richtet. Das bedeutet, dass es nach Boomphasen der Bauinvestitionen lange Zeiträume geben kann, in denen Überkapazitäten vorherrschen und eine steigende Wohnungsnachfrage mit stagnierenden oder im Extremfall sogar sinkenden Investitionen vereinbar ist.

Wie sind unter diesen Aspekten die zukünftigen Aussichten für den Wohnungsbau einzuschätzen? Die stagnierende oder gar leicht rückläufige Einwohnerzahl dürfte einen negativen Beitrag leisten. Allerdings steigen die Anzahl der Haushalte und die durchschnittlich genutzte Wohnfläche. Außerdem scheint der Rückgang der Trendwachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zumindest gestoppt zu sein. Mit wieder etwas optimistischeren Wachstumsperspektiven dürfte die Pro-Kopf-Wohnfläche weiter steigen. Damit dürften die Leerstände tendenziell zurückgehen und die Wohnungsbauinvestitionen zumindest nicht weiter abnehmen. Bei den Leer-

³² Vgl. G. Barabas, R. Döhrn und T. Middendorf, Auswirkungen der Kapitalflüsse aus Deutschland auf die deutsche Bauindustrie, Gutachten des RWI im Auftrag des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie e.V., Essen 2005.

³³ Vgl. beispielsweise K.-J. Gern und C.-P. Meier, Explaining Growth Divergencies in the Euro Area: The Role of Residential Investment. 2006, www.euroframe.org/fileadmin/user_upload/euroframe/efn/autumn2006/Annex_A1.pdf sowie R. Scheufele, Strukturelle Faktoren des Wohnungsbaus. IWH, Halle 2007, mimeo.

ständen ist zudem zu konstatieren, dass sie sich vor allem auf die neuen Bundesländer konzentrieren. Angesichts des erwarteten Bevölkerungsrückgangs dürfte deshalb die Investitionstätigkeit in Ostdeutschland noch längere Zeit verhalten bleiben. Da leerstehende Wohnungen sich aber geographisch nicht verschieben lassen, werden sich die mittelfristigen Perspektiven für den Wohnungsbau in Regionen mit Zuzügen beleben. Zunehmende Qualitätsansprüche insbesondere im Hinblick auf die Energieeffizienz dürften zudem Modernisierungsinvestitionen weiter an Bedeutung gewinnen lassen.

Öffentlicher Bau

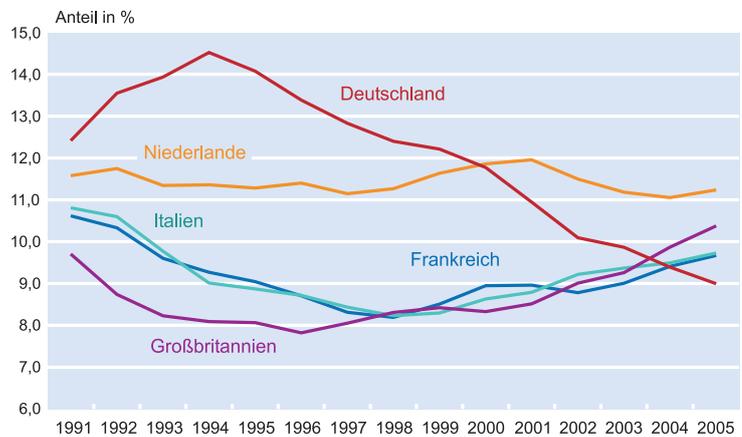
Der öffentliche Bau ist von 1992 bis 2005 um etwa 40% gesunken. Viele große Infrastrukturmaßnahmen in den neuen Bundesländern waren bereits Mitte der neunziger Jahre abgeschlossen. Angesichts der hohen Defizite in den öffentlichen Haushalten wurden in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts die Bauinvestitionen des Staates weiter zurückgefahren. Zu beachten ist dabei aber, dass in den vergangenen Jahren öffentliche Aufgaben zunehmend in den privaten Sektor verlagert wurden (beispielsweise kommunale Versorgungsbetriebe und Private-Public-Partnership-Projekte) und diese Aktivitäten damit im Wirtschaftsbau erfasst werden.

Mit der Verbesserung der Finanzlage des Staates ist damit zu rechnen, dass der öffentliche Bau in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Es gibt Evidenz dafür, dass sich bei der staatlich finanzierten Infrastruktur in den vergangenen Jahren ein Rückstau angesammelt hat.

Ausblick

Vieles deutet darauf hin, dass der über zehn Jahre währende Rückgang der Bauinvestitionen die Folge des Baubooms vor und nach der Wiedervereinigung war. Die damalige optimistische Einschätzung der mittel- und langfristigen Wirtschaftsentwicklung hat sich im Nachhinein als überzogen herausgestellt. Erst nach und nach ist die deutsche Wirtschaft wieder in die baulichen Kapazitäten gewachsen, die in der Boomphase aufgebaut wurden. Inzwischen mehren sich aber die Zeichen, dass zumindest die Phase des Rückgangs an ein Ende gekommen ist und die Lage sich wieder »normalisiert« hat. Darauf deutet auch ein internationaler Vergleich hin. Bis weit in die neunziger Jahre hinein war

Abb. 4.7
Bauinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt¹⁾



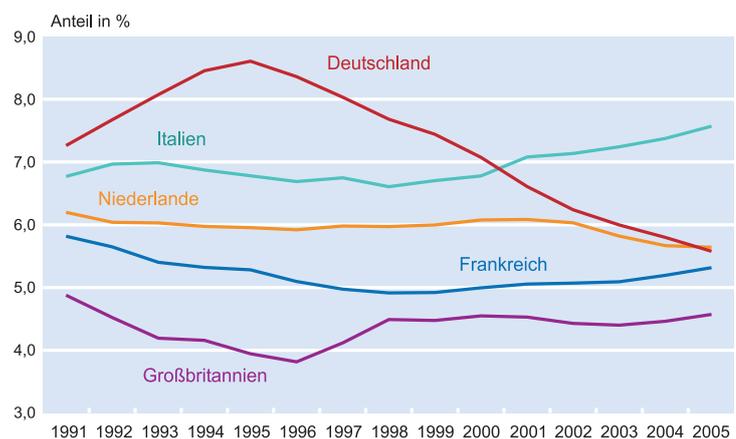
Quelle: OECD; nationale statistische Ämter; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2007

der Anteil der nominalen Bauinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland deutlich höher als in vielen Industrieländern. Mittlerweile ist er wieder auf ein international vergleichbares Niveau gesunken (vgl. Abb. 4.7). Dasselbe gilt für den Anteil der im Baugewerbe Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung (vg. Abb. 4.8).

Die geschätzte Trendwachstumsrate für die Bauinvestitionen ist mit etwa - 1% zwar auch im Jahr 2006 immer noch leicht negativ. Sie ist allerdings in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Auch wenn die Schätzunsicherheit am aktuellen Rand relativ hoch ist, spricht doch vieles dafür, dass der trendmäßige Rückgang der Bauinvestitionen beendet sein dürfte, zumal die Trendwachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts wieder etwas zunimmt. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass die Bauinvestitionen zu den sich besonders dynamisch entwickelnden Nachfragekomponen-

Abb. 4.8
Anteil der im Baugewerbe Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung



Quelle: OECD; nationale statistische Ämter; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2007

ten gehören werden. Bei den Wohnbauten dämpft insbesondere das geringe Bevölkerungswachstum, bei den Wirtschaftsbauten die weiterhin sinkende Bauintensität der Produktion. Nach dem Abbau der hohen Überkapazitäten dürfte sich der Wirtschaftsbau in Zukunft wieder zyklisch stärker mit den Ausrüstungsinvestitionen bewegen. In einem Konjunkturaufschwung ist deshalb wieder mit einem Anstieg zu rechnen. Zudem dürfte auch die merkliche Verbesserung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte dazu führen, dass der aufgestaute Baubedarf abgebaut wird.

5. Zur Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft expandiert derzeit außerordentlich kräftig. Dem liegt wohl auch ein höheres Trendwachstum zugrunde.³⁴ Dazu haben die moderate Lohnpolitik der vergangenen Jahre und auch einige Reformen der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte beigetragen, die ihre positive Wirkung im Aufschwung allmählich entfalten. Die Tatsache, dass das Bruttoinlandsprodukt zuletzt um 3,5% über dem Niveau vom Vorjahr lag, ist jedoch im Wesentlichen ein konjunkturelles Phänomen. Entsprechend ist auch ein Gutteil der jüngsten Verbesserung der Lage der öffentlichen Haushalte und der Situation am Arbeitsmarkt konjunkturell bedingt. Allerdings ist das Trendwachstum immer noch gering im Vergleich zu vielen Ländern in der Europäischen Union. Das Problem struktureller Arbeitslosigkeit besteht weiterhin. Dies verdeutlicht, dass weiterhin große Reformanstrengungen notwendig sind. Zwar sollten sich Reformen in einem günstigen makroökonomischen Umfeld leichter durchsetzen lassen, sind doch die Anpassungslasten im Aufschwung leichter zu verkraften. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Diskussion ist jedoch zu befürchten, dass die aktuell günstige Konjunktur dazu verleitet, Maßnahmen zu beschließen, die den mittelfristigen Wachstumstrend beeinträchtigen und den Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit behindern.

Die Defizitquote Deutschlands ist im Jahr 2006 noch stärker als erwartet auf 1,7% gesunken. In diesem Jahr dürfte sie aufgrund konjunkturbedingter Mehreinnahmen und Minderausgaben, vor allem aber wegen der Erhöhung von Steuern und des Abbaus von Steuervergünstigungen nochmals deutlich sinken. Im Jahr 2008 wird, bleibt es bei dem in der vorliegenden Prognose unterstellten moderaten Anstieg der Staatsausgaben und einer unveränderten Sozialabgabenbelastung, sogar ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Gerade die Verbesserung im kommenden Jahr ist allein konjunkturell bedingt. Strukturell ist der Haus-

halt indes noch nicht ausgeglichen, und die Fehlbeträge können bei schwächerer Konjunktur rasch wieder zunehmen. Daher ist die quantitative Konsolidierung keineswegs abgeschlossen. Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte der Staatshaushalt in »guten Jahren« sogar einen Überschuss aufweisen, damit er über einen Konjunkturzyklus gesehen ausgeglichen ist. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Finanzpolitik nicht nur Begehrlichkeiten insbesondere bei konsumtiven Ausgaben abwehren, die aufgrund der besseren Haushaltslage aufkommen. Sie muss im Gegenteil weiter bei den konsumtiven Ausgaben sparen. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil Spielräume entstehen müssen, um zum einen die Steuern und Abgaben erneut zu senken und zum anderen die qualitative Konsolidierung voranzubringen.

Die Steuerquote Deutschlands wird im Prognosezeitraum, ungeachtet der Senkungen der Unternehmensteuern, wieder steigen. Eine wesentliche Ursache ist, dass mit rascher wachsenden Einkommen die Steuerprogression voll greift. Um „heimliche“ Steuererhöhungen auszugleichen, ist in absehbarer Zeit eine Senkung der Einkommensteuer erforderlich. Abgesehen davon sollte es das Ziel der Finanzpolitik sein, mittelfristig die Lohn- und Einkommensteuer zu senken, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Aber auch bei den Unternehmensteuern besteht weiterhin Änderungsbedarf, da die Reform 2008 nicht sehr ehrgeizig ist. Mit ihr werden zwar die Steuersätze spürbar gesenkt, um Deutschlands Stellung im Wettbewerb um international mobiles Kapital zu stärken. Jedoch wird die Bemessungsgrundlage verbreitert, wobei einige Maßnahmen – wie im Abschnitt zur Finanzpolitik näher ausgeführt – für sich genommen die Investitionsbedingungen verschlechtern. In vielen Bereichen, so bei der Herstellung der Entscheidungsneutralität oder der Vereinfachung des Steuersystems, bleibt die Reform deutlich hinter den Vorschlägen zurück, die im Vorfeld erarbeitet worden waren.

Die investiven Ausgaben des Staatshaushalts sind in den vergangenen fünfzehn Jahren erheblich schwächer ausgeweitet worden als die gesamtwirtschaftliche Produktion. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt hielten die Bildungsausgaben gerade einmal das niedrige Niveau von 1991. Auch ging die Quote der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Trend zurück. Die öffentlichen Investitionen in Realkapital nahmen zwischen 1995 und 2005 sogar absolut ab und 2006 nur wenig zu. Kommt die qualitative Konsolidierung voran, so wird sie die Wachstumschancen verbessern.

Die Geldpolitik sieht sich aufgrund der guten Konjunktur einem erhöhten Inflationsrisiko gegenüber. Während die Wirtschaft im übrigen Euroraum nur wenig rascher wächst als das Produktionspotenzial, wird in Deutschland die Outputlücke merklich positiv. In der Vergangenheit hatte aber ge-

³⁴ Vgl. beispielsweise A. Boss, J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide, Verbessertes Arbeitsmarktumfeld stärkt Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland, Kieler Diskussionsbeiträge 441/442, Kiel 2007.

rade die niedrige gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in Deutschland wesentlichen Anteil daran, dass die Inflation im Euroraum im Großen und Ganzen mit dem Stabilitätsziel der EZB im Einklang stand. Denn hierzulande lag die Teuerung zumeist deutlich unter 2%, womit ein Gutteil der bisweilen recht hohen Preissteigerungen, die in Ländern mit kräftigerer Expansion verzeichnet wurden, ausgeglichen wurde. Dieser inflationsdämpfende Faktor für den Euroraum fiel weg, wenn sich mit anziehender Konjunktur der Kosten- und Preisauftrieb in Deutschland künftig beschleunigt. Daher dürfte die EZB etwaigen inflationären Tendenzen in Deutschland besondere Beachtung schenken. Erhöht sich der Preisanstieg im Euroraum kräftiger als von den Instituten prognostiziert, müsste sie die geldpolitischen Zügel stärker straffen, um eine Verletzung ihres Stabilitätsziels zu verhindern, zumal die Liquiditätsausstattung im Euroraum nach wie vor reichlich ist.

Das Preisklima wird in Deutschland im Prognosezeitraum auch von der Tarifpolitik beeinflusst. In den vergangenen Jahren trug der moderate Lohnanstieg dazu bei, dass ungeachtet des Preisschubs auf den Rohstoffmärkten die Inflation gering blieb. Er begünstigte zudem den Beschäftigungsaufbau, wodurch sich auch die Einkommenssituation der privaten Haushalte insgesamt sukzessive verbessert. Derzeit wird allerdings seitens der Gewerkschaften eine »Nachschlagdebatte« geführt, die diese Erfolge gefährdet. Werden mit Blick auf die gute Konjunktur die Tariflöhne in einer Art und Weise gesteigert, dass die Arbeitskosten stärker zunehmen als der Verteilungsspielraum, so werden die Unternehmen alsbald Arbeitsplätze abbauen. Die Beschäftigung fördern Tarifsteigerungen nur, wenn sie den beschäftigungsneutralen Verteilungsspielraum – der derzeit zwischen 2,5 und 3% liegen dürfte – nicht vollständig ausschöpfen. Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit ist dies gesamtwirtschaftlich geboten. Der guten Konjunktur können die Tarifparteien – soweit dies die Marktkräfte nicht ohnehin über die Lohndrift bewirken – in Form von Einmalzahlungen Rechnung tragen.

Dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt seit dem Beginn des Jahres 2006 so überraschend deutlich verbesserte, dazu haben auch einige der Reformen der vergangenen Jahre beigetragen. So hat z.B. die Deregulierung der Leiharbeit die Flexibilität der Unternehmen beim Arbeitskräfteeinsatz erhöht und die Kürzung von Lohnersatzleistungen die Anreize gesteigert, Arbeit aufzunehmen. In erster Linie steigt die Beschäftigung aber aus konjunkturellen Gründen. Bei Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts wie zuletzt beobachtet hat auch in der Vergangenheit die Beschäftigung spürbar zugenommen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen, also die vorwiegend strukturelle Arbeitslosigkeit, ging bisher vergleichsweise wenig zurück. Um sie zu verringern, wären weitere Reformen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik erforderlich.³⁵ Diskutiert, und zum Teil umge-

setzt, werden allerdings kontraproduktive Vorschläge, wie ein gesetzlicher Mindestlohn. Mindestlöhne sind entweder wirkungslos oder vernichten Arbeitsplätze.

Zur Finanzpolitik

Das Budgetdefizit des Staates ist 2006 in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt von 3,1 auf 1,7% gesunken. Der kräftige Konjunkturaufschwung führte zu erheblichen Steuermehreinnahmen und einem merklichen Rückgang der arbeitsmarktbedingten Ausgaben des Staates. Zugleich wurden die moderate Ausgabenpolitik fortgesetzt und Steuervergünstigungen gekürzt. Das Budgetdefizit ging damit weitaus stärker zurück als von der Bundesregierung erwartet. Sie hatte im Juli 2006 noch eine Defizitquote von 3,1% an die EU-Kommission gemeldet und mit dem Verweis auf eine »strukturelle Unterfinanzierung« der öffentlichen Haushalte anschließend kräftige Steuererhöhungen durchgesetzt.

Weiterhin Konsolidierungsbedarf

Nach der Prognose der Institute wird die Defizitquote in den Jahren 2007 und 2008 wegen konjunkturbedingter Mehreinnahmen und Minderausgaben, nicht zuletzt aber wegen der Anhebung der Umsatz- und der Versicherungssteuer deutlich sinken. Im kommenden Jahr dürfte sogar, unter den hier getroffenen Annahmen über den Ausgabenpfad und die Sozialabgabenbelastung, ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Die Haushaltslage ist damit zwar deutlich besser als im Stabilitätsprogramm angekündigt. Konjunkturbereinigt würde das Defizit aber immer noch im Bereich zwischen 0,5 und 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Das bedeutet, dass die Konsolidierung keineswegs abgeschlossen ist.³⁶

Aus mehreren Gründen besteht weiterhin Konsolidierungsbedarf. Soll über einen Konjunkturzyklus gesehen ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden, muss in »guten Jahren« ein Budgetüberschuss erzielt werden. Zudem profitierten die öffentlichen Haushalte bisher von rückläufigen Zinsen und einem effektiveren Schuldenmanagement. Dadurch blieben die Zinsausgaben zwischen 1995 und 2006 trotz eines um 50% erhöhten Schuldenstandes mehr oder weni-

³⁵ Ansatzpunkte liefert die Evaluierung der »Hartz-Reformen« durch die Wirtschaftsforschungsinstitute. Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Bericht 2005 der Bundesregierung zur Wirkung der Umsetzung der Vorschläge der Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Berlin 2006.

³⁶ Das Defizit ist vermutlich niedrig genug um sicherzustellen, dass in einem Abschwung die Defizitquote unter 3% bleibt: Ein um einen Prozentpunkt schwächeres Wirtschaftswachstum erhöht die Defizitquote erfahrungsgemäß um einen halben Prozentpunkt.

ger konstant. Wenn mit der besseren Konjunktur die Zinsen anziehen, steigen auch die Zinsausgaben. Beispielsweise würde eine um einen Prozentpunkt höhere Durchschnittsverzinsung der Schulden die öffentlichen Haushalte mittelfristig mit 15 Mrd. Euro belasten.

Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben sind auch erforderlich, um investive Staatsausgaben stärker aufstücken zu können und so die Finanzpolitik wachstumsgerechter zu gestalten. Wie dringlich die qualitative Konsolidierung ist, lässt sich daran ablesen, dass der Anteil der staatlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1999 und 2005 von 1,9 auf 1,3% gesunken war – das im langfristigen Vergleich niedrigste Niveau. Zwar hat dazu auch beigetragen, dass ein Teil der Staatstätigkeit in private Unternehmen verlagert wurde und der Staat sich von Immobilienvermögen trennte. Jedoch auch ohne diese Effekte war ein Rückgang angelegt. Damit ist ein immenser Ersatz- und Modernisierungsbedarf aufgelaufen. Zudem liegen die öffentlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung nach wie vor unter 1% des Bruttoinlandsprodukts, und die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung verfehlen insgesamt mit 2,5% (2004) immer noch deutlich das sog. Lissabon-Ziel von 3%. Die Bildungsausgaben haben, trotz aller Defizite, die internationale Organisationen dem deutschen Bildungssystem bescheinigen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen fünfzehn Jahren nicht zugenommen. Zwar sah das Programm für Wachstum, Beschäftigung und Familie höhere investive Ausgaben vor, nennenswert gesteigert wurden sie bislang jedoch nicht. So erhöhte sich beispielsweise die öffentliche Investitionsquote 2006 nur auf 1,4%, und dies vor allem, weil sich die Finanzlage der Kommunen konjunkturbedingt verbesserte.

Wachstumsgerecht wäre es auch, die Sozialabgabenbelastung zu senken. Sie liegt nach wie vor über 40% der beitragspflichtigen Entgelte. Zum 1.1.2007 wurde zwar der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte reduziert. Demgegenüber wurden die Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung von 19,5 auf 19,9% und die zur Gesetzlichen Krankenversicherung von knapp 14,3 auf 14,9% angehoben. Ursache hierfür ist, dass der Bund Lasten auf die Sozialversicherungen verschoben hat: So wurden die Beitragszahlungen für die Empfänger von Arbeitslosengeld II an die Gesetzliche Rentenversicherung und die Gesetzliche Krankenversicherung reduziert, der allgemeine Bundeszuschuss an die Gesetzliche Rentenversicherung pauschal gekürzt und die erst 2004 eingeführte pauschale Zuweisung an die Gesetzliche Krankenversicherung um 1,7 Mrd. Euro vermindert. Erhöht hat sich die Abgabenbelastung auch durch die Umsatzsteuererhöhung, die die Krankenkassen mit knapp 1 Mrd. Euro belastet. Letztere müssen zudem bis Ende 2008 ihre Schulden abbauen.

Spielraum für Abgabensenkungen dürfte vor allem in der Arbeitslosenversicherung bestehen. Weil sich die Lage am Arbeitsmarkt bessert und die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld allmählich greift, dürfte die Bundesagentur für Arbeit auch 2007 einen Überschuss erzielen. Soweit die Verbesserung der Finanzlage als dauerhaft anzusehen ist, sollten die Beitragssätze gesenkt werden. Die Beiträge zu den Krankenversicherungen werden durch die am 1. April 2007 in Kraft getretene Gesundheitsreform hingegen vorerst wohl nur wenig beeinflusst. Die Beschränkungen im Leistungskatalog der Krankenkassen, die größeren Freiheiten der Kassen bei der Gestaltung ihrer Tarife und die Zwangsrabatte bei Medikamenten dürften den Anstieg der Beiträge allenfalls bremsen. Das Kernstück der Reform, der Gesundheitsfonds, wird ohnehin erst 2009 eingeführt. Sinkende Beiträge wären allerdings möglich, wenn versicherungsfremde Leistungen weitaus stärker als geplant aus Steuermitteln finanziert würden. Auch dies sollte nach Einschätzung der Institute durch Einsparungen bei den konsumtiven Staatsausgaben finanziert werden.

In den Sparbemühungen darf schließlich auch deshalb nicht nachgelassen werden, weil die Abgabenquote in Deutschland immer noch hoch ist und zurückgeführt werden sollte. Die Einkommensteuerbelastung wird in den kommenden Jahren voraussichtlich spürbar steigen, da bei den zu erwartenden kräftigeren Einkommenszuwächsen die Steuerprogression voll greift. Auch aus diesem Grund sollte der Einkommensteuertarif, der zuletzt 2005 reduziert wurde, in absehbarer Zeit gesenkt werden. Bei der Unternehmensbesteuerung besteht, wie die nachstehenden Ausführungen zeigen, ebenfalls weiterer Reformbedarf.

Gleichgültig, ob Steuern und Abgaben gesenkt oder investive Ausgaben aufgestockt werden, beides sollte durch Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben finanziert werden. Denn nur so ist sichergestellt, dass es bei dem Konsolidierungskurs bleibt. Je früher man mit einer solchen Politik beginnt, desto besser wäre dies für Wachstum und Beschäftigung. Das Einsparpotenzial in den öffentlichen Haushalten ist mit der Abschaffung der Eigenheimzulage und dem (für das Jahr 2018 vorgesehenen) Ausstieg aus der Subventionierung der Steinkohleförderung keineswegs ausgeschöpft. Durch eine weitere Reduktion der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, eine effiziente Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik, einen Abbau von Privilegien bei der Beamtenversorgung sowie einen Bürokratieabbau ließen sich die Staatsausgaben senken, mindestens deren Anstieg deutlich begrenzen.

Allenfalls geringe Wachstumsimpulse durch die Unternehmensteuerreform

Die für das Jahr 2008 angekündigte Reform der Unternehmensbesteuerung soll die steuerliche Attraktivität Deutsch-

Tab. 5.1
Eckpunkte des Entwurfs eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008

Steuerentlastungen^{a)}:

- Der Satz der Körperschaftsteuer wird von 25 auf 15% gesenkt und die Steuermesszahl bei der Gewerbesteuer von maximal 5% auf einheitlich 3,5% vermindert. Damit sinkt die steuerliche Belastung der von Kapitalgesellschaften einbehaltenen Gewinne (bei einem unterstellten Gewerbesteuer-Hebesatz von 400%) auf 29,8% (Mindereinnahmen: 19,8 Mrd. Euro).
- Bei Personenunternehmen wird eine generelle Thesaurierungsbegünstigung eingeführt, so dass Gewinne, die im Unternehmen bleiben, ebenfalls nur mit 29,8% besteuert werden (Mindereinnahmen: 4,0 Mrd. Euro). Für kleine und mittlere Unternehmen wird die maximale Höhe des Investitionsabzugsbetrags von 154 000 auf 200 000 Euro erhöht (Mindereinnahmen: 0,1 Mrd. Euro).
- Die Gewerbesteuer wird statt mit dem 1,8-fachen mit dem 3,8-fachen des Gewerbesteuermessbetrages bei der Einkommensteuerschuld angerechnet. Bei durchschnittlichem Gewerbesteuerhebesatz erfolgt so eine vollständige Entlastung von der Gewerbesteuerschuld (Mindereinnahmen: 5,3 Mrd. Euro).
- Die Bestimmungen für die Gesellschafter-Fremdfinanzierung fallen weg (Mindereinnahmen: 0,5 Mrd. Euro).
- Private Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne) unterliegen ab dem 1. Januar 2009 einer einheitlichen Abgeltungssteuer von 25% (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Das Halbeinkünfteverfahren wird gleichzeitig abgeschafft (Mindereinnahmen: 1,3 Mrd. Euro).

Steuerbelastungen^{a)}:

- Die Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe wird abgeschafft und der Staffeltarif bei der Gewerbesteuer entfällt (Mehreinnahmen: 12,0 Mrd. Euro).
- Die degressive Abschreibung für Ausrüstungsgüter wird durch die lineare ersetzt (Mehreinnahmen: 3,4 Mrd. Euro). Zudem wird die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter abgeschafft und ein Sammelposten für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bis 1 000 Euro und Abschreibung über fünf Jahre eingeführt (Mehreinnahmen: 0,9 Mrd. Euro).
- Die Möglichkeiten internationaler Konzerne durch Gestaltung der Finanzierungswege ihre Steuerschuld in Deutschland zu vermindern, werden eingeschränkt. Dazu wird bei der Körperschaftsteuer eine »Zinsschranke« mit einer Freigrenze von 1 Mill. Euro des Nettozinsaufwandes (mit einer Escape-Klausel) eingeführt, durch die der Zinsabzug auf 30% des Gewinns vor Zinsaufwand und -ertrag eingeschränkt wird (Mehreinnahmen: 1,5 Mrd. Euro).
- Alle Fremdkapitalzinsen und Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Lizenzgebühren und Leasingraten werden in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer einbezogen. Im Gegenzug wird die Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen von 50 auf 25% reduziert, zudem wird für Finanzierungskosten ein Fehlbetrag von 100 000 Euro eingeführt (aufkommensneutral).
- Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Wertpapierleihe werden eingeschränkt (Mehreinnahmen: 1,2 Mrd. Euro), »Funktionsverlagerungen« besteuert (Mehreinnahmen: 1,8 Mrd. Euro) und das Verlustausgleichspotential beim Erwerb bzw. Übertragung von Gesellschaftsanleihen an Kapitalgesellschaften wird gekürzt (Mehreinnahmen: 1,5 Mrd. Euro).

Steuermehraufkommen durch die Sicherung des nationalen Steuersubstrats:

- Das aus der Repatriierung von Gewinnen erwartete Steuermehraufkommen wird auf 3,9 Mrd. Euro veranschlagt.

^{a)} Volle Jahreswirkung.

Quelle: Zusammenstellung der Institute nach Angaben des BMF (2007).

lands für Investitionen und damit die Wachstumschancen verbessern und der Erosion der Steuerbasis entgegenwirken. Der vorliegende Entwurf des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 (vgl. Tab. 5.1) sieht zwar vor, dass Unternehmensgewinne und bestimmte Kapitaleinkommen deutlich niedriger als bislang besteuert werden. Zugleich soll aber die Bemessungsgrundlage verbreitert werden, indem zum Beispiel die Abzugsfähigkeit für Zinszahlungen innerhalb multinationaler Konzerne eingeschränkt wird (Zinsschranke). Auch wird die degressive Abschreibung für Ausrüstungsgüter durch die lineare ersetzt.

Durch die Senkung von Steuersätzen sollen die Unternehmen um knapp 30 Mrd. Euro entlastet werden. Der Körperschaftsteuersatz soll von 25 auf 15% sinken. Unter Berücksichtigung der Gewerbesteuer und des Solidaritätszuschlags würden damit einbehaltene Gewinne von Kapi-

talgesellschaften (einen Hebesatz der Gewerbesteuer von 400% unterstellt) statt mit bisher 38,7% künftig mit 29,8% belastet.³⁷ Damit entspräche die effektive Steuerbelastung in etwa dem derzeitigen Durchschnitt in den EU-15-Staaten, läge aber immer noch beträchtlich über dem Niveau in Irland und den neuen EU-Staaten. Ausgeschüttete Gewinne sollen ab 2009 nicht mehr wie bisher zur Hälfte (so genanntes Halbeinkünfteverfahren) sondern vollständig bei

³⁷ Die Gewerbesteuer soll bei der Festlegung ihrer eigenen Bemessungsgrundlage und bei der Festlegung der Bemessungsgrundlagen der Körperschaft- und der Einkommensteuer nicht mehr absetzbar sein. Freilich soll für Kapitalgesellschaften die Messzahl, die zusammen mit dem von der jeweiligen Gemeinde festgesetzten Hebesatz den Steuersatz definiert, von 5 auf 3,5% reduziert werden; die Belastung durch die Gewerbesteuer allein belief sich dann bei Kapitalgesellschaften bei einem Hebesatz von 400% auf 14 statt auf 16,67%. Für Personenunternehmen sollen die Staffelung der Messzahlen abgeschafft und eine einheitliche Messzahl von 3,5% eingeführt werden.

der Einkommensteuer der Anteilseigner angerechnet werden. Jedoch werden sie dann nur noch mit einem Abgeltungssteuersatz von 25% (zuzüglich Solidaritätszuschlag) belastet.³⁸

Bei Einzelunternehmen oder Personengesellschaften unterliegen Einkommen aus Gewerbebetrieb unverändert der Einkommen- und der Gewerbesteuer. Die Belastung durch letztere steigt zwar, weil die Bemessungsgrundlage verbreitert wird und der Staffeltarif wegfällt. Jedoch soll ein größerer Teil der Gewerbesteuerschuld auf die Einkommensteuerschuld der Gesellschafter angerechnet werden dürfen. Einbehaltene Gewinne sollen auf Antrag wie die von Kapitalgesellschaften besteuert werden, bei Entnahme sollen die so begünstigten Beträge in Analogie zur Dividendenbesteuerung nachversteuert werden. Zinserträge der privaten Haushalte sollen ab Jahresbeginn 2009 ebenfalls durch eine Abgeltungssteuer von 25% belastet werden, die auch für private Veräußerungsgewinne gelten soll, soweit sie nicht auf Immobiliengeschäften beruhen.³⁹

Von der Reform profitieren naturgemäß jene Unternehmen, bei denen die Tarifsenkungen voll durchschlagen, weil die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage nicht wirken wird, da Freigrenzen und Freibeträge gelten. Dies dürften vor allem mittelständische Kapitalgesellschaften und ertragsstarke Personengesellschaften sein. Bei einer mittelständischen Kapitalgesellschaft des verarbeitenden Gewerbes dürfte sich die effektive Steuerbelastung – über einen Zeitraum von zehn Jahren gerechnet – um 25% verringern. Für größere Unternehmen dürfte die Entlastung geringer ausfallen. Bezieht man die beim Anteilseigner anfallenden Steuern ein, ergibt sich allerdings lediglich eine um knapp 10% geringere Belastung.⁴⁰

Die geplante Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge vereinfacht zwar die Steuererhebung, widerspricht aufgrund ihrer mangelhaften Abstimmung mit der Unternehmensbesteuerung aber dem Ziel der Finanzierungsneutralität der Besteuerung. So werden z.B. Erträge aus risikolosen Staatsanleihen künftig mit nur 26,4% besteuert, ausgeschüttete Gewinne hingegen mit 48,3%. Die verschiedenen Finanzierungswege der Unternehmen würden noch unterschiedlicher als bislang belastet, jedenfalls dann, wenn sich die Unternehmen im Inland Kapital beschaffen. Die Fremdfinanzierung würde infolge des Wegfalls des Halbeinkünfteverfahrens und der Einführung der Abgeltungssteuer auf

Zinserträge im Vergleich zur Beteiligungs- und zur Selbstfinanzierung – vorbehaltlich der Effekte der »Zinsschranke« – zusätzlich begünstigt.

Die Bemühungen der Bundesregierung, die grenzüberschreitende Steuergestaltung zu erschweren und einer weiteren Erosion der Steuerbasis entgegenzuwirken, sind grundsätzlich zu begrüßen. Doch können die Kapitalkosten fremdfinanzierter Investitionen in deutschen Konzerngesellschaften trotz der Tarifsenkungen dadurch steigen, dass die Möglichkeiten einer konzerninternen grenzüberschreitenden Fremdkapitalfinanzierung nicht mehr steuerlich begünstigt werden. Auch konterkariert die Einbeziehung ertragsunabhängiger Komponenten wie Mieten, Pachten und Lizenzgebühren in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer die Bemühungen um die Verbesserung der Investitionsbedingungen.

Zur Finanzierung der Reduktion der Steuersätze ist vorgesehen, die degressive Abschreibung für Ausrüstungsgüter abzuschaffen, die zu Jahresbeginn 2006 – auf zwei Jahre befristet – sogar großzügiger ausgestaltet worden war. Die Investitionsbedingungen werden dadurch verschlechtert, da die Kapitalnutzungskosten steigen. Auch würden Erträge, die ausländische Investoren im Inland erzielen, dadurch stärker belastet. Dies wirkt den positiven Effekten der Steuersatzsenkung entgegen. In vielen Fällen entspricht die degressive Abschreibung dem Werteverzehr und stellt daher keine Subvention dar. Um die Sachkapitalbildung anzuregen, sollte die degressive Abschreibung nicht abgeschafft werden. Dies gilt umso mehr, als in vielen Ländern die Abschreibungsregeln ohnehin großzügiger sind als in Deutschland.

Per saldo werden die Unternehmen im Jahr 2008 lediglich um 6,9 Mrd. Euro bzw. 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entlastet.⁴¹ Eine substanzielle Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten würde eine stärkere Entlastung erfordern, was mit Blick auf die ungenutzten Sparpotenziale durchaus möglich wäre. Hinzu kommt, dass das Nebeneinander von Körperschaft-, Einkommen- und Gewerbesteuer weiter besteht. Auch bleibt das gesamte Steuersystem aufgrund seiner zahlreichen Ausnahmeregelungen intransparent und belastet die Unternehmen mit hohen Transaktionskosten.

Die Investitionstätigkeit vorwiegend im Inland tätiger Unternehmen wird durch die Reform langfristig eher negativ beeinflusst, wenn die vorliegenden Pläne realisiert werden. Freilich würde Deutschland als Standort für multinationale Unter-

³⁸ Es soll aber eine Option auf Veranlagung zur Einkommensteuer für diejenigen Anleger geben, deren persönlicher Steuersatz unter 25% liegt.

³⁹ Auch für diese Erträge soll es eine Option auf Veranlagung zur Einkommensteuer geben.

⁴⁰ Vgl. H. Spengel, R. Reister, C. Wendt, H. Gebhardt und L.-H.R. Siemers, Mittelstand und Unternehmenssteuerreform, in: KfW, Creditreform, IfM, RWI und ZEW (Hrsg.): Den Aufschwung festigen – Beschäftigung und Investitionen weiter vorantreiben. Mittelstandsmonitor 2007 – Jährlicher Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen, Frankfurt a.M. 2007, 157–197.

⁴¹ Die Wirkungen der Steuerreform auf die öffentlichen Haushalte veranschlagt die Bundesregierung geringer, da sie sich eine Repatriierung von Gewinnen verspricht. Es wird ein von 0,6 Mrd. Euro (2008) auf 4,7 Mrd. Euro (2012) steigendes Mehraufkommen erwartet.

nehmen wesentlich attraktiver, weil die effektive Durchschnittsbesteuerung profitabler Projekte geringer würde. Somit ist unklar, inwieweit per saldo die Investitionstätigkeit gestärkt wird und positive Beschäftigungswirkungen zustande kommen. Allerdings wäre mittelfristig damit zu rechnen, dass Gewinne international tätiger Unternehmen vermehrt in Deutschland versteuert werden. Die Steuereinnahmen würden mittelfristig auch infolge der verbesserten Standortqualität positiv beeinflusst. Alles in allem bleibt die Reform jedoch erheblich hinter den Vorschlägen der Wissenschaft zurück.⁴²

Zur Geldpolitik

Die EZB hat die Geldpolitik im März dieses Jahres weiter gestrafft, und für den Frühsommer erscheint eine nochmalige Zinserhöhung um 25 Basispunkte wahrscheinlich. Der Hauptrefinanzierungssatz wird dann 4% betragen, der Geldmarktsatz wird leicht darüber liegen und voraussichtlich bis zum Ende des Prognosezeitraums auf etwa diesem Niveau bleiben. Die Institute halten dieses Zinsniveau vor dem Hintergrund ihrer Prognose für den Preisanstieg und für die konjunkturelle Expansion im Euroraum für angemessen.

Ein Geldmarktsatz in Höhe von etwas mehr als 4% entspricht auch den derzeitigen Markterwartungen. Dieses Zinsniveau lässt sich ferner aus der empirischen Reaktionsfunktion für die EZB ableiten, die von den Instituten zur Prognose der Zinspolitik verwendet wird.⁴³ Bestimmungsfaktoren des Geldmarktzins sind dabei die Erwartungen hinsichtlich der Inflationsrate über einen Horizont von einem Jahr, wie sie im Survey of Professional Forecasters der EZB ermittelt werden, sowie die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung, wie sie sich aus der Prognose der Institute ergibt. Die von der EZB befragten Institutionen erwarteten im ersten Quartal 2007 für das Jahr 2008 einen Anstieg des HVPI gegenüber dem Vorjahr um 1,9%. Die von den Instituten prognostizierte Inflationsrate liegt mit 2,0% etwas darüber. Für den Unterschied gegenüber der EZB-Befragung spielt nicht zuletzt eine Rolle, dass die Energiepreise jüngst wieder angezogen haben. Im Verlauf des Jahres 2008 wird sich der Preisauftrieb voraussichtlich nicht abschwächen; daher unterstellen die Institute, dass für das Jahr 2009 eine Inflationsrate in der gleichen Größenordnung erwartet wird. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung im Euroraum dürfte Anfang 2007 etwa auf dem Normalniveau gelegen haben. Bei einer von den Instituten auf etwas mehr als 2%

geschätzten trendmäßigen Wachstumsrate wird sich der Auslastungsgrad sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr weiter erhöhen, wenn auch nur mäßig. Vor dem Hintergrund des Reaktionsmusters der EZB in den vergangenen Jahren ist auf Basis sowohl der Inflationsprognose als auch der Konjunkturprognose zu erwarten, dass die Geldpolitik weiter gestrafft wird.

Mit einem Niveau von reichlich 4% wird der Geldmarktsatz im Euroraum dann immer noch deutlich unterhalb jenes Niveaus von etwa 5% liegen, das während des Gipfels des vorangegangenen Zyklus im Jahr 2000 erreicht wurde. Dies erscheint gerechtfertigt: Zum einen war damals der Preisauftrieb mit etwa 2,5% – auch wegen des starken Anstiehs des Ölpreises im Frühjahr 2000 – spürbar stärker, zum anderen war die Kapazitätsauslastung höher, als sie im Jahr 2008 voraussichtlich sein wird.

Die Risiken für die Preisniveaustabilität im Euroraum dürften nicht symmetrisch verteilt sein. Vielmehr sehen die Institute die Gefahr, dass sich der Preisauftrieb, insbesondere im Jahr 2008, stärker beschleunigen könnte als hier unterstellt. Dies wäre beispielsweise zu erwarten, wenn die Konjunktur im Euroraum im laufenden Jahr mehr Schwung gewinnt als in diesem Gutachten prognostiziert. Entsprechend würde sich die Kapazitätsauslastung deutlicher erhöhen, und somit würden sich die Preissetzungsspielräume der Unternehmen rascher vergrößern. Außerdem könnte die kräftigere Konjunktur dazu führen, dass sich der Lohnkostenanstieg stärker beschleunigt.

Aufwärtsrisiken bestehen allerdings auch dann, wenn die konjunkturelle Expansion so verläuft wie vorausgesagt. Mit dem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit könnten sich die Löhne stärker erhöhen, nicht zuletzt auch, weil sich mit der günstigen konjunkturellen Lage die Verhandlungsposition der Gewerkschaften und Arbeitnehmer spürbar verbessern dürfte. Zwar wirken Reformen am Arbeitsmarkt sowie der im Zuge der Globalisierung gestiegene internationale Wettbewerbsdruck einem stärkeren Lohnauftrieb entgegen. Es ist allerdings schwer einzuschätzen, in welchem Ausmaß diese Faktoren die Lohnzuwächse dämpfen werden. Der Lohnanstieg wird 2007 und 2008 voraussichtlich anziehen, die Zunahme wird aber gemessen an früheren Aufschwungsphasen moderat bleiben. Eine stärkere Beschleunigung ist allerdings, insbesondere für das Jahr 2008, nicht auszuschließen. Dies hätte Konsequenzen für den Verbraucherpreisanstieg in den Jahren 2008 und 2009. Zeichnete sich eine solche Entwicklung ab, müsste die EZB die Zinsen stärker als hier unterstellt anheben.

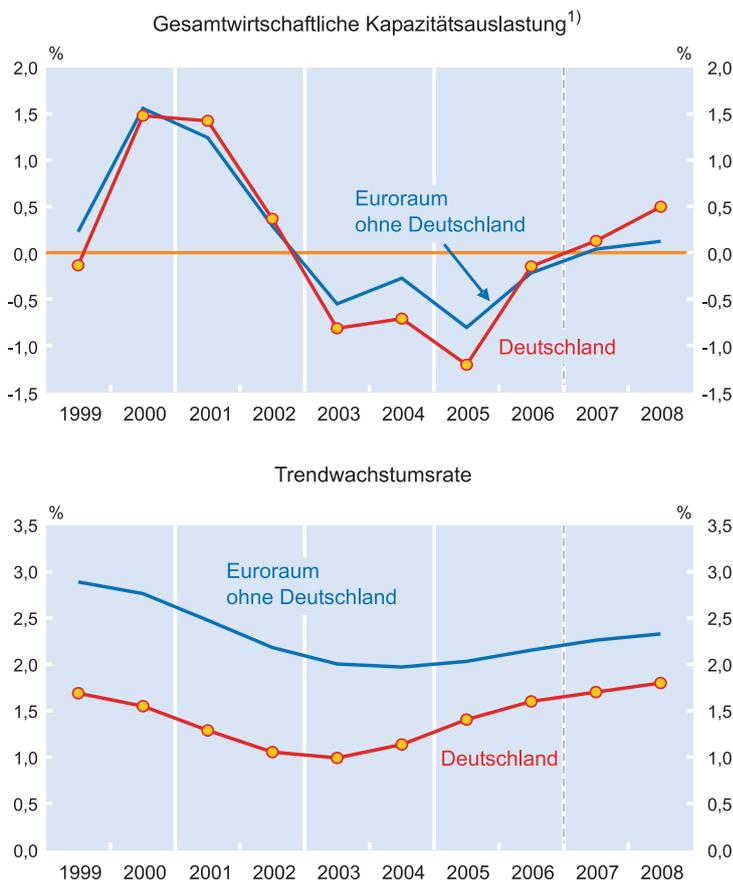
Seit Beginn der Währungsunion verläuft die Konjunktur, gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung, in Deutschland und im übrigen Euroraum in hohem Maße parallel (vgl. Abb. 5.1). Dabei war die konjunkturelle

⁴² Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006, Hamburg 2006, 56 f.

⁴³ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006, Hamburg 2006, Kasten 4.2.

Abb. 5.1

Kapazitätsauslastung und Trendwachstum in Deutschland und im übrigen Euroraum



1) Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung definiert als Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts von seinem Trend. Trend geschätzt mittels eines Hodrick-Prescott-Filters ($\lambda = 10$).

Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2007

Schwäche in den Jahren 2003 bis 2005 in Deutschland etwas ausgeprägter, die Kapazitätsauslastung dürfte in diesem Zeitraum um knapp einen halben Prozentpunkt unter der im übrigen Euroraum gelegen haben. Seither dürfte sich das trendmäßige Wachstum sowohl in Deutschland als auch im übrigen Euroraum beschleunigt haben, in Deutschland allerdings stärker. Vor allem aber ist der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland spürbar kräftiger als in den Partnerländern. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung der deutschen Wirtschaft im Prognosezeitraum erstmals seit mehreren Jahren etwas höher als im Durchschnitt der übrigen Mitgliedsländer sein.

Diese für die Europäische Währungsunion neue Konstellation könnte im EZB-Rat zu Konflikten bei der Abstimmung über das angemessene Zinsniveau führen, die bisher so nicht aufgetreten sind. Da die Konjunktur in Deutschland seit Beginn der Währungsunion tendenziell schwächer verlief als in den übrigen Mitgliedsländern, dürfte es in dieser Zeit relativ einfach gewesen sein, einen Konsens über die Ausrichtung der Geldpolitik zu erzielen. Denn die in Deutschland ausgeprägtere Abneigung gegen einen höheren Preisanstieg ließ sich zu dieser Zeit wohl leicht in Einklang bringen mit den möglicherweise geringeren Inflationssorgen in einigen anderen Mitgliedsländern.⁴⁴ Mit dem relativ stärkeren Anziehen der Konjunktur in Deutschland könnten künftig jedoch Konflikte zwischen den nationalen Interessen eine möglicherweise notwendig werdende Zinsanhebung stärker behindern als zuvor.

Ein solcher Konflikt sollte allerdings nicht dazu führen, dass die eigentliche Orientierung der Notenbank verändert wird. Auch für diesen Fall halten die Institute es für selbstverständlich, dass die EZB die Geldpolitik mit Blick auf die gesamte Eurozone ausrichtet und sich abzeichnenden Gefahren für die Preisniveaustabilität unabhängig von nationalen Interessen rasch und entschieden entgegentritt.

Anhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

⁴⁴ Zu möglichen Konflikten bei der Abstimmung über die Geldpolitik im Zentralbankrat vgl. J. von Hagen und R. Süppel, Central Bank Constitutions for Federal Monetary Unions, *European Economic Review*, 38(3), 1994, 774–782; H. Berger und J de Haan, Are Small Countries too Powerful within the ECB?, *Atlantic Economic Review* 30(3), 2002, 263–282; C. Hefeker, Federal Monetary Policy, *Scandinavian Journal of Economics* 105(4), 2003, 643–659; European Economic Advisory Group: Report on the European Economy, Kapitel 1, München 2007.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 und 2008

	2006	2007	2008	2007		2008	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,7	1,2	0,7	1,3	1,0	0,8	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,6	0,0	-0,4	0,1	0,0	0,1	-0,8
Arbeitsstage	-0,7	-0,3	0,6	-0,4	-0,1	0,1	1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,6	0,9	0,9	1,0	0,8	0,9	0,8
Produktivität ¹	2,0	1,5	1,5	1,8	1,2	1,4	1,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,7	2,4	2,4	2,9	2,0	2,3	2,4

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1 775,3	1 815,9	1 880,5	881,5	934,4	914,4	966,1
Private Haushalte ²	1 348,7	1 382,5	1 434,4	672,5	710,0	699,2	735,2
Staat	426,6	433,4	446,0	209,1	224,4	215,1	230,9
Anlageinvestitionen	411,5	433,0	453,1	205,5	227,6	214,4	238,7
Ausrüstungen	169,6	177,9	187,1	83,3	94,6	88,4	98,7
Bauten	215,9	228,1	238,0	109,1	119,0	112,4	125,6
Sonstige Anlageinvestitionen	25,9	27,0	28,1	13,0	14,0	13,5	14,5
Vorratsveränderung ³	-2,2	1,8	-2,7	3,4	-1,7	4,2	-6,9
Inländische Verwendung	2 184,5	2 250,7	2 330,9	1 090,4	1 160,3	1 133,0	1 197,9
Außenbeitrag	122,7	144,5	153,7	81,4	63,0	81,6	72,0
Exporte	1 035,7	1 126,4	1 223,8	552,3	574,2	596,8	626,9
Importe	913,0	982,0	1 070,1	470,8	511,1	515,2	554,9
Bruttoinlandsprodukt	2 307,2	2 395,2	2 484,5	1 171,9	1 223,3	1 214,6	1 269,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,0	2,3	3,6	2,1	2,4	3,7	3,4
Private Haushalte ²	2,1	2,5	3,8	2,3	2,7	4,0	3,5
Staat	1,7	1,6	2,9	1,6	1,6	2,9	2,9
Anlageinvestitionen	6,3	5,2	4,6	7,1	3,6	4,3	4,9
Ausrüstungen	6,4	4,9	5,2	3,4	6,3	6,1	4,3
Bauten	6,7	5,6	4,3	10,5	1,5	3,0	5,5
Sonstige Anlageinvestitionen	3,0	4,2	3,8	4,2	4,2	4,2	3,4
Inländische Verwendung	2,8	3,0	3,6	2,3	3,7	3,9	3,2
Exporte	13,5	8,8	8,6	11,2	6,5	8,1	9,2
Importe	14,7	7,6	9,0	7,5	7,6	9,4	8,6
Bruttoinlandsprodukt	3,0	3,8	3,7	4,2	3,4	3,6	3,8

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1 643,2	1 658,6	1 689,9	810,8	847,8	827,2	862,7
Private Haushalte ²	1 237,2	1 248,2	1 274,1	609,2	639,0	622,9	651,3
Staat	406,1	410,5	415,9	201,7	208,8	204,4	211,4
Anlageinvestitionen	421,0	439,2	458,0	207,9	231,3	216,3	241,7
Ausrüstungen	186,6	198,1	210,4	92,4	105,7	99,0	111,4
Bauten	206,6	212,2	217,9	101,5	110,7	103,1	114,8
Sonstige Anlageinvestitionen	29,6	31,3	32,9	15,0	16,4	15,8	17,1
Inländische Verwendung	2 059,4	2 095,5	2 139,8	1 022,8	1 072,7	1 047,6	1 092,3
Exporte	1 031,6	1 117,9	1 208,2	551,2	566,6	593,4	614,9
Importe	906,5	974,9	1 056,4	469,1	505,8	510,8	545,7
Bruttoinlandsprodukt	2 186,5	2 239,6	2 292,4	1 104,9	1 134,7	1 130,1	1 162,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,0	0,9	1,9	0,9	1,0	2,0	1,8
Private Haushalte ²	0,8	0,9	2,1	0,8	1,0	2,2	1,9
Staat	1,8	1,1	1,3	1,1	1,1	1,3	1,3
Anlageinvestitionen	5,6	4,3	4,3	5,6	3,2	4,0	4,5
Ausrüstungen	7,3	6,2	6,2	4,8	7,4	7,1	5,4
Bauten	4,2	2,7	2,7	6,1	-0,3	1,5	3,8
Sonstige Anlageinvestitionen	5,9	5,9	4,9	6,4	5,4	5,2	4,6
Inländische Verwendung	1,6	1,8	2,1	1,1	2,4	2,4	1,8
Exporte	12,5	8,4	8,1	11,0	5,9	7,6	8,5
Importe	11,1	7,5	8,4	7,9	7,2	8,9	7,9
Bruttoinlandsprodukt	2,7	2,4	2,4	2,9	2,0	2,3	2,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 und 2008

	2006	2007	2008	2007		2008	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	1,3	1,6	1,6	1,5	1,7	1,7	1,6
Konsumausgaben des Staates	- 0,1	0,5	1,6	0,5	0,5	1,5	1,6
Anlageinvestitionen	0,7	0,9	0,3	1,5	0,4	0,3	0,4
Ausrüstungen	- 0,8	- 1,2	- 1,0	- 1,3	- 1,1	- 1,0	- 1,0
Bauten	2,4	2,9	1,6	4,1	1,8	1,5	1,7
Exporte	0,9	0,4	0,5	0,2	0,6	0,4	0,6
Importe	3,2	0,0	0,6	- 0,3	0,3	0,5	0,6
Bruttoinlandsprodukt	0,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 698,6	1 742,3	1 824,3	852,4	890,0	891,0	933,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	220,0	219,1	225,5	105,7	113,4	108,6	116,9
Bruttolöhne und -gehälter	924,9	952,2	988,9	450,4	501,8	467,1	521,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	553,7	571,1	609,9	296,3	274,8	315,3	294,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	285,9	324,9	325,8	151,6	173,3	152,1	173,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1 984,5	2 067,2	2 150,0	1 003,9	1 063,3	1 043,1	1 106,9
Abschreibungen	334,4	339,6	345,8	168,6	170,9	171,7	174,2
Bruttonationaleinkommen	2 318,8	2 406,8	2 495,9	1 172,6	1 234,2	1 214,8	1 281,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1 730,4	1 788,4	1 863,4	867,2	921,2	899,0	964,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	585,5	617,2	649,0	311,2	306,0	323,3	325,7
Arbeitnehmerentgelt	1 144,9	1 171,2	1 214,4	556,1	615,2	575,7	638,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,9	2,6	4,7	2,6	2,6	4,5	4,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,0	- 0,4	2,9	- 0,2	- 0,6	2,8	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	2,9	3,9	3,0	2,9	3,7	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,7	1,7	3,1	1,5	1,9	2,9	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,1	3,1	6,8	3,0	3,3	6,4	7,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	8,8	13,6	0,3	18,1	10,0	0,3	0,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,7	4,2	4,0	4,7	3,7	3,9	4,1
Abschreibungen	0,0	1,6	1,9	1,5	1,6	1,8	1,9
Bruttonationaleinkommen	3,1	3,8	3,7	4,2	3,4	3,6	3,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,3	3,4	4,2	4,0	2,7	3,7	4,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,3	5,4	5,2	7,1	3,7	3,9	6,5
Arbeitnehmerentgelt	1,4	2,3	3,7	2,4	2,2	3,5	3,8

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	980,9	998,9	1 019,3	481,4	517,5	490,3	529,0
Nettolöhne und -gehälter	603,3	621,5	638,6	292,1	329,3	299,9	338,7
Monetäre Sozialleistungen	457,4	453,9	456,3	227,8	226,2	228,4	227,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	79,7	76,5	75,5	38,5	38,0	38,0	37,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	553,7	571,1	609,9	296,3	274,8	315,3	294,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 48,2	- 46,5	- 53,5	- 21,5	- 25,0	- 23,5	- 30,0
Verfügbares Einkommen	1 486,4	1 523,5	1 575,7	756,2	767,3	782,2	793,5
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	21,3	22,0	25,0	10,2	11,9	11,5	13,5
Konsumausgaben	1 348,7	1 382,5	1 434,4	672,5	710,0	699,2	735,2
Sparen	159,0	163,0	166,3	93,9	69,1	94,5	71,8
Sparquote (%) ⁶	10,5	10,5	10,4	12,3	8,9	11,9	8,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	0,2	1,8	2,0	1,7	2,0	1,9	2,2
Nettolöhne und -gehälter	0,3	3,0	2,8	3,2	2,9	2,7	2,8
Monetäre Sozialleistungen	- 0,2	- 0,8	0,5	- 1,5	0,0	0,3	0,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	- 1,5	- 4,0	- 1,3	- 5,6	- 2,4	- 1,3	- 1,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,1	3,1	6,8	3,0	3,3	6,4	7,2
Verfügbares Einkommen	1,8	2,5	3,4	2,4	2,6	3,4	3,4
Konsumausgaben	2,1	2,5	3,8	2,3	2,7	4,0	3,5
Sparen	1,4	2,5	2,0	3,3	1,5	0,6	3,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
 Vorausschätzung für die Jahre 2007 und 2008

	2006	2007	2008	2007		2008	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	530,2	565,6	584,2	273,8	291,8	286,2	298,1
Sozialbeiträge	401,0	395,1	406,4	191,5	203,6	196,6	209,8
Vermögenseinkommen	16,2	17,2	17,9	10,6	6,6	11,2	6,7
Sonstige Transfers	14,3	14,3	14,5	6,9	7,4	7,0	7,5
Vermögenstransfers	9,2	9,6	9,8	4,9	4,7	5,0	4,8
Verkäufe	43,8	44,5	45,0	21,4	23,2	21,6	23,4
Sonstige Subventionen	0,4	0,5	0,5	0,2	0,2	0,3	0,3
Insgesamt	1 015,0	1 046,8	1 078,4	509,3	537,5	527,9	550,5
Ausgaben							
Vorleistungen ¹	270,1	277,5	285,7	133,9	143,5	137,7	148,0
Arbeitnehmerentgelt	167,5	167,4	171,5	80,0	87,5	81,8	89,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	64,9	66,5	67,7	33,2	33,3	33,7	34,0
Subventionen	26,0	26,2	26,4	12,3	13,9	12,4	14,0
Monetäre Sozialleistungen	429,2	425,9	428,5	213,8	212,1	214,6	213,9
Sonstige laufende Transfers	35,4	36,3	37,6	18,5	17,8	19,2	18,4
Vermögenstransfers	30,5	28,0	26,8	14,4	13,6	13,2	13,6
Bruttoinvestitionen	32,5	33,7	35,6	13,9	19,8	14,7	20,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,5	- 1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Insgesamt	1 054,6	1 060,0	1 078,4	519,3	540,7	526,6	551,8
Finanzierungssaldo	- 39,5	- 13,3	0,0	- 10,0	- 3,2	1,3	- 1,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	7,5	6,7	3,3	5,9	7,4	4,5	2,2
Sozialbeiträge	1,0	- 1,5	2,9	- 1,5	- 1,5	2,7	3,0
Vermögenseinkommen	25,1	6,3	4,1	9,9	1,1	5,9	1,1
Sonstige Transfers	- 21,9	0,5	1,3	0,6	0,4	1,4	1,1
Vermögenstransfers	- 7,8	4,1	2,1	3,2	5,1	2,0	2,1
Verkäufe	- 0,8	1,6	1,1	1,5	1,8	1,2	1,1
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,0	3,1	3,0	2,8	3,4	3,7	2,4
Ausgaben							
Vorleistungen ¹	2,5	2,7	3,0	2,7	2,8	2,8	3,1
Arbeitnehmerentgelt	0,0	0,0	2,4	0,1	- 0,1	2,3	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	4,7	2,5	1,7	3,1	1,9	1,4	2,1
Subventionen	- 2,8	0,7	0,8	1,0	0,5	0,8	0,7
Monetäre Sozialleistungen	- 0,2	- 0,8	0,6	- 1,5	0,0	0,4	0,8
Sonstige laufende Transfers	0,3	2,5	3,6	3,3	1,7	3,7	3,5
Vermögenstransfers	- 10,9	- 8,3	- 4,3	- 13,7	- 1,7	- 8,3	0,0
Bruttoinvestitionen	7,4	3,9	5,7	3,5	4,2	5,8	5,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	0,6	0,5	1,7	0,0	1,0	1,4	2,0

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute;
 2007 und 2008: Prognose der Institute.